

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



ANTIJUDAISMUS, ANTISEMITISMUS,
ANTIZIONISMUS ...

die internationale

Staat und Religion

Antizionismus gleich Antisemitismus? *Paul B. Kleiser*..... **3**

Israels Post-Netanjahu-Politik des kolonialen Verfalls, *Shir Hever*..... **10**

Ökologie

Am Rande des Abgrunds, *Daniel Tanuro*..... **14**

Ökonomie

Zentral, dezentral, demokratisch, *Paul Michel*..... **19**

Theorie

Rosa Luxemburgs Reformismus-Kritik, *Johann-Friedrich Anders*..... **25**

inprekorr

Theorie

Die Linke und die Regierungsfrage, *Anders Ekeland und Einar Braathen*..... **35**

Permanente Revolution

Die Aktualität der permanenten Revolution, *Yohann Emmanuel und Julien Salingue*..... **45**

Lateinamerikas Revolutionen, *Pedro Fuentes*..... **51**

Ökonomie

Der Weg zur kritischen Ökonomie, *Interview mit Michel Husson*..... **57**

letzte Seite

Die bittere Bilanz von 20 Jahren US-Intervention, *Farooq Tariq*..... **64**

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Paul B. Kleiser, Björn Mertens, Paul
Michel, Heinrich Neuhaus, Jakob Schäfer,
Michael Weis (V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:
Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

ANTIZIONISMUS GLEICH ANTISEMITISMUS?

Der Autor beleuchtet hier unterschiedliche Varianten eines (u. a. rassistischen) Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart, um eine differenzierte Sicht auf einen antikolonialistisch motivierten Antizionismus zu ermöglichen.

■ Paul B. Kleiser

Seitdem in Israel die Rechte an der Regierung ist, und besonders in den 12 Regierungsjahren von Netanjahu, besteht die Tendenz, jedwede Form der Kritik an Israel und besonders die Kritik am Umgang mit den Palästinenser*innen als „antisemitisch“ zu brandmarken. So hat z. B. der französische Staatspräsident Emmanuel Macron behauptet: „Der Antizionismus ist eine der modernen Formen des Antisemitismus. Daher übernimmt Frankreich die Definition der IHRA (Internationale Allianz zum Holocaustgedenken), ohne jedoch das Strafrecht zu ändern. Es geht darum, das Verhalten unserer Behörden und Lehrenden zu präzisieren und zu bestätigen.“ Doch in all den genannten Texten kommt der Antisemitismus gar nicht vor! (Vidal 2019, 12) Es handelte sich um einen Kotau vor „Freund Bibi“ Netanjahu. Auch Frank-Walter Steinmeiers Haltung unterscheidet sich davon kaum.

Inzwischen wird auch von einem muslimischen Antisemitismus gesprochen. Sicherlich sollte man junge Muslime davon abhalten, vor Synagogen zu demonstrieren, doch ihre Wut und ihr Zorn richten sich gegen die israelische Politik den Palästinenser*innen und Gaza gegenüber. Es ist der israelische Staat, der die Menschenrechte mit Füßen tritt! Die Antisemitismus-Beschuldigung stellt ein Ablenkungsmanöver der Israel-Freunde dar!¹

Bei der Analyse der verschiedenen Formen von Judenfeindschaft empfiehlt es sich, genau auf die historischen Umstände zu achten. Nachdem unter Kaiser Konstantin das Christentum im Römischen Reich zur Staatsreligion

wurde, gab es immer wieder Ausfälle gegen Juden und Jüdinnen. Denn zu wichtig war das Christentum als ideologischer Kitt für das Reich, als dass man andere Religionen ohne weiteres dulden konnte. Doch das Verhalten schwankte (schon aus wirtschaftlichen Gründen) zumindest bis zum 1. Kreuzzug 1096 zwischen Duldung und Akzeptanz. Erst ab dem 12. Jahrhundert verschlechterte sich die Lage der (europäischen) Juden, weil die mittelalterlichen Gesellschaften immer stärker in der Lage waren, wichtige Teile der Wirtschaft selbst zu organisieren. Die Juden wurden immer stärker in den Handel, den Wucher und das Zinsgeschäft abgedrängt, das Christen verboten war.

In der Zeit der Reformation stieg – mit der Bedeutung der Religion – auch die Ablehnung der Juden. Luther war ein großer Judenhasser; für ihn waren die Juden „Lügner und Betrüger“. Die klassischen Vorwürfe waren, die Juden seien „verstockt“, weil sie sich nicht taufen ließen und Christi „Wahrheit“ nicht anerkennen wollten. Später warf man ihnen auch ihre „Speisevorschriften“ (koscheres Essen) vor. Höhepunkt waren die Beschuldigungen, sie würden das Blut von christlichen Knaben trinken.

Antijudaismus und Maria Theresia

Es ist im Allgemeinen wenig bekannt, dass Kaiserin Maria Theresia (Kaiserin 1740–1780) eine heftige Judenhasserin war und hierin eine der Ursachen für den österreichischen (katholischen) Antijudaismus liegt. Im 19. Jahrhundert

wurde sie auch gerne als Kronzeugin für den wachsenden Antisemitismus herangezogen, z. B. vom Deutschnationalen Georg von Schönerer oder dem Wiener Bürgermeister Karl Lueger (beide erklärte Antisemiten, Lueger wurde von Hitler in *Mein Kampf* als der „größte deutsche Bürgermeister“ bezeichnet). Auch der Primas von Österreich, Kardinal Theodor Innitzer (1875–1955), vertrat einen harten katholischen Antijudaismus; außerdem kann er als eine Stütze des österreichischen „Ständestaates“ gelten. Desweiteren befürwortete er den Anschluss des Landes an Großdeutschland.

In der christlichen Umwelt galten Juden seit dem Mittelalter als die Fremden und Feinde schlechthin – doch es gab in der konkreten Behandlung sehr große Unterschiede. Maria Theresias Leitlinie: „Ich kenne keine ärgere Pest von Staatt als diese Nation, wegen Betrug, Wucher und Geldvertragen, Leut in Bettelstand bringen, all üble Handlungen ausüben, die ein andre ehrlicher Mann verabscheute, mithin (sind) sie so vill sein kann, von hier abzuhalten und zu vermindern.“ (zit. nach Stollberg-Rilinger 2019, 634) Sie hatte wenig konkrete Erfahrungen mit Juden, denn in Wien waren sie damals selten – anders als in Prag. Ihre Minister und die Landstände teilten ihre Vorurteile im Allgemeinen nicht. In Brünn wollte sie wegen der Juden nicht bleiben. Und über die 40 000 Juden in Böhmen: „Ich gestehe, das erregt Angst und Abscheu“. Dabei hatten jüdische Bankiers 1741 zwischen ihr und Bayern vermittelt, um einen Krieg zu verhindern. Die Juden waren auf den Kaiser angewiesen, denn seit dem Staufer Friedrich II. galten sie als „kaiserliche Kammerknechte“ und erhielten vom Kaiser ihre Privilegien!

Als 1980 ihr 200. Geburtstag gefeiert wurde, hatte man diese dunklen Seiten ihrer Vita getilgt. Maria Theresia war die Urheberin der letzten großen Massenvertreibung von Juden vor der Französischen Revolution. 1744 war Prag vorübergehend von preußischen Truppen besetzt worden; nun wurde behauptet, sie hätten mit den Juden gemeinsame Sache gemacht und heimlich Kanonen aus der Stadt geschafft. Nach Abzug der Preußen rückten österreichische Husaren ein, plünderten das Judenviertel und zerstörten es. Auch in anderen Städten kam es zu Ausschreitungen; in Prag „gab es kein Haus, in dem nicht ein Toter oder Verwundeter oder Blutiggeschlagener“ war. (ibid. 637)

Doch es kam noch schlimmer: Maria Theresia erließ den Befehl, dass die überlebenden Juden zum 1. Januar die Stadt zu verlassen hätten (immerhin ein Viertel der Bevölkerung, die weitaus größte aschkenasische Gemeinde

in Europa!). Die reicheren Juden aktivierten ihre Handelsnetze in ganz Europa, um das Unglück abzuwenden. Vor allem Graf Kinsky versuchte mit dem Argument, die Wirtschaft würde massiven Schaden erleiden, die Königin von ihrem Vorhaben abzubringen, doch ohne Erfolg. Sogar der Mainzer Kurfürst, der Papst und der Sultan intervenierten zugunsten der Juden. Dennoch mussten mehr als 10 000 Juden und Jüdinnen Prag verlassen und viele kamen zu Tode. Da die Böhmen nicht so recht mitziehen wollten, wurde die Aufgabe dem Militär anvertraut.

Doch der böhmische Handel lag weitgehend in jüdischer Hand; der Adel war auf die jüdischen Kaufleute angewiesen, um die Produkte seiner Güter zu vermarkten, und die Handwerker bezogen von ihnen die Rohstoffe. Es kam zu massiven Störungen der Wirtschaft. Nach vielem Hin und Her durften die Juden dann im September 1748 nach Prag zurückkehren – und eine „Toleranzabgabe“ von 300 000 Gulden bezahlen! Erst Maria Theresias Sohn (und Nachfolger) Joseph II. leitete eine andere, „aufgeklärte“ Politik ein.

Die angeblichen Ritualmorde: Das Anderl von Tirol

Alte Vorurteile bestehen bis heute weiter: Legenden von Ritualmorden (an kleinen Kindern) kursierten in Österreich und dem Rheinland. Ein bekanntes Beispiel ist Simon von Trient (1475). Oder das „Anderl von Rinn“ (Tirol): Im Jahre 1619, also im Dreißigjährigen Krieg, kam das Gerücht von einem Ritualmord auf (der aber lag bereits fünf Generationen zurück): Am 12. Juli 1462 hätten durchreisende jüdische Kaufleute das Kind Andreas Oxner von seinem Paten gekauft und zu Tode gefoltert. (Diese Geschichte erschien einem Arzt in Träumen, das reichte als Beweis aus.) Es wurde nach und nach ein Märtyrerkult aufgebaut, 1678 sodann ein „Judenstein“ errichtet, eine Kinderleiche als Reliquie dorthin überführt, ab 1744 im Hochaltar zur Schau gestellt. 1755 erließ Papst Benedikt XIV. die „Constitutio Beatus Andreas“ (Seligsprechung). Die Barockzeit war besonders anfällig für alle möglichen Formen des religiösen Wahns. Pilger*innen zum Anderl genossen (laut Papst) „einen ewigen vollkommenen Ablass“. Im Jahr 1803 wurde in Innsbruck „eine kurze Geschichte des unschuldigen Kindleins und wunderbaren Blutzeugen (!) Andreas von Rinn veröffentlicht (mit detaillierten Schilderungen der Marter zur Befriedigung der Sensationsgier der Pilger*innen). Sogar bei den Gebrüdern Grimm tauchte in ihren (volkstümlichen) Sammlungen der Tiroler „Judenstein“ auf. (Benz 2020, 29ff.)

Ende 19. Jahrhundert bemächtigte sich auch der mo-

derne Antisemitismus des Stoffs: Der Wiener Geistliche Joseph Deckert veröffentlichte 1893 das Buch „Vier Tiroler Kinder Opfer des Chassidischen Fanatismus“ – diesmal mit Rassenantisemitismus. Die offizielle Katholische Kirche versuchte nach 1945, den Kult zu beenden. 1953 strich der Innsbrucker Bischof Paulus Rusch den Anderl-Gedenktag aus dem Festkalender. 1985 ließ Bischof Stecher die angeblichen Gebeine des Anderl aus dem Altar entfernen. Ein Wandbild in der Kirche Rinn wurde übermalt. 1988 verbot die Amtskirche die Verehrung des Anderl.

ABER: Katholische Fundamentalisten setzen die Verehrung fort – mit Prozessionen am 12. Juli und Feldmesse – Busreisen von überall her wurden organisiert. Motor war der Geistliche Gottfried Melzer (1932 – 2013, ein suspendierter Geistlicher, der wohl auch massive pekuniäre Interessen hatte). Er gab die Zeitschrift „Pro Fide Catholica“ heraus und wurde 1998 wegen „Volksverhetzung“ verurteilt – aber ihm zur Seite stand der damalige Bischof von St. Pölten, Kurt Krenn (1936–2014). Krenn war durch die Missbrauchs-Skandale in seinem Priesterseminar bekannt geworden. Die Fundamentalisten beharrten auf dem Wahrheitsgehalt der Anderl-Geschichte. Sie hat eine Brückenfunktion zu den Legenden von Fundamentalisten (FPÖ) und Rassisten!“ Und zu den Verschwörungsideologen der QAnon-Bewegung!

Eine Frau schrieb am 5. Juni 1989: „Ich will mich beim seligen Anderl bedanken. Ich habe ihm vier Wochen die Litanei gebetet und Veröffentlichung versprochen: Ich hatte an beiden Händen Gelenkrheuma. Die waren ganz dick geschwollen und schmerzten sehr. Im Krankenhaus konnten sie mir nicht helfen. Der Anderl hat mir zuhause schnell geholfen.“ Und es gab viele Dankeschreiben nach dem Ende des Kommunismus: „Wir schreiben diesen unblutigen Machtwechsel der Fürbitte Kaiser Karls und des sel. Andreas von Rinn zu.“

Wichtig ist, zu betonen, dass der katholische Fundamentalismus nie von seiner grundlegenden Absicht abgesehen hat, Europa zu „rekatholisieren“ (vgl. die Auftritte von Otto von Habsburg)! Der katholische Antijudaismus lehnte den Antisemitismus als „geschlossenes ideologisches Denkmodell“ ab, da er von einem (abgelehnten) „Primat der Rasse“ und nicht von der (richtigen) Religion ausging. Die „goldene Internationale“ der Juden sei genauso schädlich wie die „rote“ bzw. „schwarze Internationale“ der Arbeiterbewegung. Eigentlich hätten die Juden gar keine wirkliche Religion, sondern „einen Geschäftsvertrag mit Jehova“ und sie zahlten dem Gott „in Satzungen und Formeln“, der ihnen dafür ausdrücklich die angeneh-

me Pflicht auferlegt, alles Nichtjüdische zu vertilgen“, so der Publizist Wilhelm Marr (1819–1904), ursprünglich ein Linker. (zit. nach Longerich 2021, 94)

Der Hostienfrevel

Ein weiterer – womöglich tödlicher – Vorwurf gegen Juden war der Hostienfrevel. Als Beispiel sei die „Deggendorfer Gnad“ genannt – ein Pogrom an Deggendorfer Juden 1338 wegen eines angeblichen Verkaufs einer Hostie an Juden durch eine Christin – das dortige Judenhaus wurde sodann in Brand gesteckt. (Erstens verkaufte eine Christin (!) und zweitens wurden die Judenmorde als „Gnade“ bezeichnet!) Es wurden bis in die 1960er Jahre hinein Wallfahrten nach Deggendorf organisiert. Erst nach dem II. Vatikanum wurden sie vom Regensburger Bischof eingestellt – es soll aber weiterhin „private Wallfahrten“ geben. In Bayern findet man nach wie vor auch Judensäue an Kirchen – bekanntestes Beispiel der Dom zu Regensburg.

Entwicklungen im Deutschen Reich

In Deutschland war die Lage je nach Land sehr unterschiedlich: Das liberale Baden emanzipierte seine Juden – nach einigem Hin und Her – in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, während in Preußen und Bayern die reformfeindliche Politik fortgesetzt wurde. Dies galt vor allem 1840 nach der Regierungsübernahme von Friedrich Wilhelm IV., der eine Politik der Restauration eines christlich-protestantischen Ständestaates versuchte und die Juden aus der Gesellschaft ausschließen wollte. Die Ideologie dazu wurde von Philip-Ludwig Wolfart geliefert, für den Preußens Staatswohl als das „einer rein evangelisch-christlichen Monarchie“ „gesichert werden müsse“ und am besten durch „Rechtsungleichheit“ gesichert werde. Jeder Versuch einer totalen Nivellierung – „zunächst die Emanzipation der Juden, auch allenfalls (...) der Frauen, der Proletarier usw.“ würde zu einer Auflösung des Staates führen. (Longerich 2021, 60)

Die Romantik hatte eine gespaltenes Verhältnis zu Juden: Einerseits wurden Heinrich Heine (Liebling von „Sissi“!) und Ludwig Börne für ihre Arbeiten berühmt, andererseits gab es auch die katholischen Fundis und Judenfeinde à la Adam Müller. Frauen konnten sich in einem bestimmten Grade (besonders in Berlin in den Salons) emanzipieren; bekanntestes Beispiel ist Rachel Varnhagen (1771–1833), der Hannah Arendt nicht zufällig eine große Biografie gewidmet hat.

Im mehrheitlich katholischen Bayern betrieb vor allem Joseph Görres (1776–1848) den Kampf gegen die Juden-

emanzipation. In seiner Christlichen Mystik (1842) legte er eine Sammlung von Schilderungen von Morden dar, die von Juden an christlichen Kindern begangenen worden sein sollen – deren Wahrheitsgehalt nicht vorhanden oder zweifelhaft war. Es gab Versuche, Juden in Handwerk und sogar Landwirtschaft unterzubringen, doch angesichts der Krise dieser beiden Sparten (und dem Unwillen der Behörden) scheiterte das zumeist. Einzig im Bereich der Industrialisierung (Textil) und des Eisenbahnbaus investierten (reiche) Juden (wie Henry Strousberg, Gustav Hirsch, sowie die Banker Warburg, Oppenheim und Bleichröder) in erheblichem Maße, wobei ihnen ihre internationalen Verbindungen zugutekamen.

Nach der Reichsgründung kam es 1873 zum „Gründerkrach“, dem (bis Mitte der 1890er Jahre) eine lange depressive Welle folgte. In dieser Zeit entwickelte sich der Rasse-Antisemitismus; die wichtigsten Autoren waren Eugen Dühring, Paul de Lagarde, Julius Langbehn, Theodor Fritsch und Houston Stewart Chamberlain.

Der Nationalökonom Eugen Dühring (1833–1921) stellte 1881 erstmals in Deutschland in *Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Culturfrage* die Rassenfrage in den Mittelpunkt seiner Argumentation: Aufgrund ihrer Rasse seien die Juden wegen Selbstsucht, Unmoral, Unfähigkeit und wegen ihres Hasses auf das Menschengeschlecht (sic) zu kulturell hochstehenden, wissenschaftlich-künstlerischen Leistungen nicht in der Lage. Jede Assimilation müsse ihnen verwehrt und sie als Parasiten und Feinde aller Kulturvölker „ausgliedert“ werden. (Schäfer, 2020, 214) Er schlägt Sondergesetze, Ghettoisierung und Deportationen vor. Das kommt bereits in der Nähe von Nazi-Argumentationen. Es verwundert, dass Friedrich Engels in seinem „Anti-Dühring“ den antisemitischen Blödsinn nicht aufs Korn genommen hat, aber vielleicht fand er das unter seiner Würde.

Der Orientalist Paul de Lagarde (1827–1891) behauptete: „Deutschland wird sich ihrer (der Juden) also nach Kräften zu erwehren haben; sie sind ein Gift für uns und müssen als solches behandelt werden. () Ihre Ausbeutungsgier ist grenzenlos; sie gehen krumme Wege; und ihre Moral ist nicht unsere. Sie würdigen Kunst und Wissenschaft herab: Sie sind demokratisch gesinnt; es zieht sie zum Pöbel; sie sympathisieren überall mit der Fäulnis.“ Demokratie ist also Fäulnis, möchte uns der Schlaumeier sagen.

Ein weiterer einflussreicher Hetzer war der Verleger Theodor Fritsch (1852–1933) mit seinem (unter Pseudonym veröffentlichten) Antisemiten-Katechismus 1897 (später: Handbuch der Judenfrage, von den Nazis eifrig

rezipiert). Der Unterschied zwischen den „Indogermanen“ und den „Semiten“ bestimme sich wie folgt:

„Die europäischen Völker gehören fast sämtlich der arischen oder indogermanischen Rasse an, die Juden der semitischen. Die arischen Völker sind mehr sesshafter Natur; sie pflegen Ackerbau, Gewerbe, Kunst und Wissenschaft; sie sind staatengründend, muthig und tapfer; der Grundzug ihres Wesens ist die Geradheit, Ehrlichkeit, Treue und Hingebung. Sie sind die eigentlichen Kultur-Völker. Die echten Semiten hingegen sind von Natur Nomaden; sie haben keine eigentlich dauernden Wohnsitze, kein richtiges Vaterland. Sie ziehen dahin, wo die beste Beute winkt. Sie bauen und bebauen nichts selbst; sie suchen die durch fremden Fleiß geschaffenen Kultur-Stätten auf, beuten die vorhandenen günstigen Verhältnisse aus, grasen, sozusagen, die Weideplätze ab und lassen sie geplündert und verödet zurück.“ Und dieser ideologische Blödsinn wurde im Dritten Reich millionenfach verbreitet und gelehrt.

Die vielleicht größte Wirkung entfaltete der in Deutschland lebende Brite Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), der gut mit Wilhelm II. bekannt war und 1908 Richard Wagners Tochter Eva heiratete. Er begriff sich als Vorkämpfer des „Bayreuther Gedankens“ und sorgte mehr und mehr für eine antisemitische und rassistische Interpretation von bestimmten Werken Richard Wagners. (Dieser konnte sich nicht wehren, da er ja 1883 bereits gestorben war!) Chamberlain unterschied zwischen „homogen-reinen und chaotischen Rassen“. Eine wirklich reine Rasse seien die Germanen mit ihren Hauptvertretern, den Deutschen. Ein Beispiel für „Rassenchaos“ seien die Österreicher: Er sieht den Aufstieg Preußens gegen Österreich als Sieg der „unbezwingbaren physischen Kraft echter Rasse“ über die Rassenlosigkeit Österreichs, als Sieg der „moralischen Kraft einer wahren Nation“ über das „nur aus dynastischen Interessen zusammengestoppeltes, jeder inneren Einheit lediges Territoriumkonglomerat“ Österreichs. (Schäfer, 2020, 217; zu Chamberlain und Wagner siehe Scholz, 2013, 156–159).

Alle konservativen Parteien (mit besonderen Positionen das katholische Zentrum) waren vom Antisemitismus durchdrungen. Doch politisch wichtiger für die antisemitische Agitation waren große Verbände wie der „Bund der Landwirte“, der „Deutschnationale Handlungsgehilfenverband“ und besonders der von Heinrich Claß (1868–1953) geführte nationalistische „Alldeutsche Verband.“ Am klarsten distanzieren sich die Sozialdemokraten (die bei den Reichstagswahlen 1912 mit 34,8 % die weitaus meisten Stimmen erhielten) und die Freisinnigen.

Deutschland war vor den Nazis ein Land mit einer relativ starken antisemitischen Rechten, doch im Vergleich zu Frankreich und vor allem Russland hätte man die Untaten der Nazis nicht vorhersehen können. Nach der Ermordung Zar Alexanders des Zweiten 1881 kam es in vielen Dörfern Russlands, vor allem in der Ukraine, zu blutigen Pogromen, die vom Staat auch noch gefördert wurden. Danach gab es – im Umkreis der ersten russischen Revolution – Pogrome in Kischinew und Odessa mit vielen Toten. Im Jahr 1903 erschien auch die erste Fassung des (von der zaristischen Geheimpolizei verfassten) Machwerks *Die Protokolle der Weisen von Zion*, in dem jüdische Weltbeherrschungspläne behauptet wurden. In Frankreich führte in den 1890er Jahren die Affäre um den Offizier Alfred Dreyfus, der unschuldig in Haft und Verbannung geschickt wurde, zu einer neuerlichen Aufwallung des Antisemitismus. Wiewohl bald klar wurde, dass ein anderer Landesverrat begangen hatte, dauerte es Jahre, bis die – vor allem von Émile Zola entwickelte – Kampagne „Ich klage an“ zu seiner Freilassung und Rehabilitierung führte.

Woher kam der Hass auf die Juden?

Das Deutsche Reich war ein militaristischer Obrigkeitsstaat, der die Arbeiter unterdrückte und stolz auf seine Untertanen war. Doch wirtschaftlich war das Reich – neben den USA – seit Mitte 1890 der erfolgreichste Staat des Planeten. (Man denkt heute unwillkürlich an die VR China!). Das Reich wurde zur Nummer zwei oder drei, in Wissenschaft und Technik war Deutschland weltweites Vorbild. Über Berlin schrieb 1892 ein Amerikaner: „Es ist eine neue Stadt, die neueste, die ich je gesehen habe. Chicago nähme sich dagegen ehrwürdig aus, denn es gibt viele altaussehende Bezirke in Chicago, in Berlin jedoch nicht viele. Die Hauptmasse der Stadt macht den Eindruck, als sei sie vorige Woche erbaut worden.“ (Herbert 2021, 57) Massives Verkehrsaufkommen, großes Tempo. Und es entstand die mächtigste Arbeiterbewegung der Welt mit Gewerkschaften, Genossenschaften und der SPD, die bei den Wahlen 1912 erstmals stärkste Partei wurde.

Viele Menschen waren stolz auf die erreichte „Weltgeltung“ – ein „Platz an der Sonne“. Aber der rasche Wandel in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und öffentlichem Leben verursachte auch massive Statusängste, Verunsicherung und bisweilen krasse Ablehnung des modernen Lebens. Dabei führend waren die beiden Kirchen, die ihre Einflüsse bedroht sahen; es entstand auch ein neuer („borussischer“) Nationalismus, weil jetzt die Nation angeblich den Zusammenhalt garantierte.

„Der Nationalismus wirkte wie ein Antidot gegen viele, wenn nicht alle Beschwerden und Beängstigungen: das Leiden an sozialer Spaltung und politischer Kontroverse, die Resignation vor der Kompliziertheit der modernen Welt, die Suche nach Erlösungsperspektiven und quasi-religiösem Halt. Zugleich vermittelte sich aber auch die Erfahrung des Rausches einer Massenveranstaltung oder die neu erwachte Lust an der wachsenden Macht eines großen Nationalstaats.“ (Herbert, 2021, 58)

Doch Deutschland sollte bald nicht mehr auf den (kleindeutschen) Nationalstaat beschränkt sein – es wurde vom „deutschen Volk“ gesprochen, das über verschiedene Staaten hinweg zerstreut sei und nach staatlicher Einheit verlange. Die Definition „Blut und Rasse“ stand nun gegen den Staatsbürger; einige wollte man ausschließen: die Polen oder die Juden (weil nirgendwo die Differenz zwischen politischer Staatsbürgerschaft und nationaler Zugehörigkeit größer war (jedenfalls bei den Ostjuden; im Krieg hatten die Behörden 30 000 von ihnen zwangsverpflichtet). Aber wer war Deutscher – es gab eine starke Auswanderung in die USA oder nach Russland. Biologische Konzepte bewirkten die Erfindung der „Andersartigkeit der Juden“. Solche Vorstellungen verbreiteten sich in Schichten, in denen der Antisemitismus vorher kaum eine Rolle gespielt hatte, im Bildungsbürgertum und unter Intellektuellen und Künstlern.

Der Weltkrieg verstärkte die Axiome der radikalen Rechten, die aber schon länger bestanden: Die Ablehnung der Industriegesellschaft und der modernen Kultur, des Liberalismus und Parlamentarismus, der „Dekadenz und Amerikanisierung“, und natürlich des Marxismus und Bolschewismus. Man betrauerte die Landflucht und den Verlust von Heimat. Er verstärkte die antisemitische Grundierung.

Hinzu kam der erfolgreiche Aufstieg der deutschen Juden von einer armen und rückständigen Minderheit zur wahrscheinlich sozial erfolgreichsten Gruppe in Europa. Das Bildungsbürgertum goutierte keineswegs, dass 1901 ca. 7,3 Prozent der christlichen Kinder in Preußen einen höheren Schulabschluss erreichten als die Volksschule – aber 56,3 % der jüdischen Kinder. (Herbert 2021, 62) Und zu Beginn des Krieges spielten die jüdischen Unternehmer Walter Rathenau und Albert Ballin eine führende Rolle in der deutschen Kriegswirtschaft. Es wurde behauptet, die jüdischen Männer würden sich um den Frontdienst drücken, doch die sogenannte „Judenählung“ zeigte, dass sich diese Männer ihr nationales Engagement nicht nehmen ließen. Sie waren bei den Verwundeten und Gefallenen überproportional vertreten.

Die Verbindung von Kritik an der Moderne und „Reformbewegungen“ trat in vielen Ländern auf; ein Beispiel wäre die – bis heute wirkmächtige – Bewegung von Rudolf Steiner.

Weimarer Republik und Drittes Reich

Der Antisemitismus erlebt in Folge von zwei Ereignissen einen deutlichen Aufschwung: von Versailles und der Hyperinflation 1923. Da der Krieg – im Unterschied zum Zweiten Weltkrieg – hauptsächlich außerhalb des Landes stattgefunden hatte, bewirkten die Reparationsforderungen der Westmächte, insbesondere die Abtretung von großen Gebieten im Westen und Osten – weithin einen Schock. Bis wenige Monate vor Kriegsende hatte man sogar noch an einen Sieg geglaubt. Für die Niederlage wurden neben den Westmächten vor allem die Bolschewiki verantwortlich gemacht; bei beiden wurden Juden (Trotzki führte die Friedensverhandlungen) besonders herausgestellt.

Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die „Partei der Kraut- und Schlotjunker“ (Engels), die die Monarchie wieder einführen wollte und der sich auch der Pressezar Alfred Hugenberg (Parteivorsitzender ab 1928) anschloss, entwickelte einen kruden Antisemitismus. Er bestimmte die Politik der DNVP bis zur Auflösung in die NSDAP im Juni 1933. Der Publizist Arnold spottete, bei diesen Leuten würde der Jude zum „amüsant-schauerlichen Märchenvieh“.

Auch die Hyperinflation war für die meisten unerklärlich und sie griffen zu Verschwörungstheorien. Die „Veteranen der ehrlichen Arbeit, durch die Deutschland groß geworden ist, darben, hungern, frieren“, schrieb ein Münchner an die Behörden, während die „blutjungen Bürschchen, dickgemästeten Viehhändler, Holzschieber, Lebensmittelwucherer, die noch dazu ihre dunklen Geschäfte jeder Steuerkontrolle zu entziehen wissen, Luxusfahrten im eleganten Auto machen und die Nächte mit ihrem faulenzenden, nur auf immer verrücktere Toiletten bedachten Weiberanhang in Cabarets und weindunstigen Nachtlokalen durchschwelgen.“ (zit. nach Geyer, 1998, 245f.)

Das Klischee vom „jüdischen Kapitalisten“ wurde bisweilen leider auch von Organisationen der Arbeiterbewegung eingesetzt. So verfasste das Mitglied des ZKs der KPD, Ruth Fischer, 1923 einen Aufruf:

„Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital, sie wollen die Börsenjobber

niederkämpfen? Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.“²⁴

Mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 begann der neuerliche Aufstieg der NSDAP. Ihr ging es zunächst darum, die Juden zu demütigen, sie aus wichtigen Positionen zu verdrängen, sie zur Ausreise zu veranlassen und sich ihres Vermögens zu bemächtigen. Bereits 1937 waren 125 000 Juden, also ein Viertel der im Reich lebenden, emigriert. Die Nürnberger Rassengesetze von 1935 beseitigten die Grundprinzipien der Rechtsgleichheit. Die Nazis agierten gegen Juden voller Korruption und Bereicherungssucht, eine der größten Enteignungsaktionen der deutschen Geschichte.

Diese Beraubung wurde als „Wiedergutmachung“ verkauft, weil sich die Juden wirtschaftlich an den Deutschen bereichert hätten. Die Deutschen verhielten sich großteils indifferent: Als sich ein katholischer Priester über die Judenverfolgungen beschwerte, schrieb der Münchner Kardinal Faulhaber: „Gewiss sei dieses Vorgehen unchristlich. () Für die kirchlichen Oberbehörden bestehen weit wichtigere Gegenwartsfragen (), zumal man annehmen darf (), dass die Juden sich selbst helfen können.“ (Faulhaber an Alois Wurm, 8. April 1933)

Der Anschluss Österreichs im März 1938 führte zu einem „antisemitischen Schub“. Etwa 180 000 Juden und Jüdinnen gerieten zusätzlich in die Fänge der Nazis. Die österreichischen Nazis waren bemüht, den deutschen Radikalisierungsprozess in kürzester Zeit nachzuvollziehen. Sie setzten „Kommissare“ ein, um jüdische Geschäfte zu „übernehmen“. Im Mai 1938 wurden 2000 Juden nach Dachau deportiert. Dies führte zu Panik; binnen fünf Monaten emigrierten 46 000 Juden und Jüdinnen aus Österreich. Der israelische Historiker Avraham Barkai schätzt, dass bereits Anfang 1938 etwa ein Drittel der Geschäfte, die 1933 Juden gehört hatten, kalt enteignet worden waren.

Der nächste Radikalisierungsschritt war die Abschiebung von Juden polnischer Nationalität; binnen zwei Tagen waren dies 17 000. Doch die polnischen Behörden verwehrten ihnen den Grenzübertritt mit Gewalt, was zeigte, dass die Zwangsausweisung ein Fehlschlag war. In dieser Zeit ereignete sich das Attentat gegen den deutschen Diplomaten Rath in Paris durch den jungen Juden Grünspan. Die Nazis rächten sich mit ihrem „Gewaltantisemitismus“, der Reichspogromnacht vom 9. November 1938. Die Mehrheit der Bevölkerung verurteilte diese Gewalttaten als eines „Kulturstaats unwürdig“. Daraufhin befahl Hitler die „wirtschaftliche Lösung der Judenfrage“. Bis Mitte 1941 verließen gut die Hälfte der deutschen Juden das Land. Der Rest verarmte immer mehr.

Der Höhepunkt dieser Entwicklung war Hitlers Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 mit der berühmt-berüchtigte Drohung: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“ (VEJ, Bd. 2, Dok. 248, S. 680). Aber erst nach Kriegsbeginn, vor allem nach dem Angriff auf die Sowjetunion, wurde der Holocaust möglich. Doch auch die Sowjetunion zahlte einen ungeheuren Blutzoll: Die Hälfte der Toten des 2. Weltkriegs, 27 Millionen Tote waren Sowjetmenschen!

Bibliografie

- Benz, Wolfgang, 2020: Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments, Frankfurt am Main (Wochenschauverlag).
- Deeg, Sophia/Dierkes, Hermann, (Hg.), 2010: Bedingungslos für Israel? Positionen und Aktionen jenseits deutscher Befindlichkeiten, Köln (Neuer ISP Verlag).
- Geyer, Martin H., 1998: Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne, Göttingen. (Vandenhoeck & Rupprecht)
- Herbert, Ulrich, 2021: Wer waren die Nationalsozialisten?, München (C.H.Beck).
- Longerich, Peter, 2021: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte, Von der Aufklärung bis heute, München (Siedler).
- Schäfer, Peter, 2020: Kurze Geschichte des Antisemitismus, München (C.H.Beck).
- Stollberg-Rilinger, Barbara, 2019: Maria Theresia. Die Kaiserin in ihrer Zeit, München (C.H.Beck).
- Scholz, Dieter David, 2013: Wagners Antisemitismus. Jahrhundertgenie im Zwielficht, Darmstadt (WBG).
- Traverso, Enzo, 1995: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943), Mainz (Decaton).
- Vidal, Dominique, 2019: Antisionisme = Antisémitisme? Réponse à Emmanuel Macron, Paris (Libertalia).

1 Als kritisches Standardwerk zu diesem Thema darf Gilbert Achcar, 2012: *Die Araber und der Holocaust*. Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen, Hamburg (Nautilus) gelten.

2 Vorwärts vom 22. August 1923, fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=VW40390&page=1

Neu bei ISP



Paul B. Kleiser

Merkels Abgang

Von der Corona-
zur Bankenkrise

188 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-89900-158-7
lieferbar

Nach langen sechzehn Jahren geht die Ära Angela Merkel zu Ende. Der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer nannte sie »eine Karriere aus dem Nichts heraus«. Als Merkel Nachfolgerin von Gerhard Schröder wurde, hätte niemand auf eine so lange Kanzlerschaft gewettet.

Als im Jahre 2000 das Beben um die schwarzen Kassen den »schwarzen Riesen« aus der Pfalz in seiner Glaubwürdigkeit tief erschütterte, ergriff die Generalsekretärin Angela Merkel (Helmut Kohls »Mädchen«) die Gelegenheit und rechnete in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit den Praktiken der CDU ab. Jahrzehntlang hatte Kohl am Parteiengesetz vorbei Pfründe verteilt, ohne dass sie im Rechenschaftsbericht zum Vorschein kamen. Kohls »natürlicher Nachfolger« Wolfgang Schäuble, von 1984 bis 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und 1998 bis 2000 auch Parteivorsitzender der CDU, musste zurücktreten, weil er illegal Gelder des Waffenhändlers Schreiber angenommen hatte. Dadurch wurde der Weg für Angela Merkel als Parteichefin frei.

Sie regierte in einer Zeit starker Krisen, angefangen von der Banken- und Finanzkrise ab 2007 mit dem Zusammenbruch vieler Banken im Gefolge der Pleite von Lehman Brothers, über die Eurokrise, den »Arabischen Frühling« und die Flüchtlinge 2015 bis hin zur Corona-krise ab 2019..

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

ISRAELS POST-NETANJAHU-POLITIK DES KOLONIALEN VERFALLS

Netanjahu prägt auch nach seinem Sturz die kolonialistische Politik im Staat Israel. Eine handlungsunfähige, von Religiösen geführte „Volksfront“ ist das Ergebnis der Furcht vor seiner Rückkehr.

■ Shir Hever

Benjamin Netanjahu war der am längsten amtierende Premierminister in der Geschichte Israels, länger als Ben Gurion. Er veränderte die israelische politische Kultur so dramatisch, dass viele seiner Unterstützer*innen begannen, theologische Begriffe zu verwenden, um ihn zu beschreiben. In seinen letzten Wahlkampfvideos wurde er „der Freund Gottes“ genannt. Netanjahu war ursprünglich einer der beiden rechtspopulistischen Politiker, neben Silvio Berlusconi aus Italien. Als er 1996 zum ersten Mal in das Amt des Premierministers gewählt wurde, war das kurz nach der Ermordung von Yitzhak Rabin und nachdem er selbst an der Hetze gegen Rabin beteiligt war.

1996 schockierten Netanjahus Rechtspopulismus, seine bombastische Rhetorik, seine offenen Lügen und seine Angriffe gegen die Medien und das Justizsystem die israelische Gesellschaft. Vor allem aber schockierte Netanjahu die israelische Öffentlichkeit, weil er es als erster Premierminister wagte, direkt gegen das israelische Militär- und Sicherheitsestablishment zu sprechen. Er startete persönliche Angriffe gegen Generäle, ignorierte den Rat der Geheimdienste und schickte sie auf grandiose Abenteuer. Er hielt sich nur etwa drei Jahre, bevor seine Koalition auseinanderbrach, seine Regierung stürzte und er die folgenden Wahlen 1999 verlor.

Zehn Jahre später, als er 2009 erneut zum Premierminister gewählt wurde, war Netanjahu derselbe wie da-

mals, aber die Welt und die israelische Gesellschaft hatten sich deutlich verändert. Der Rechtspopulismus breitete sich von Brasilien bis in die USA, von Indien bis zu den Philippinen, von Ungarn und Polen bis nach Großbritannien aus. Diese Regierungen, die sich selbst manchmal als „illiberale Demokratien“ bezeichnen, waren sich einig in ihrem Krieg gegen den Liberalismus und die liberalen Werte, gegen die Medien, die Gerichte und gegen die Polizei. Anders als die konservative Rechte und die faschistische Rechte war die neue populistische Rechte in diesen Ländern und auch in Israel nicht mit dem Militär verbunden.

Es ist kein Zufall, dass die rechtspopulistischen Politiker*innen dieser Länder alle gute Freunde von Netanjahu waren, und er nutzte diese Freundschaft, um eine neue Art von Außenpolitik für Israel zu fördern – statt wirtschaftliche und strategische Beziehungen aufzubauen, wollte Netanjahu Fototermine mit den Führern der Welt, symbolische Gesten wie die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem und die Unterzeichnung eines gefälschten „Friedens“-Vertrags mit den VAE. Einige der rassistischsten Führer der Welt verschafften Netanjahu gerne das Lob, das er im Austausch für Legitimität wollte. Weltpolitiker, die wegen antisemitischer Äußerungen in Bedrängnis geraten waren wie Duterte auf den Philippinen, Orban in

Ungarn und Trump in den USA, konnten immer sagen: „Wie könnt ihr uns des Antisemitismus beschuldigen, wenn wir doch die besten Freunde Israels und Netanjahus sind?“

Diese Haltung hat die Unterstützung der jüdischen Gemeinden auf der ganzen Welt für Israel erodieren lassen. Mehr Juden und Jüdinnen in Europa und Nordamerika schlossen sich der Boykottbewegung an, mehr prominente Jüd*innen als je zuvor sprachen sich gegen die Idee eines jüdischen Staates aus und besonders gegen die Idee, dass ein Staat das jüdische Volk auf der ganzen Welt repräsentieren kann.

Zwischen 2009 und 2021 zerschlug und delegitierte Netanjahu methodisch oppositionelle Stimmen, leerte seine eigene Partei, den Likud, von allen liberal gesinnten Politiker*innen und ließ nur die treuesten fanatischen Anhänger übrig. Er regierte durch soziale Medien, durch leere Versprechen und kurzfristiges Denken. Der Rechtspopulismus unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der traditionellen rechten Politik, wofür ich zwei Beispiele anführen möchte.

Erstens: Um mit der wachsenden Boykottbewegung gegen Israel umzugehen, ernannte Netanjahu Gilad Erdan, einen jungen Rechtspopulisten vom Likud, zum Minister, der für die Bekämpfung von BDS (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) zuständig ist. Erdan gab am Ende den größten Teil des Budgets seines Ministeriums aus, um die Israelis davon zu überzeugen, dass er BDS bekämpft, während die Bewegung in der ganzen Welt stärker wurde.

Zweitens förderte Netanjahu ein Geschäft zum Kauf von neun U-Booten der Dolphin-Klasse aus Deutschland, hergestellt von der Firma Thyssenkrupp, das als das möglicherweise korrupteste Geschäft in der Geschichte des israelischen Waffenhandels untersucht wird. Einige von Netanjahus Kumpanen und Familienmitgliedern wurden reich, während die israelische Marine sich beschwerte, dass sie nicht einmal U-Boote braucht, schon gar keine neuen. Als der Verteidigungsminister, Moshe Ya'alon, protestierte, feuerte Netanjahu ihn. Aber die Begründung für die Entlassung Ya'alons war nicht seine Opposition gegen den U-Boot-Deal, sondern die Tatsache, dass Ya'alon einen israelischen Soldaten, Elor Azaria, nicht ausreichend unterstützte, der den wehrlosen und verletzten Palästinenser Abdel Fatah al-Sharif in Hebron ermordet hatte und später wegen Totschlags zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Die Rolle von Israels religiösen Parteien beim Aufstieg und Fall von Netanjahu ist entscheidend, um die israelische Politik und die illiberale populistische Rechte im Allgemeinen zu verstehen. Von 1996 an verbündete sich Ne-

tanjahu mit den religiösen Parteien und päppelte schamlos religiöse Wähler auf, obwohl er selbst kein praktizierender Jude ist und nie war. Wie Trump, der sich auf die Unterstützung der Evangelikalen verlässt, wie Orban, der sich plötzlich dem (katholischen) Christentum zuwendet, hat Netanjahu verstanden, dass die antireligiöse Stimmung in der liberalen Bewegung viele religiöse, konservative und traditionalistische jüdische Wähler*innen in seine Richtung drängen kann. Während die israelische Öffentlichkeit mit der Zeit religiöser wurde, wuchs Netanjahus Unterstützungsbasis. Im Jahr 1997 flüsterte Netanjahu dem berühmten Rabbi Kaduri zu: „Die Linken haben vergessen, was es bedeutet, Jude zu sein“. Das Flüstern wurde von einem Mikrofon aufgezeichnet und in den Nachrichten gesendet und verursachte einen Aufruhr. Im Nachhinein stellte sich dieses Flüstern als Vorteil für Netanjahu heraus, nicht als Nachteil.

Die religiösen Parteien in Israel teilen sich in drei Gruppen: die aschkenasischen Ultraorthodoxen (die osteuropäischen Traditionen folgen), die meisten von ihnen sind antizionistisch; die Mizrachi-Religiösen (einige von ihnen sind ultraorthodox, folgen aber Traditionen aus arabischen Ländern, einige sind Traditionalisten, die einen glaubensbasierten Kampf gegen den antimizrachischen Rassismus führen) und die National-Orthodoxen, die oft mit den illegalen Kolonien in der Westbank in Verbindung gebracht werden.

Diese drei Lager haben sich Koalitionen sowohl auf der rechten als auch auf der linken Mitte angeschlossen, sowohl mit dem Likud als auch mit der Arbeitspartei. Trotz ihrer geringen Größe wurden die religiösen Parteien zu Königsmachern und konnten in Koalitionsverhandlungen exorbitante Forderungen stellen. Sie sicherten sich Zugeständnisse zur Vermeidung des Militärdienstes für Jeschiwa-Studenten und für religiöse Frauen sowie ein hohes Maß an Autonomie bei der Verwaltung des Bildungssystems. Die liberalen Parteien (wie Yesh Atid unter der Führung von Yair Lapid) sahen dies als politischen Opportunismus und Gier an und bedienten sich antisemitischer Ausdrucksweisen, um die religiösen Parteien zu verhöhnen und nannten sie sogar Parasiten.

Dies zwang die religiösen Parteien, sich für eine Seite zu entscheiden, und natürlich wählten sie die Seite, die sie nicht als Parasiten bezeichnete. Sie machten es möglich, dass Netanjahu zwölf Jahre lang an der Macht blieb, selbst als Korruptionsvorwürfe gegen ihn erhoben wurden, selbst als einige seiner treuesten Anhänger sich gegen ihn wandten und warnten, seine kurzfristigen populistischen

Schachzüge würden die Grundlagen des Staates Israel untergraben. Egal, was die Opposition den religiösen Parteien anbot, sie blieben Netanjahu treu.

Netanjahus politische Gegner sind eine Gruppe von Leuten, die früher für ihn gearbeitet haben. Er hatte Yair Lapid zum Finanzminister ernannt, Ayelet Shaked als seine Büroleiterin in den Jahren 2006–2008 eingestellt und Bennet zu seinem Stabschef zwischen 2005 und 2008 gemacht. Avigdor Lieberman diente 1996–1997 als Geschäftsführer des Premierministers unter Netanjahu. Gideon Saar war Netanjahus Regierungssekretär im Jahr 1999. Benny Gantz war der Stabschef des Militärs unter Netanjahu. Als diese Gruppe von Leuten begann, zusammenzuarbeiten, um die Macht zu übernehmen, wurde dies in den israelischen Medien als ein Aufstand der Kinder gegen ihren (symbolischen) Vater beschrieben, als ein ödipaler politischer Akt.

Als die Korruptionsvorwürfe gegen Netanjahu reiften, verlor er die Kontrolle über die Knesset und rief zu vorgezogenen Wahlen auf. Zunächst im April 2019, aber als kein klarer Sieger gefunden wurde, wurde eine weitere Wahl im September 2019 abgehalten. Ein dritter Wahlgang im März 2020 nahm eine andere Wendung, als Benny Gantz sein Versprechen, keine Koalition mit Netanjahu zu bilden, mit der Begründung brach, dass die Covid-Pandemie politische Kompromisse erfordere. Als sich die neue Koalition nicht auf einen Haushalt einigen konnte, fand im März 2021 eine weitere (vierte) Wahlrunde statt.

Alle vier Wahlgänge hatten fast identische Ergebnisse. Obwohl die Stimmen zwischen den kleinen politischen Parteien schwankten, blieben die beiden großen Blöcke mehr oder weniger gleich groß: Der rechte Pro-Netanjahu-Flügel (zusammen mit den religiösen Parteien) verfehlte die absolute Mehrheit, aber das Anti-Netanjahu-Lager war tief gespalten zwischen links und rechts und weigerte sich, die Vereinte Liste, eine mehrheitlich arabisch-palästinensische politische Partei, in ihr Lager aufzunehmen. Da die arabisch-palästinensische Bevölkerung über 20 % der israelischen Bevölkerung ausmacht, wurden die Anti-Netanjahu-Oppositionsparteien in ein schwieriges Dilemma gebracht: Entweder sie überwinden ihren tiefsitzenden Rassismus oder sie verzichten auf die Chance, die Macht zu übernehmen.

Netanjahu hat diese Dilemmata, die die israelische Gesellschaft als eine koloniale Gesellschaft definieren, immer verstanden. Er hat soziale Proteste effektiv unterdrückt, indem er andeutete, dass die Protestierenden nicht patriotisch genug seien. Soziale Gerechtigkeit könnte schließlich

auch den Palästinenser*innen zugutekommen, die von den israelischen Behörden ihres Landes und ihres Eigentums beraubt und zu großer Armut verurteilt wurden. In ähnlicher Weise haben Netanjahu und seine Anhänger durch ihre Hetze gegen die Oppositionsparteien, indem sie sie als „Verräter“ und „Araberliebhaber“ bezeichneten, die Opposition gespalten und geschwächt.

Es war daher eine besondere Ironie, dass Netanjahus Schachzug, die Vereinte Liste selbst zu spalten, nach hinten losging und die notwendige Mehrheit schuf, um ihn zu stürzen. Die Vereinte Liste besteht aus vier kleinen Parteien: der kommunistischen [Listenverbindung, Einf. d. Red.] Hadash, der nationalistischen Balad, der progressiven Taal und der islamischen Raam. Netanjahu machte einen Deal mit Mansour Abbas, dem Chef der Raam, dem zufolge die Legitimation der Raam als möglicher Teil der Koalition nicht mehr infrage gestellt wird. Im Gegenzug stimmte Abbas mit Netanjahu gegen den Beginn einer Untersuchung der Korruption im U-Boot-Deal mit Deutschland.

Mansour Abbas nutzte dann seine hart erarbeitete Legitimität, um der Anti-Netanjahu-Koalition beizutreten, einer Koalition von acht politischen Parteien von der extremen Rechten bis zur liberalen Linken. Abbas stimmte zu, der Koalition beizutreten und bat nur darum, stellvertretender Vorsitzender der Knesset zu werden, er forderte nicht einmal ein Ministeramt. Lapid, der die Koalition organisiert hat, hat auch auf das Amt des Premierministers zugunsten von Naftali Bennet von der rechtsextremen national-orthodoxen Partei „Yamina“ (was „nach rechts“ bedeutet) verzichtet. Bennets Partei hat nur sechs Mitglieder, 5 % der Knesset-Abgeordneten, nachdem einer aus seiner eigenen Partei ihn wegen seiner Zustimmung zur Aufnahme von Arabern in die Koalition im Stich gelassen hat. Bennet erhielt diese sehr unverhältnismäßige Belohnung für den Bruch des Versprechens der religiösen Parteien, Netanjahu niemals zu verlassen und niemals mit den antireligiösen Lapid und Lieberman zusammenzuarbeiten.

Im Laufe des Monats Mai 2021, unmittelbar nach Ablauf der vom Präsidenten festgesetzten Zeit für die Regierungsbildung, begann Netanjahu mit einer Reihe von Provokationen in Jerusalem, vor allem in der Al-Aqsa-Moschee, die auch in Gaza eine Runde blutiger Gewalt auslösten. Wie Netanjahu kalkulierte, rief der Ausbruch eine Welle von Nationalismus und Rassismus hervor, die seine Gegner von Verhandlungen abhielt. Aber der Waffenstillstand zwischen der Hamas und Israel vom 21. Mai

gab den Oppositionsparteien ein paar Tage Zeit, in denen sie die Regierung bilden konnten.

Die Acht-Parteien-Koalition, die derzeit in Israel an der Macht ist, ist ein noch nie dagewesenes politisches Gebilde. Die Mitglieder der Koalition können sich auf nichts einigen, außer auf ihre Abneigung gegen Netanjahu, und so werden alle wichtigen Entscheidungen einfach aufgeschoben. Die Koalition war nicht in der Lage, das rassistische Gesetz zur Familienzusammenführung zu verlängern, das Palästinenser ausgrenzt und ihnen jede Chance nimmt, durch Heirat Einwohner in Israel zu werden. Sie war auch nicht in der Lage, eine Politik bezüglich der illegalen Kolonien im Westjordanland, der Einberufung von ultraorthodoxen Juden zum Militär oder der Reform oder Aufhebung des rassistischen „Gesetzes des Nationalstaates“ zu machen. Die Mitglieder der Koalition bewegen sich wie auf Eierschalen, aus Angst, dass jede ideologische Meinungsverschiedenheit die Koalition zum Einsturz bringen und Netanjahu zurückbringen könnte.

Während in Israels Exekutive und Legislative die Lähmung um sich greift, wird die israelische Judikative stärker. Das Oberste Gericht ist angetreten, um wichtige Entscheidungen zu treffen, die normalerweise in die Verantwortung der Regierung fallen würden. Zum Beispiel entschied das Gericht, dass es die Entscheidungen des Verteidigungsministeriums, israelische Waffen an autoritäre Regime zu exportieren, nicht in Frage stellen wird und dass die Wehrpflicht für ultraorthodoxe Juden ein weiteres Jahr warten darf.

In den Jahren 2016–2020 gab es viele, die die rechtspopulistische Administration von Donald Trump mit der von Premierminister Benjamin Netanjahu verglichen. In der Tat waren die beiden gute Freunde und stimmten ihre Politik gegenüber der UNO, gegenüber dem Iran und der BDS-Bewegung ab. Mit dem Sturz von Trump schlagen die USA nun eine neue Richtung ein, und Präsident Biden macht methodisch die Entscheidungen seines Vorgängers rückgängig. In Israel hingegen lebt die neue Koalition weiterhin im Schatten von Netanjahu und setzt seine Politik fort, nicht weil sie mit ihm übereinstimmt, sondern aufgrund von Trägheit und politischer Lähmung.

Der Grund für diesen Unterschied ist einfach. Die USA haben den Afroamerikaner*innen und den Überlebenden des Völkermords an den Ureinwohner*innen bereits die volle Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht gewährt. Wenn die Regierung eine progressive oder regressive Politik verfolgt, betrifft das alle Bürger*innen. In Israel hingegen ist das koloniale Verhältnis zur einheimischen

palästinensischen Bevölkerung noch nicht geklärt. Nur etwa einer von drei Palästinenser*innen ist Staatsbürger und hat ein Wahlrecht. Eine koloniale Gesellschaft wird von Angst beherrscht – was passiert, wenn tatsächlich eine Demokratie eingeführt wird?

ZITAT AUS SHLOMO SAND ...

... Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand, Berlin 2010.

„Diejenigen, die fälschlich am Begriff des ‚jüdischen Volkes‘ festhalten – und diesem auch, bewusst oder unbewusst, ein historisches Recht auf sein ‚altes Land‘ zusprechen –, leugnen de jure und de facto die Existenz eines israelischen bzw. jüdisch-israelischen Volkes. Das zionistische Kolonisierungswerk im Nahen Osten schuf aber, so merkwürdig dies anmuten mag, zwei Völker: das palästinensische und das israelische. Und auch das palästinensische wird wohl am Ende eines langen und schmerzhaften Prozesses anerkannt werden müssen. Wer aber das israelische immer noch ignoriert, schließt sich einer Form des arabischen Nationalismus an, der das Existenzrecht Israels im Nahen Osten bestreitet.“ (Sand 2010, 18)

Die Geschichte der Jüdin Gisèle:

„Frech fragte sie den Angestellten der Jewish Agency auf Französisch, ob er denn ein religiöser Mensch sei. Er verneinte. Sie bohrte weiter: ‚Wie kann ein Mensch, der nicht religiös ist und glaubt, er sei Jude, von einem anderen Menschen, der auch nicht religiös ist und der sich ebenfalls sicher ist, Jude zu sein, verlangen, dass er konvertieren soll, um sich dem jüdischen Volk in seinem Heimatland anzuschließen?‘ Der Vertreter des jüdischen Volkes entgegnete trocken, dass dies das Gesetz sei, er erläuterte ihr, dass in Israel ihr Vater gar nicht erst ihre Mutter hätte heiraten können, da es dort nur religiöse Eheschließungen gebe. Plötzlich verstand Gisèle, dass sie ein ‚nationaler Bastard‘ war. In ihren eigenen Augen war sie eine Jüdin, in den Augen anderer ebenfalls, und noch dazu Zionistin, doch für den Staat Israel war sie nicht Jüdin genug.“ (Sand 2010, 36)

AM RANDE DES ABGRUNDS

Der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) hat seinen Bericht über die physikalischen Grundlagen als Beitrag zum sechsten Sachstandsbericht über den Klimawandel vorgelegt, der Anfang 2022 erscheinen soll.

■ **Daniel Tanuro**

Der Bericht¹ und seine Zusammenfassung² sind in dem präzisen Stil und dem Wortschatz wissenschaftlicher Veröffentlichungen gehalten, die „objektive“ Aussagen machen. Aber noch nie hat ein Bericht von Expert*innen auf dem Gebiet der globalen Erwärmung so direkt die Ängste hervordringen lassen, welche die Analyse der Fakten im Lichte unumstößlicher Gesetze der Physik erzeugt hat.

Beängstigende Aussichten ...

Die Angst rührt zuerst einmal aus dem Kontext: Die schrecklichen Überschwemmungen und Brände, die Verwüstung, Tod und Schrecken an allen Ecken und Enden des Planeten verbreiten, sind genau das, wovor der IPCC seit über dreißig Jahren warnt und wogegen die Regierungen nichts oder so gut wie nichts unternommen haben. Es liegt auch an der enormen Feststellung in dem Bericht: Die Menschheit wäre selbst dann noch mit schrecklichen Aussichten konfrontiert, wenn die COP26 im November in Glasgow das radikalste der von den Klimawissenschaftler*innen untersuchten Szenarien zur Stabilisierung des Klimas beschließen sollte, d. h. das Szenario, das die schnellste Reduzierung der CO₂-Emissionen gewährleistet und die globalen Nettoemissionen bis spätestens 2060 aufhebt (und gleichzeitig die Emissionen anderer Treibhausgase reduziert). Zusammengefasst:

■ Das in Paris festgelegte Ziel wird überschritten werden. Die globale durchschnittliche Oberflächentemperatur steigt zwischen 2041 und 2060 (im Vergleich zum

vorindustriellen Zeitalter) wahrscheinlich um 1,6 °C (±0,4) und sinkt dann zwischen 2081 und 2100 auf 1,4 °C (±0,4).

■ Achtung – es handelt sich nur um Durchschnittswerte: Es ist praktisch sicher, dass die Temperatur an Land schneller ansteigen wird als auf der Meeresoberfläche (wahrscheinlich 1,4 bis 1,7 Mal schneller). Es ist ebenfalls so gut wie sicher, dass sich die Arktis weiterhin schneller erwärmen wird als der globale Durchschnitt (höchstwahrscheinlich mehr als doppelt so schnell).

■ In einigen Regionen der mittleren Breiten und in semiariden³ Gebieten sowie in der Monsunregion in Südamerika wird der Temperaturanstieg an den heißesten Tagen am stärksten ausgeprägt sein (anderthalb bis doppelt so hoch wie der globale Durchschnitt), während die Arktis an den kältesten Tagen den höchsten Temperaturanstieg verzeichnen wird (das dreimal so hoch wie der globale Durchschnitt).

■ An Land werden Hitzewellen, die bisher alle zehn Jahre einmal auftraten, künftig viermal in zehn Jahren auftreten, und solche, die bisher nur einmal in fünfzig Jahren auftraten, werden im gleichen Zeitraum fast neunmal auftreten.

■ Es ist sehr wahrscheinlich, dass durch eine zusätzliche Erwärmung (im Vergleich zu den derzeitigen 1,1 °C) extreme Niederschlagsereignisse verstärkt und häufiger auftreten werden (weltweit 7 % mehr Niederschlag bei 1 °C Erwärmung). Die Häufigkeit und Stärke intensiver tropischer Wirbelstürme (Kategorien 4 bis 5) wird eben-

falls ansteigen. In den meisten Teilen Afrikas und Asiens, Nordamerikas und Europas wird mit einer Intensivierung und Häufung von Starkniederschlägen und damit verbundenen Überschwemmungen gerechnet. Auch landwirtschaftliche und ökologische Dürren werden in einigen Gebieten auf allen Kontinenten außer Asien im Vergleich zum Zeitraum 1850 bis 1900 schwerer und häufiger auftreten.

■ Es versteht sich von selbst, dass diese zusätzliche globale Erwärmung (von $0,5^{\circ}\text{C} \pm 0,4$ im Vergleich zu heute) das Schmelzen des Permafrosts und damit die Freisetzung von Methan weiter verstärken wird. Diese zusätzliche Rückkopplung durch die globale Erwärmung ist in den Modellen nicht vollständig berücksichtigt (die trotz ihrer zunehmenden Komplexität die Realität weiterhin unterschätzen).

■ Die Erwärmung der Ozeane im verbleibenden Teil des 21. Jahrhunderts wird wahrscheinlich zwei- bis viermal stärker sein als zwischen 1971 und 2018. Die Temperaturschichtung, die Versauerung und der Sauerstoffmangel der Ozeane werden weiter zunehmen. Alle drei Phänomene haben negative Folgen für das Leben in den Meeren. Es wird Jahrtausende dauern, sie wieder rückgängig zu machen.

■ Es ist nahezu sicher, dass die Gletscher in den Gebirgen und in Grönland noch jahrzehntelang weiter abschmelzen werden, und es ist wahrscheinlich, dass auch die Antarktis weiter abschmelzen wird.

■ Es ist auch so gut wie sicher, dass der Meeresspiegel im 21. Jahrhundert im Vergleich zu dem Zeitraum 1995 bis 2014 um 0,28 bis 0,55 Meter ansteigen wird. In den nächsten 2000 Jahren wird er wahrscheinlich um 2 bis 3 Meter weiter ansteigen, und danach wird es so weitergehen. Infolgedessen werden an der Hälfte der Orte, an denen es Ebbe und Flut gibt, außergewöhnliche Gezeitenereignisse, die in der jüngsten Vergangenheit einmal pro Jahrhundert beobachtet wurden, mindestens einmal pro Jahr auftreten, dadurch nimmt die Häufigkeit von Überschwemmungen in niedrig gelegenen Küstenregionen zu.

■ Selbst wenn die Erwärmung innerhalb des zu erwartenden Bereichs des radikalen Szenarios bleibt ($+1,6^{\circ} \pm 0,4^{\circ}\text{C}$), könnten bestimmte Ereignisse global und lokal mit geringer Wahrscheinlichkeit, aber sehr starken Auswirkungen auftreten. Selbst bei diesem $1,5^{\circ}\text{C}$ -Szenario sind abrupte Reaktionen und Kipppunkte – wie eine verstärkte Schmelze in der Antarktis und das Absterben von Wäldern – nicht auszuschließen.

■ Eines der wenig wahrscheinlichen, aber möglichen Ereignisse ist der Zusammenbruch der Nordatlantikdrift, die auch als AMOC bezeichnet wird (Atlantic Meridional Overturning Circulation, Nordatlantische Umwälzbewegung). Eine Abschwächung im 21. Jahrhundert ist sehr wahrscheinlich, aber das Ausmaß des Phänomens ist eine noch offene Frage. Ein Zusammenbruch würde höchstwahrscheinlich zu abrupten Verschiebungen in den regionalen Wettermustern und im Wasserkreislauf führen, z. B. zu einer Verlagerung des tropischen Regengürtels nach Süden, einer Abschwächung der Monsune in Afrika und Asien, einer Verstärkung der Monsune auf der Südhalbkugel und einer Austrocknung Europas.

... im besten Fall?

Dieser Bericht zwingt uns, der Realität ins Auge zu sehen: Wir stehen buchstäblich am Rande des Abgrunds. Dies gilt umso mehr, als – wir wiederholen es und betonen es – 1. die Prognosen für den Anstieg des Meeresspiegels die Phänomene des Auseinanderbrechens der Eiskappen nicht berücksichtigen, die nicht linear verlaufen und daher nicht modelliert werden können und die das Potenzial haben, die Katastrophe sehr schnell in einen katastrophalen Dominoeffekt zu verwandeln, und 2. all dies nach Ansicht des IPCC eintreten wird, wenn die Regierungen der Welt beschließen, das radikalste der von den Wissenschaftler*innen untersuchten Szenarien zur Emissionsreduzierung umzusetzen, nämlich dasjenige, das darauf abzielt, die $1,5^{\circ}\text{C}$ nicht (zu weit) zu überschreiten.

Die Auswirkungen der anderen Szenarien im Einzelnen darzustellen, würde diesen Text unnötig in die Länge ziehen. Nur ein Hinweis zum Meeresspiegel: Beim Szenario des „business as usual“ ist ein Anstieg von 2 Metern im Jahr 2100 und 5 Metern im Jahr 2150 „nicht ausgeschlossen“. Und langfristig, über zweitausend Jahre, würden die Meere bei einer Erwärmung von 5°C unweigerlich und (auf der menschlichen Zeitskala) unumkehrbar um sage und schreibe 19 bis 22 Meter steigen!

Es sei wiederholt: Die Umsetzung des radikalsten Szenarios, das ihnen vorgeschlagen wird, ist nicht das, was die Regierungen betreiben. Ihre Klimapläne (die „Nationally Determined Contributions“, NDCs, die national festgelegten Beiträge“) führen uns derzeit in Richtung einer Erwärmung von $3,5^{\circ}\text{C}$. Weniger als hundert Tage vor der COP26 haben nur wenige Länder ihre Zielvorgaben erhöht, aber nicht annähernd auf das erforderliche Niveau der Emissionsreduzierung. Die EU zum Beispiel,

der „Klima-Champion“, hat sich das Ziel gesetzt, die Emissionen bis 2030 um 55 % zu reduzieren, obwohl 65 % erforderlich sind.

Eine einfache Frage der Mathematik und die politische Schlussfolgerung

Greta Thunberg hat einmal gesagt: „Die Klima- und Umweltkrise kann mit dem derzeitigen politischen und wirtschaftlichen System einfach nicht gelöst werden. Das ist keine Meinung, sondern einfach eine Frage der Mathematik.“ Damit hat sie absolut Recht. Man muss nur die Zahlen aneinander reihen, um das zu erkennen:

- 1** Die Welt stößt jährlich etwa 40 Gigatonnen (Gt) CO₂ aus;
- 2** das „Carbon Budget“ (die Gesamtmenge an CO₂, die weltweit noch emittiert werden kann, ohne dass 1,5 °C überschritten werden) beträgt nur 500 Gt (bei einer Erfolgswahrscheinlichkeit von 50 % – bei 83 % sind es 300 Gt);
- 3** laut dem 1,5°C-Sonderbericht des IPCC erfordert das Erreichen von Netto-Null-Emissionen von CO₂ im Jahr 2050 eine Verringerung der Emissionen um 59 % vor 2030 weltweit (in den entwickelten kapitalistischen Ländern sogar 65 % – angesichts ihrer historischen Verantwortung);
- 4** 80 % dieser Emissionen sind auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe zurückzuführen, die trotz des politischen und medialen Hypes um den Durchbruch der erneuerbaren Energien im Jahr 2019 immer noch 84 % (!) des Energiebedarfs der Menschheit decken;
- 5** bei den fossilen Infrastrukturen (Bergwerke, Pipelines, Raffinerien, Gasterminals, Kraftwerke usw.), deren Bau sich nicht wesentlich verlangsamt, handelt es sich um Großanlagen, in die etwa 40 Jahre lang Kapital investiert wird. Ihr ultrazentralisiertes Netz kann nicht an die erneuerbaren Energien angepasst werden (diese erfordern ein anderes, dezentrales Energiesystem): Es muss zerstört werden, bevor die Kapitalinvestitionen amortisiert sind, und die Kohle-, Erdöl- und Erdgasreserven müssen in der Erde bleiben.

Wenn man also weiß, dass drei Milliarden Menschen das Nötigste fehlt und dass die reichsten 10 % der Bevölkerung mehr als 50 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes verursachen, ist die Schlussfolgerung unausweichlich: Die Änderung des Energiesystems, um unter 1,5 °C zu bleiben und gleichzeitig mehr Energie für die Befriedigung der legitimen Rechte der Armen aufzuwenden, ist mit der Fortsetzung der kapitalistischen Akkumulation, die ökolo-

gische Zerstörung und wachsende soziale Ungleichheiten hervorbringt, absolut unvereinbar.

Die Katastrophe kann nur durch eine doppelte strategische Wende aufgehalten werden, die darin besteht, die globale Produktion zu reduzieren und sie radikal neu auszurichten, um die wirklichen, demokratisch festgestellten menschlichen Bedürfnisse der Mehrheit zu befriedigen. Diese Strategiewende beinhaltet notwendigerweise die Abschaffung der nutzlosen oder schädlichen Produktion und die Enteignung der kapitalistischen Monopole – vor allem im Energie-, Finanz- und Agrarsektor. Sie erfordert auch eine drastische Einschränkung des verschwenderischen Konsums der Reichen. Mit anderen Worten, die Alternative ist dramatisch einfach: Entweder wird die Menschheit den Kapitalismus liquidieren, oder der Kapitalismus wird Millionen unschuldiger Menschen liquidieren, um seinen barbarischen Kurs auf einem geschundenen und vielleicht unbewohnbaren Planeten fortzusetzen.

Vereinigte Räuber für „Negative-Emissionen-Technologien“

Es versteht sich von selbst, dass die Herren der Welt keine Lust haben, den Kapitalismus zu liquidieren. Was werden sie also tun? Lassen wir die Klimaleugner wie Trump beiseite, diese Adepten von Malthus, die auf einen fossilen Neofaschismus, einen Absturz in die planetarische Barbarei auf dem Rücken der Armen setzen. Lassen wir auch die Musk und Bezos beiseite, jene obszönen Milliardäre, die davon träumen, das Raumschiff Erde zu verlassen, das durch ihre parasitäre kapitalistische Gier unbewohnbar gemacht wurde. Konzentrieren wir uns auf die anderen, auf die Gerisseneren, auf die Macron, Biden, von der Leyen, Johnson, Xi Jiping usw. – die sich wie Räuber streiten werden, damit das Glasgow-Abkommen ihnen Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten bieten wird, die aber vor den Medien zusammenhalten werden, um uns einzureden, es sei „alles unter Kontrolle“.

Was schlagen diese Herren und Damen vor, um der oben genannten Alternative zu enttrinnen? In erster Linie wollen sie natürlich, den Verbraucher*innen ein schlechtes Gewissen einreden. Sie werden sie unter Androhung von Sanktionen auffordern, „ihr Verhalten zu ändern“. Dann kommt eine Reihe von Tricks, von denen einige geradezu plump sind (z. B. die Nichtberücksichtigung der Emissionen des internationalen Luft- und Seeverkehrs) und andere, die subtiler, aber nicht effektiver sind (z. B. die Behauptung, das Pflanzen von Bäumen – im globalen Süden – werde es möglich machen, genug Kohlenstoff zu

absorbieren, um die fossilen CO₂-Emissionen des Nordens nachhaltig zu kompensieren). Aber über diese Tricks hinaus glauben all diese politischen Manager des Kapitals nun felsenfest (oder sie tun so als ob) an einen Wunderweg: die Erhöhung des Anteils der „kohlenstoffarmen Technologien“ (Codename für Atomkraft, insbesondere „Mikro-kraftwerke“) und vor allem den Einsatz der so genannten NETs („negative-emission technologies“, „Negative-Emissionen-Technologien“) oder CDRs (Carbon Dioxide Removal, Kohlendioxidentnahme), die das Klima abkühlen sollen, indem sie der Atmosphäre große Mengen CO₂ entziehen, um es im Untergrund zu speichern. Dies ist die so genannte „vorübergehende Überschreitung der Gefahrenschwelle“ („temporary overshoot of the danger threshold“) von 1,5 °C.

Nach Fukushima braucht man sich nicht mehr mit der Kernkraft zu befassen. Die „Negative-Emissionen-Technologien“ befinden sich zumeist erst im Prototyp- oder Demonstrationsstadium und ihre sozialen und ökologischen Auswirkungen versprechen erschreckend zu sein (mehr dazu später). Dennoch wird uns vorgegaukelt, dass sie das produktivistische/konsumistische System retten werden und dass der freie Markt für ihren Einsatz sorgen wird. In Wahrheit geht es bei diesem Science-Fiction-Szenario nicht in erster Linie darum, den Planeten zu retten, sondern darum, die heilige Kuh des kapitalistischen Wachstums zu retten und die Profite derjenigen zu schützen, die am meisten für den Schlamassel verantwortlich sind: die multinationalen Öl-, Kohle-, Gas- und Agrarkonzerne.

Der IPCC zwischen Wissenschaft und Ideologie

Und was hält der IPCC von diesem Wahnsinn? Anpassungs- und Minderungsstrategien gehören nicht zum Kompetenzbereich der „Arbeitsgruppe I“ [Die physikalische Basis]. Sie stellt jedoch wissenschaftliche Überlegungen an, die von den anderen Arbeitsgruppen zu berücksichtigen sind. In Bezug auf die NETs hütet sie sich, wider den Stachel zu locken. In der Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger*innen heißt es:

„Die Bindung (Entfernung) von anthropogenem CO₂ (CDR) hat das Potenzial, CO₂ aus der Atmosphäre zu entfernen und dauerhaft in Reservoiren zu speichern (hohes Vertrauen).“ Weiter heißt es: „CDR zielt darauf ab, die verbleibenden Emissionen zu kompensieren, um Netto-Null-CO₂-Emissionen oder Netto-Null-THG-Emissionen zu erreichen oder, wenn es in einem Ausmaß umgesetzt wird, in dem die „anthropogene“ Entfernung

die anthropogenen Emissionen übersteigt, die Oberflächentemperatur zu senken.“ (D1.5, S. 39)

In dieser Zusammenfassung wird eindeutig die Vorstellung bekräftigt, dass Negative Emissions-Technologien nicht nur eingesetzt werden könnten, um „Restemissionen“ aus Sektoren aufzufangen, in denen eine Dekarbonisierung technisch schwierig ist (z. B. im Luftverkehr), sondern dass sie auch in großem Maßstab eingesetzt werden könnten, um den Umstand zu vertuschen, dass sich der internationale Kapitalismus aus Gründen, die nicht „technisch“ sind, sondern mit Profit zu tun haben, weigert, auf fossile Brennstoffe zu verzichten. Im Fortgang des Textes werden die Vorteile eines solchen massiven Einsatzes als Mittel zur Erreichung negativer Nettoemissionen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts angepriesen:

„Die CO₂-Entfernung (CDR), die zu globalen negativen Nettoemissionen führt, würde die atmosphärische CO₂-Konzentration senken und die Versauerung der Ozeane umkehren (hohes Vertrauen).“ (D1.5, S. 39)

Die Zusammenfassung enthält einen Vorbehalt, der jedoch sibyllinisch bleibt: „CDR-Technologien können potenziell weitreichende Auswirkungen auf die biogeochemischen Kreisläufe und das Klima haben. Das kann das Potenzial dieser Methoden, CO₂ zu binden und die Erwärmung zu reduzieren, entweder abschwächen oder verstärken und es kann auch die Verfügbarkeit und Qualität von Wasser, die Nahrungsmittelproduktion und die biologische Vielfalt beeinflussen (hohes Vertrauen).“

Im Klartext: offenkundig sind die NETs doch nicht so effektiv, da einige „Auswirkungen“ „das Potenzial zur CO₂-Bindung abschwächen“ könnten. Der letzte Teil des zitierten Satzes bezieht sich auf soziale und ökologische Auswirkungen: Bioenergie mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung (Bioenergy with Carbon Capture and Storage, BECCS), die derzeit ausgereifteste NET, könnten die atmosphärische CO₂-Konzentration nur dann signifikant reduzieren, wenn eine Fläche, die mehr als einem Viertel der heutigen permanent bewirtschafteten Fläche entspricht, für die Produktion von Biomasse genutzt würde – auf Kosten der Wasserversorgung, der biologischen Vielfalt und/oder der Ernährung der Weltbevölkerung.⁴

So stützt sich die IPCC-Arbeitsgruppe I einerseits auf die physikalischen Gesetze des Klimasystems, um uns zu verkünden, dass wir am Rande des Abgrunds und kurz davor stehen, unumkehrbar in einen unvorstellbaren Kataklysmus zu kippen; andererseits versachlicht und ver-

harmlos sie den politisch-technologischen Höhenflug, mit dem der Kapitalismus einmal mehr versucht, den unüberbrückbaren Widerspruch zwischen seiner Logik der unbegrenzten Profitakkumulation und der Endlichkeit des Planeten aufzuschieben. „Noch nie hat ein Bericht von Expert*innen auf dem Gebiet der globalen Erwärmung so direkt die Ängste hervortreten lassen, welche die Analyse der Fakten im Lichte unumstößlicher Gesetze der Physik erzeugt hat.“, schrieben wir zu Beginn dieses Artikels. Noch nie hat ein solcher Bericht so deutlich gezeigt, dass eine wissenschaftliche Analyse, die die Natur als Mechanismus und die Gesetze des Profits als physikalische Gesetze behandelt, nicht wirklich wissenschaftlich, sondern szientistisch, d. h. zumindest teilweise ideologisch ist.

Der Bericht der Arbeitsgruppe I des IPCC sollte daher in dem Bewusstsein gelesen werden, dass er sowohl das Beste als auch das Schlechteste ist, was uns vorliegt. Das Beste, weil er eine rigorose Diagnose liefert, aus der sich hervorragende Argumente für eine Anklage gegen die Machthabenden und ihre politischen Repräsentant*innen gewinnen lassen. Das Schlechteste, weil er sowohl Angst als auch Ohnmacht verbreitet – wovon die Mächtigen profitieren, obwohl die Diagnose sie anklagt! Ihre szientistische Ideologie ertränkt den kritischen Geist in einer Flut von „Daten“. So lenkt sie die Aufmerksamkeit von den systemischen Ursachen ab. Das hat zweierlei Konsequenzen: 1. Die Aufmerksamkeit wird auf „Verhaltensänderungen“ und andere individuelle Gesten gelenkt – viel guter Wille, aber himmelschreiend unzureichend. 2. Anstatt dazu beizutragen, den Graben zwischen ökologischem Bewusstsein und sozialem Bewusstsein zuzuschütten, hält der Szientismus ihn offen.

Die Ökologisierung des Sozialen und die Sozialisierung der Ökologie ist die einzige Strategie, mit der die Katastrophe aufgehalten und die Hoffnung auf ein besseres Leben wiederbelebt werden kann. Ein Leben, das sich um die Menschen und um die Ökosysteme kümmert, jetzt und auf lange Sicht. Ein maßvolles, freudiges und sinnvolles Leben. Ein Leben, das die IPCC-Szenarien niemals modellieren werden, ein Leben, in dem die Produktion von Gebrauchswerten für die Befriedigung echter Bedürfnisse, die demokratisch im Respekt vor der Natur bestimmt werden – ein solches Leben wird die Produktion von Waren für den Profit einer Minderheit überwinden. Dieses ökosozialistische Alternativszenario wird vom IPCC nicht modelliert werden. Es ist rational

und machbar, es kann aber nur aus der Solidarität und den selbstorganisierten Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten erwachsen.

10. August 2021

Übersetzung aus dem Englischen und Französischen:
Michael Heldt und Friedrich Dorn

Quelle: <https://www.gaucheanticapitaliste.org/au-bord-du-gouffre-le-scenario-que-le-giec-ne-modelise-pas/>; <https://fourth.international/en/362>

Daniel Tanuro ist Agraringenieur, Ökosozialist und Mitglied von Gauche Anticapitaliste / SAP Antikapitalisten, der belgischen Sektion der Vierten Internationale. Auf Deutsch erschien sein Buch über den „unmöglichen grünen Kapitalismus“ (2010) unter dem Titel *Klimakrise und Kapitalismus* (Köln: Neuer ISP Verlag, 2015).

- 1 The Physical Science Basis of Climate Change, 3949 Seiten, https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC_AR6_WGI_Full_Report.pdf; knappe Zusammenfassung: https://de.wikipedia.org/wiki/Sechster_Sachstandsbericht_des_IPCC#Arbeitsgruppe_I:_Die_physikalische_Basis (Anm. d. Übers.)
- 2 Summary for Policy Makers, 42 Seiten, https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC_AR6_WGI_SPM.pdf (Anm. d. Übers.)
- 3 Semiarid („halbtrocken“) ist eine Bezeichnung für Gebiete, die durch das Auftreten einer markanten Trockenzeit geprägt sind, jedoch im Jahresverlauf auch etwa drei bis fünf humide (feuchte) Monate aufweisen. In einer Region mit semiaridem Klima übersteigt die Verdunstung in sechs bis neun Monaten pro Jahr den Niederschlag. Während der kürzeren Zeit, in der die Niederschläge die Verdunstung übersteigen, führen Flüsse wiederholt oder gelegentlich Wasser. (Nach https://de.wikipedia.org/wiki/Semiarides_Klima) (Anm. d. Übers.)
- 4 Siehe die Diskussion in meinem Buch *Trop tard pour être pessimiste! Écosocialisme ou effondrement*, Paris: Textuel; Saint-Joseph-du-Lac (Québec): M Éditeur, 2020. https://www.editionstextuel.com/livre/trop_tard_pour_etre_pessimistes

ZENTRAL, DEZENTRAL, DEMOKRATISCH

Im nachfolgenden Text geht es um konkrete Erfahrungen mit der Selbstverwaltung in Betrieb und Kommune, um das Spannungsverhältnis von zentral zu dezentral und darum, wie in einer Planwirtschaft unterschiedliche Interessen ausgeregelt werden können. Teil 1 erschien in Heft 4/2021.

■ Paul Michel

Ein grundlegendes Defizit der „realsozialistischen“ Gesellschaften war das Fehlen demokratischer Strukturen und Gepflogenheiten. Ein prägendes Merkmal des „Realsozialismus“ war ein extremer Zentralismus. Es wurde versucht, von der Zentrale aus mit Hilfe eines immer stärker ausufernden, riesigen Verwaltungsapparats das ganze Land zu steuern. Die einzelnen Betriebe und die regionalen Verwaltungsinstanzen waren mehr oder weniger Befehlsempfänger.

Für uns, die wir es besser machen wollen, ist eine weitreichende Dezentralisierung der Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen eine zwingende Konsequenz aus dem Scheitern des „Realsozialismus“ sowjetischer Prägung. Die Dezentralisierung muss einhergehen mit einer umfassenden Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die kommunale Ebene und der Arbeitsplatz sind die Orte, die den stärksten Bezug zu den konkreten Lebensumständen der Menschen haben. Deshalb sollten Entscheidungen, wo immer möglich, hier getroffen werden. Wegen dieser Nähe zu den tagtäglichen Problemen der Menschen, wegen der Überschaubarkeit lokaler Zusammenhänge sind sie die am besten geeigneten Orte für demokratische Selbstverwaltung.

Eine ökosozialistische Gesellschaft darf auf keinen Fall unter das Niveau zurückfallen, das der bundesdeutsche Kapitalismus vor der Wende zum Neoliberalismus erreicht hatte. Damals wurden von den Kommunen sehr viele

Dienstleistungen der Daseinsfürsorge wahrgenommen, die dann ab Reagan und Thatcher im Zuge des Neoliberalismus privatisiert wurden: Bereitstellung von sauberem Trinkwasser, Abwasserentsorgung, Müllabfuhr, Schulen und Kindergärten, Bildung und Weiterbildung und öffentlicher Verkehr. Eine der direkten Demokratie verpflichtete ökosozialistische Gesellschaft würde noch mehr Bereiche in die Zuständigkeit der Kommunen übertragen.

Real dürften es wohl die Kommunen sein, die federführend den Wohnungsbau in die Hand nehmen. Die Umstellung der Energieversorgung von fossilen auf erneuerbare Energien bringt zwangsläufig eine umfassende Dezentralisierung mit sich. An die Stelle der großen Kohlekraftwerke und der AKWs tritt ein Netzwerk von kleineren Einheiten, die von den Kommunen organisiert werden. Auch in der Verkehrspolitik kommt im Rahmen einer Verkehrswende weg von der Straße hin zu Bahn, Bussen und Fahrrädern den Städten, Landkreisen und Gemeinden eine zentrale Rolle zu. Auch die dringend gebotene Umstrukturierung der rund um das Auto gebauten Städte hin zu lebenswerten Städten der kurzen Wege wird wohl unter Federführung der Kommunen stattfinden.

Allerdings ist die Art und Weise, wie der öffentliche Dienst im Kapitalismus strukturiert ist, wahrlich nicht der Weisheit letzter Schluss. Die kommunalen Betriebe sind im Kapitalismus ebenso autoritär top-down strukturiert wie „normale“ kapitalistische Betriebe. Die Beschäftigten ha-

ben zu arbeiten und ansonsten die Klappe zu halten. Sie haben ebenso wie die Bürger und Bürgerinnen keine Einflussmöglichkeiten auf die konkrete Tätigkeit der kommunalen Betriebe. Es reicht also nicht, einfach zu kommunalisieren. Die Kommunalisierung muss mit einer echten Demokratisierung einhergehen. Es geht darum, die Menschen vor Ort in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Direkte Demokratie in der Kommune

Einen Eindruck davon, wie das gehen könnte, bekommen wir, wenn wir einen Blick auf das Jugoslawien der 1950er Jahre werfen. Damals, nach dem Bruch mit Stalin und dem stalinistischen Gesellschaftsmodell, machte sich die jugoslawische Führung daran, die riesigen bürokratischen Apparate aus der Zeit des Stalinismus zurückzubauen und viele Kompetenzen weg von der Zentrale auf die lokale Ebene und die Betriebe vor Ort zu verlagern. Im Rahmen dieser Umorientierung wurde die Arbeiter*innenselbstverwaltung eingeführt und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt. Für die Bürger und Bürgerinnen wurden Möglichkeiten der Einflussnahme und der Mitwirkung eröffnet, die auch uns im Jahr 2021 Anregungen geben können, wie direkte Demokratie konkret aussehen kann.

Ein Beispiel dafür sind die Wählerversammlungen. Die Gemeindeverwaltungen waren angehalten, mindestens alle zwei Monate in "Wählerversammlungen" die Bürger und Bürgerinnen über ihre Tätigkeit zu informieren. Die Wählerversammlungen waren zugleich Foren, in denen die Bürger und Bürgerinnen Beschwerden gegenüber der Verwaltung vortrugen. Sie konnten sogar Verfahren zur Abwahl von Mitgliedern der Gemeindeverwaltung, die ihren Aufgaben nicht nachkamen, einleiten. Darüber hinaus konnten aus den Wählerversammlungen heraus Referenden initiiert werden. Das Ergebnis dieser Referenden war dann bindend für die Kommunalverwaltung. In vielen öffentlichen kommunalen Einrichtungen wie Schulen, Universitäten, Krankenhäusern und Bibliotheken wurden „Beiräte“ eingerichtet. Es gab Elternbeiräte, Mieter*innenräte, Patient*innenräte in den Krankenhäusern oder Konsument*innenräte als Vertretungen der Menschen, an die sich die kommunalen Dienstleistungen richteten. Die jeweiligen kommunalen Einrichtungen waren verpflichtet, zumindest alle zwei Monate ihren „Räten“ über ihre Tätigkeit Rechenschaft abzulegen.

Selbstverwaltung im Betrieb: Arbeiten ohne Chefs

Bei dem Anliegen, alle wichtigen gesellschaftlichen Bereiche zu demokratisieren, kommt der Arbeitswelt

zentrale Bedeutung zu. Kapitalistische Ideologen werden nicht müde zu behaupten: Es geht nichts ohne den Unternehmer, der die Produktion organisiert und seine Beschäftigten zur Arbeit antreibt, weil er auf die Erzielung von Gewinn aus ist. Im Lauf der Geschichte gibt es allerdings zahllose Beispiele dafür, dass auch anders geht. In zahlreichen selbstverwalteten Betrieben wurde konkret bewiesen, dass es möglich ist, auch Betriebe mit hochkomplexen Produktionsprozessen ohne Chefs, mit einer basisdemokratischen Koordinations- und Versammlungsstruktur, zu leiten. In der besetzten Keramikfabrik FaSinPat (früher Zanón) in Nequem, dem nördlichsten Teil der argentinischen Provinz Patagonien, ist die Leitung des Werkes nicht die Sache von ein paar Kadern und ein paar Fachleuten, sondern Sache von allen. Sämtliche Entscheidungen werden auf Versammlungen getroffen: Je nach Thema werden Abteilungs-, Schicht- oder Vollversammlungen abgehalten, oder auch Diskussionstage, bei denen die ganze Belegschaft in Arbeitsgruppen diskutiert. Bei FaSinPat übernehmen die Produktionsarbeiter*innen sämtliche Aufgaben, auch in Bereichen, die sie früher nicht einmal betreten durften. Sie machen sich mit Einkauf, Computern und Buchführung vertraut, organisieren den Verkauf neu, bilden eine Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, nehmen die Siebdruckwerkstatt und das Labor in Betrieb. Es gibt keine Geschäftsführer*innen, Meister*innen und Vorarbeiter*innen mehr. Stattdessen wählen die Arbeiter*innen in den Abteilungen Koordinatoren, die jederzeit absetzbar sind.

Im „roten Sommer der Anarchie“ 1936 in Katalonien nahmen die Beschäftigten in fast allen Betrieben das Heft selbst in die Hand. In Barcelona beschlagnahmten die Arbeiter*innen 1936 nach der Niederschlagung des Putsches der Generäle die meisten größeren Fabriken und alle bedeutenden Dienstleistungsunternehmen (Stadtwerke und Verkehrsmittel), Hotels und Warenhäuser. Hinzu kam die Mehrzahl der Industriebetriebe und Schifffahrtsgesellschaften: Ford Motor Ibérica, Hispano Suiza, Societe de Petroles, Asland Zement, Transportes Maritimes.

Die Übernahme der großen Industrieunternehmen vollzog sich mit erstaunlicher Leichtigkeit und ohne Produktionsstörungen. Die Arbeiter*innen wählten auf Belegschaftsversammlungen eigene Betriebsleitungen. Die Fabrikkomitees führten die Betriebe unter Hinzuziehung aller hierzu erforderlichen technischen und kaufmännischen Fachleute weiter. Die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe von Barcelona wurden von gemeinsamen CNT/UGT Ausschüssen geleitet; bereits zwei Tage nach dem

Aufstand waren sie wieder in Betrieb: Straßenbahnen, Autobusse und U-Bahn funktionierten normal, Gas und Strom wurden ohne Pannen geliefert.

Die jugoslawische Variante

Das jugoslawische Beispiel unterscheidet sich von den vorherigen darin, dass hier die Selbstverwaltung im ganzen Land eingeführt wurde und nicht nur in einzelnen Betrieben (Argentinien) oder in einer Region (Katalonien 1936), während der Rest der Gesellschaft der Arbeiter*innenselbstverwaltung nicht gerade freundlich gesonnen ist. In Jugoslawien war es die Führung der KP, die 1950 die Arbeiter*innenselbstverwaltung in allen Betrieben und später auch in den Verwaltungen einführte. Mit dem „Gesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen“ vom Juni 1950 änderte sich die Eigentumsform der Betriebe. Der Staat war nicht länger formal Eigentümer der Produktionsmittel. Nun wurden die Arbeiter*innen des Betriebs in Gestalt ihrer Institution, dem Arbeiter*innenrat, zu einer Art Treuhänder des Eigentums, das nun gesellschaftliches Eigentum war.

Von den Belegschaften gewählte Arbeiter*innenräte wurden das wichtigste Kontrollorgan im Betrieb. Sie entschieden über Produktion, Geschäftsgebaren und Organisation des Unternehmens. Ihnen oblag die Genehmigung des Wirtschaftsplans. Ein von ihnen gewählter Verwaltungsausschuss des Unternehmens (zwischen drei und siebzehn Mitglieder) hatte dessen Entschlüsse durchzuführen und das Alltagsgeschäft im Betrieb zu erledigen. Er erstellte die Vorlagen für den Wirtschaftsplan und die Jahresschlussbilanz, die dann dem Arbeiterrat zur Zustimmung vorgelegt wurden. Er kümmerte sich um Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und allgemein die Abläufe im Betrieb. Der/Die Direktor*in war offiziell der/die „oberste Angestellte“ des Betriebs. Er/Sie hatte die Entscheidungen, die die kollektiven Verwaltungsorgane artikulierten, umzusetzen. Er/Sie leitete die täglichen Geschäfte und vertrat das Unternehmen im Wirtschaftsverkehr mit anderen Unternehmen. Außerdem hatte er/sie darüber zu wachen, dass alles gesetzeskonform ablief. Die Belegschaft hatte bei der Einstellung und bei der Entlassung ein gewichtiges Wort mitzureden.

Tatsächlich waren die Ergebnisse von Unternehmen zu Unternehmen sehr verschieden und durchaus durchwachsen. Bei einigen lief es gut, bei anderen weniger gut. Sicherlich lief in der Praxis einiges ganz anders, als es auf dem Papier geschrieben stand. Eine kritische Auswertung der Erfahrungen mit der jugoslawischen Arbeiterselbstver-

waltung kann uns auch für unsere aktuellen Überlegungen einige interessante Anregungen geben.

Zentrale Koordination: Es geht auch demokratisch

Selbstverständlich können Industriegesellschaften nicht ausschließlich von der Kommune her verwaltet werden. Es gibt eine ganze Reihe von strategischen Fragen, über die die ganze Gesellschaft kollektiv beraten und entscheiden muss. Ob ein Atomkraftwerk gebaut werden soll oder nicht, kann weder von einer Belegschaft noch von einer Gemeinde alleine entschieden werden.

Fragen wie die Industrialisierungsdebatte in der UdSSR in den 1920er Jahren, bei der es darum ging, ob man/frau bei der weiteren Entwicklung des Landes der Landwirtschaft, der Leichtindustrie oder der Schwerindustrie erste Priorität geben sollte, müssen selbstverständlich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene entschieden werden. Oder ein aktuelles Beispiel: Was machen wir mit unseren Benzin- und Dieselstinkern in Zeiten des Klimawandels? Wollen wir unter Beibehaltung des Individualverkehrs lediglich die Diesel- und Benzinverbrenner 1:1 durch Elektroautos ersetzen? Eine Verkehrswende weg von Auto und Lkw hin zu Bus und Bahn macht eine sehr weitgehende Umstellung eines zentralen Industriesektors, der Autoindustrie, erforderlich. Das ist eine sehr weitreichende Maßnahme, über die selbstverständlich die gesamte Gesellschaft entscheiden muss. Gleiches gilt für die Energiepolitik. Der Übergang von fossilen Energieträgern (Steinkohle, Braunkohle) als Grundlage der unter Federführung der großen Stromkonzerne in Großkraftwerken erzeugten Energie hin zu erneuerbaren Energien, die weitgehend dezentral und unter öffentlicher Kontrolle erzeugt würden, muss ebenfalls gesamtgesellschaftlich organisiert werden.

Es gibt durchaus Möglichkeiten, wie die Bevölkerung bei solchen zentralen Projekten direkt in die Meinungsbildung miteinbezogen werden kann. Mit der Ausdehnung des Internets gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, wie Menschen auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen in direkte Kommunikation treten können. Das Internet bietet zudem die Möglichkeit, wichtige Sachverhalte zeitnah, anschaulich und gut verständlich aufzubereiten, sodass auch komplexe Sachverhalte nachvollzogen werden können. Für die einzelnen Personen wird es deutlich einfacher, an Diskussionen aller Art teilzunehmen und an Entscheidungen über Angelegenheiten teilzuhaben, von denen sie direkt betroffen sind.

Zur Rolle von Experten

Viele halten eine sozialistische Demokratie für nicht durchführbar, weil „normale“ Leute nicht die Kompetenz von

Technikern oder Wissenschaftlern haben, um komplizierte Zusammenhänge zu durchschauen. Das ist zweifelsohne ein wichtiges Problem. Es stellt sich allerdings die Frage, welche Rolle das Expertenwissen haben soll: Man/frau kann nicht groß darüber diskutieren, wie man/frau eine Brücke so baut, dass sie bei der Durchfahrt eines ICE nicht einstürzt. Man/frau muss aber zwischen Expertisen zu technischen Fragen und der eigentlichen politischen Entscheidungskompetenz unterscheiden. Ob man eine Brücke baut, wieviel gesellschaftlichen Reichtum man dafür investiert, auf welche anderen Investitionen man dafür verzichtet: Das sind keine technischen sondern gesellschaftliche Entscheidungen. Um diese Entscheidungen zu treffen braucht man/frau kein Diplomingenieur zu sein. Expert*innen müssen, unter Kontrolle der Öffentlichkeit, dafür sorgen, dass solche politischen Entscheidungen auf Grundlage fundierter, sachgerechter Informationen erfolgen. Aber das eigentliche Entscheidungsrecht liegt nicht bei den Expert*innen, sondern bei der Masse der Bevölkerung.

In einer ökosozialistischen Gesellschaft würden unterschiedliche Varianten zunächst über verschiedene Medien durch Experten vorgestellt und in Bürger*innenversammlungen landauf landab diskutiert. Die modernen Medien bieten zahlreiche Möglichkeiten, auch komplexe Zusammenhänge in einer für die Menschen verständlichen Form aufzubereiten. Denkbar wäre auch etwas, was im Rahmen der Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 gemacht wurde. Da wurden im 3. Programm des SWR alle Vorträge und Aussprachen live im Fernsehen übertragen. Bei den Entscheidungen würden Plebiszite einen deutlich höheren Stellenwert bekommen als gegenwärtig in der BRD. In der Schweiz ist über jede vom Parlament beschlossene Verfassungsänderung eine Volksabstimmung obligatorisch. Über die meisten vom Parlament beschlossenen Vorlagen ist ein „fakultatives“ Referendum möglich, wenn es einer Initiative gelingt, eine bestimmte Anzahl von Unterschriften zu sammeln. Bei einer Ablehnung des Gesetzesbeschlusses durch die Mehrheit der Abstimmenden tritt das entsprechende Gesetz nicht in Kraft. Volksabstimmungen und Referenden wären sicherlich ein wichtiges Element in der neu zu schaffenden partizipativen Demokratie.

Sowohl als auch

Planung steht nicht zwingend im Widerspruch zur Selbstverwaltung der Arbeitenden in ihren Produktionseinheiten vor Ort. Während die Entscheidung, z. B. eine

Autofabrik auf Bus- oder Schienenfahrzeugproduktion umzustellen, der Gesellschaft als Ganzes obliegt, werden die interne Organisation und der Betrieb der Fabrik von den Arbeitern selbst demokratisch verwaltet. Die Planung einer besseren Bahnverbindung zwischen München und Berlin ist keineswegs eine exklusive Angelegenheit der zentralen Planer. Die konkrete Umsetzung obliegt den untergeordneten Ebenen. Von der Lokation der Trasse, der Ausgestaltung der Bahnhöfe, der Auslegung des Fahrplans und der Terminsetzung der Baumaßnahmen sind sehr viele direkt betroffen. Entsprechend sind diese Menschen auch konkret an den Entscheidungen bei den konkreten Umsetzungsmaßnahmen zu beteiligen.

In Branchenräten wird auf regionaler und bundesweiter Ebene zwischen den unterschiedlichen Betrieben ausgeregelt, welcher Betrieb welche Aufgaben übernimmt. Die Branchenräte z. B. in der Auto-, Bahn-, Schuh- oder Stahlindustrie würden dann die in ihrem Bereich anfallende Arbeit auf die vorhandenen Produktionsstätten verteilen und, falls nötig, neue Fabriken schaffen. Selbstverständlich kommt die kommunale Ebene spätestens dann ins Spiel, wenn es darum geht, welche konkreten Auswirkungen vor Ort die auf zentraler Ebene getroffenen Weichenstellungen haben.

Sicherlich wird es auch im Sozialismus zwischen den verschiedenen selbstverwalteten Einrichtungen, örtlichen Verwaltungen und breiteren sozialen Zusammenhängen immer wieder zu Spannungen und Widersprüchen kommen. Es sind Mechanismen zur Konfliktlösung erforderlich. Es geht darum, dass einer Dynamik des Betriebsegoismus entgegengewirkt wird, eine Ausbalancierung unterschiedlicher Ansprüche und Interessen erfolgt. An den Entscheidungen werden bei Bedarf auch außerbetriebliche Interessengruppen beteiligt, z. B. Umweltschutzorganisationen oder die betroffenen Städte und Kreise. Um ein Beispiel zu nennen: Eine selbstverwaltete Fabrik entscheidet, ihren giftigen Abfall in einem Fluss zu entsorgen. Die Bevölkerung der betroffenen Region würde durch die Umweltverschmutzung gefährdet. Sie könnte Einspruch erheben und durchsetzen, dass diese umweltgefährdende Produktion eingestellt werden muss und andere, weniger umweltschädliche Verfahren entwickelt werden.

Betriebsegoismus und Lokalpatriotismus

Es gibt sowohl auf zentraler wie auch auf dezentraler Ebene die Gefahr bürokratischer Verwerfungen. In der allgemeinen Wahrnehmung denkt man/frau allerdings vor allem an die Probleme, die durch übermäßigen Zentralis-

mus verursachten werden. Die jugoslawischen Erfahrungen zeigen aber, dass auch die Dezentralisierung unerwünschte Strukturen erzeugen und verheerende Folgen haben kann. Betriebsegoismus und Lokalpatriotismus mit offener Flanke zum Nationalismus waren zwei Problemfelder, die entscheidend zum Niedergang der jugoslawischen Arbeiter*innenselbstverwaltung beigetragen haben. Im „administrativen Sozialismus“ der 1940er Jahre hatten die übergeordneten zentralen Instanzen gegenüber regionalen oder lokalen Ebenen Weisungsbefugnis. Ein riesiger, hierarchisch gegliederter Apparat hatte sich um die die gesamtgesellschaftliche Planung gekümmert. Nach der Auflösung der zentralen Apparate gab es dann allerdings keine Gremien mehr, die sich um die Koordination der betrieblichen und der überbetrieblichen Ebene kümmerten. Die jugoslawischen Kommunist*innen setzten darauf, dass dies der Markt regeln möge. Die Kräfte des Marktes förderten allerdings nicht die solidarische Kooperation, sondern den Egoismus der Einzelbetriebe. Viele Betriebe orientierten sich lediglich an dem, was sie als unmittelbares Eigeninteresse des Betriebs wahrnahmen. Sie waren vor allem daran interessiert, die Erträge des eigenen Betriebs zu maximieren, so dass ein möglichst hoher Teil der Einnahmen des Betriebs (der Teil, der nicht den Unkosten oder weiteren Investitionen zugeordnet war) zur Hebung der Einkommen der Arbeiterinnen und Arbeiter verwendet werden konnte. Betriebe, die in wirtschaftlichen Sektoren tätig waren, in denen sich gute Geschäfte machen ließen, versuchten – wie im Kapitalismus –, ihre Produktion auszuweiten, jedoch ohne sich dabei mit anderen Betrieben, die im selben Segment tätig waren, abzusprechen. Die Ergebnisse waren oft haarsträubend. Weil Stahlwerke Symbole industriellen Fortschritts waren, wollte jede jugoslawische Teilrepublik ihr eigenes Stahlwerk haben. 1964 gab es in Slowenien zwei Hersteller von Autos, die zusammen lediglich 361 Autos produzierten. In Serbien produzierten drei Bushersteller zusammen jährlich 388 Busse, zwei Hersteller von Schreibmaschinen bauten pro Jahr 5277 Schreibmaschinen.

Umfassende Demokratie: Über Betrieb und Kommune hinaus

Jugoslawien war ein abschreckendes Beispiel dafür, welche verheerenden Auswirkungen ein engstirniger Betriebsegoismus in einem System der ungebremsten Konkurrenz haben kann. Demokratie auf Betriebsebene reicht nicht aus. Es braucht demokratische Strukturen auch auf überbetrieblicher Ebene. Auch jene Teile der Bevölke-

rung, die zwar nicht im Betrieb arbeiten, aber von der im Betrieb verfolgten Geschäftspolitik betroffen sind, sind in betriebliche Entscheidungsprozesse einzubeziehen: die Menschen in der Kommune, die möglicherweise durch die vom Betrieb verursachte Umweltverschmutzung betroffen sind; die Zulieferer des Betriebs, die Abnehmer der Produkte und auch die anderen Betriebe der Branche mit der gleichen Produktpalette usw. In Fragen, bei denen sie von den in diesem Betrieb gefällten Entscheidungen unmittelbar betroffen sind, sollten sie an den Entscheidungen auch beteiligt sein. Als Gremium für die Einbindung solcher Interessengruppen mit ihren unterschiedlichen Anliegen erscheint mir eine Art Aufsichtsrat sinnvoll, dem gegenüber der/die Direktor*in und der Verwaltungsrat der jeweiligen Betriebe rechenschaftspflichtig ist.

Wie katastrophal das Ganze auch endete – in Jugoslawien gab es zumindest phasenweise auch Ansätze, die andeuten, wie mit diesem Problem umgegangen werden kann. Ab 1954 führte die jugoslawische Führung „Industriekammern“ ein, in denen Vertreter*innen von Betrieben entlang ihrer jeweiligen Branchenzugehörigkeit (Industrie, Transport, Bauwesen oder Landwirtschaft) mit Politiker*innen aus dem Planungsstab zusammensaßen. Beide gemeinsam sollten für eine Sichtweise sorgen, die nicht auf die Interessen des Einzelbetriebs und der eigenen Kommune verengt war, sondern auch regionalen oder gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen Rechnung trug. Damit gelang es in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre durchaus immer wieder, die Zentrifugalkräfte unter Kontrolle zu bringen. Leider wurden mit dem Durchmarsch der liberalen Reformer*innen Mitte der 1960er Jahre diese Institutionen wieder abgeschafft. Der „Betriebsegoismus nahm nun immer mehr Überhand – mit absolut dramatischen Folgen für die Volkswirtschaft.

Pat Devines Konzept der partizipativen Planung

Der britische Marxist Pat Devine hat Ende der 1980er Jahre, in der Zeit der Reformen von Gorbatschow, Grundzüge eines Modells für eine partizipative Wirtschaft, jenseits von Markt und stalinistischer Kommandowirtschaft, skizziert. Er nannte dieses System, bei dem der Entscheidungsfindung die Überwindung vorhandener Interessengegensätze vorausgeht, „demokratische Planung auf der Grundlage von vereinbarter Koordination“.

In Pat Devines Modell nimmt die Planung die Form eines politischen Prozesses ausgehandelter Koordination an. Weit gefasste Wirtschaftsvorgaben, die solche Fragen abdecken wie Energie- und Verkehrspolitik oder be-

stimmte Umweltprioritäten, würden auf nationaler Ebene von einer gewählten repräsentativen Versammlung auf der Grundlage alternativer, von Experten entwickelter Pläne beschlossen. Innerhalb dieses Rahmens würde allerdings das Gros der wirtschaftlichen Entscheidungen dezentral getroffen. Die wirtschaftliche Macht würde an Koordinierungskörperschaften übertragen, die für einzelne Branchen zuständig sind und in denen Delegiert*innen von Belegschaften, Konsument*innen, Zulieferer*innen, Abnehmer*innen, relevanten Regierungskörperschaften und betroffenen Interessensgemeinschaften sitzen. Diese Koordinierungskörperschaften würden gewährleisten, so Devine, dass Wirtschaftsentscheidungen bewusst gemeinsam im Lichte der Gesamtsituation von allen davon Betroffenen gefällt werden.

Die sozialistische Gesellschaft wird kein Ort der Harmonie sein. Individuen haben unterschiedliche Wünsche, Projekte und Ideale, die nicht so einfach in Übereinstimmung gebracht werden können. Sie nähern sich daher Problemen mit Einstellungen, die durch ihre speziellen Interessen gefärbt sind. Gravierende Interessenskonflikte unter den verschiedenen Beteiligten würden in eigenen Konfliktschlichtungsausschüssen ausgeregelt. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Aushandlung der Interessenskonflikte relativ harmonisch vonstattengehen kann und zu einer nicht allzu unwilligen Akzeptanz der Mehrheitsentscheidung durch die Minderheit führt, ist, dass alle Betroffenen den gleichen Zugang zu den Ressourcen haben, die sie brauchen, um das von ihnen gewünschte Leben führen zu können. Gleichheit ist mit anderen Worten nicht bloß ein normatives Prinzip, das eine sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen suchen sollte. Gleichheit ist gerade auch ein funktionales Erfordernis für eine solche Gesellschaft.

Ausblick und To-do-Liste

Dieser kurze Abriss kann natürlich nur einige Merkmale einer geplanten Wirtschaft skizzieren und lässt viele wesentliche Fragen offen. Devines Skizze einer demokratischen Planung mit ausgehandelter Koordination ist nicht auf mögliche konkrete Organisationsstrukturen heruntergebrochen. Uns obliegt die Aufgabe, anhand der Untersuchung konkreter historischer Erfahrungen und durch Einbeziehung zahlreicher Studien diese allgemeinen Aussagen zu konkretisieren. Es stellt sich z. B. angesichts der beschriebenen Problemlage die Frage, wie das Zusammenwirken von Elementen repräsentativer Demokratie und rätedemokratischen Strukturen aussehen könnte.

Vielleicht kann auch hier das jugoslawische Beispiel Anregungen geben. In den 1950er Jahren gab es in Jugoslawien auf lokaler, regionaler und Bundesebene ein Miteinander von Parlamenten, die von allen Bürgern gewählt wurden und „Produzentenräten“, die allein von den Belegschaften der Betriebe gewählt wurden. Die konkrete Praxis in Jugoslawien war keine „Erfolgsgeschichte“. Dennoch könnten daraus möglicherweise nützliche Rückschlüsse für die Zukunft gezogen werden. Was die Frage der Ausregelung von Interessenskonflikten zwischen Betrieben und Regionen betrifft, könnten uns die jugoslawischen „Industrieräte“ der 1950er Jahre, die zum Teil die Funktion von Konfliktregelungsgremien übernommen hatten, möglicherweise konkrete Anregungen geben.

Es ist an der Zeit, uns jene reichhaltigen Erfahrungsschätze zu erschließen, die im Verlauf der Geschichte in verschiedenen Ländern gemacht wurden. Dort können wir zahlreiche Impulse und Anregungen für die zu entwickelnden Alternativen bekommen. Zu nennen wäre hier neben der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien das kurze Aufflackern von Arbeiterräten in Polen 1956 und im Prager Frühling 1968, die „Cordones Industriales“ in Chile 1972/75 und die Nelkenrevolution in Portugal 1974/75. Im Übrigen gab es in den 1960er und 1970er Jahren eine recht entwickelte Debatte über Plan und Markt, die es wert ist, wieder ausgegraben zu werden.

Wenn die radikale Linke in dem Sinne realitätstüchtig werden will, dass sich ihre Vorstellungen von direkter Demokratie nicht in der sterilen Wiederholung von Phrasen erschöpfen, hat sie noch einige Nüsse zu knacken.



ROSA LUXEMBURGS REFORMISMUS-KRITIK

„Die Regierung hingegen, die die Ausführung der Gesetze, die Aktion, zur Aufgabe hat, hat keinen Raum in ihrem Rahmen für eine prinzipielle Opposition [einer revolutionären Partei].“

■ **Johann-Friedrich Anders**

■ Rosa Luxemburgs Beiträge zur marxistischen Theorie haben ein befremdliches Schicksal gehabt. Ihre Kritik von 1899 in „Sozialform oder Revolution?“ an den Bernstein'schen Revisionen der marxistischen Theorie fand noch überwiegend Zustimmung. Ab dann aber stießen ihre Beiträge zur marxistischen Theorie auf heftigen Widerspruch. So ihre Kritik von 1903/04 „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“, dann ihre Kritik von 1906 in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ an der Praxis der SPD und der Gewerkschaften, sodann ihr theoretisches Hauptwerk von 1913 „Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“. Ebenso ihre 1916 erschienene Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“ und schließlich ihre 1918 geschriebenen Notizen „Zur russischen Revolution“.

Massiv wurde die Kritik an Luxemburg bzw. am Konstrukt des „Luxemburgismus“ in der Arbeiterbewegung ab Mitte der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts. So erklärte etwa die KPD-Vorsitzende Ruth Fischer 1924, Rosa Luxemburgs Positionen seien „Syphilisbazillen“¹ für die kommunistische Bewegung. Und der Ruth Fischer nachfolgende KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann forderte 1932, Stalins Weisung folgend, den „schärfste(n) Kampf gegen die Ueberreste des Luxemburgismus“ und erklärte: „in all den Fragen, in denen Rosa Luxemburg

eine andere Auffassung als Lenin vertrat, war ihre Meinung irrig“².

Zwar wurden in der DDR in den ab 1972 erschienenen „Gesammelten Werken“ Luxemburgs Notizen „Zur russischen Revolution“ veröffentlicht (1974 in Band 4); doch der Abdruck wimmelt von Luxemburg inhaltlich widersprechenden redaktionellen Fußnoten (aus Lenin-Zitaten bestehend). Dazu erklärte im Jahr 2000 die Herausgeberin Annelies Laschitzka³: „Die meisten der Leninzitate in den redaktionellen Fußnoten waren ebenso wie einige Passagen im Vorwort von Günter Radczun eine unumgängliche Konzession gegenüber Bedenken und Forderungen aus dem KPdSU-Institut in Moskau.“

Selbst Luxemburgs Kritik des Bernstein'schen Revisionismus, ihre Schrift „Sozialreform oder Revolution?“ von 1899 war anscheinend nicht immer akzeptiert. Jedenfalls ist sie in den 1951 in den DDR erschienenen „Ausgewählten Werken in 2 Bänden“ nicht enthalten – ebenso wenig wie ihre Kritik an Lenins Organisations- bzw. Parteitheorie und ihre Notizen zur russischen Revolution. Dafür enthielt diese Ausgabe als Einleitung 150 Seiten Kritik an Luxemburg: ein (Stalin folgendes) Vorwort des damaligen Präsidenten der DDR Wilhelm Pieck und drei Artikel von Lenin und einen von Stalin – alle vier Beiträge sind scharfe Kritiken von Texten

Luxemburgs, die in diesen „Ausgewählten Werken“ gar nicht abgedruckt sind.

A) Eduard Bernsteins Analyse

1899 veröffentlichte Eduard Bernstein sein Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“⁴⁴.

Bernsteins Theorie lässt sich folgendermaßen zusammenfassen (auf Bernsteins kritische Bemerkungen zu Marx' Methode der Kritik der politischen Ökonomie, zur Hegel'schen Dialektik, zur Werttheorie und zum Blanquismus gehe ich hier nicht ein, weil sie für mein Thema nicht unmittelbar von Bedeutung sind):

I Die zunehmende Fähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, ökonomische Krisen zu vermeiden

Bernstein ist vor allem „der Anschauung entgegengetreten, daß wir vor einem in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft stehen“⁴⁵.

Bernstein erklärt: „Wäre die Gesellschaft so konstituiert oder hätte sie sich so entwickelt, wie die sozialistische Doktrin es bisher unterstellte, dann würde allerdings der ökonomische Zusammenbruch nur die Frage einer kurzen Spanne Zeit sein können. Aber das ist eben, wie wir sehen, nicht der Fall.“ [B, S. 66/7]

Der von Bernstein angegebene Grund dafür ist: Das kapitalistische System entwickelt eine immer größere Anpassungsfähigkeit. Diese zunehmende Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus äußert sich – so Luxemburgs Zusammenfassung der Bernstein'schen Argumente – „erstens in dem Verschwinden der allgemeinen Krisen, dank der Entwicklung des Kreditsystems, der Unternehmerorganisationen und des Verkehrs sowie des Nachrichtendienstes, zweitens in der Zähigkeit des Mittelstandes infolge der beständigen Differenzierung der Produktionszweige sowie der Hebung großer Schichten des Proletariats in den Mittelstand, drittens endlich in der ökonomischen und politischen Hebung der Lage des Proletariats infolge des Gewerkschaftskampfes.“⁴⁶

II Die Rolle der Gewerkschaften und der Genossenschaften: Einführung des Sozialismus durch soziale Reformen

Bernstein erklärt über die Gewerkschaften: „Ihrer sozialpolitischen Stellung nach sind die Gewerkschaften oder Gewerkvereine das demokratische Element in der Industrie. Ihre Tendenz ist es, den Absolutismus des Kapitals zu brechen und dem Arbeiter direkten

Einfluß auf die Leitung der Industrie zu verschaffen.“ [B, S.140]

Und über die Genossenschaften sagt Bernstein: Zwar sei es nicht möglich, „daß die Genossenschaft, wie wir sie heute kennen, jemals die ganze Produktion und Zustellung der Güter ergreifen wird, ... so ist ihr doch im ganzen noch ein so weites Feld offen, daß man, ohne in (...) Genossenschaftsutopie zu verfallen, zu sehr großen Erwartungen bezüglich ihrer berechtigt ist.“ [B, S.124]

Die Konsumgenossenschaften sind – so Bernstein – zwar „nicht *der* Sozialismus, aber sie tragen als Arbeiterorganisationen genug vom Element des Sozialismus in sich, um sich zu wertvollen und unerläßlichen Hebeln der sozialistischen Befreiung zu entwickeln.“ [B, S.181]

III Die Rolle des Staates und der parlamentarischen Demokratie: stets fortschreitende Entwicklung der Demokratie

Bernstein: „Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen. Unter dem Einfluß dieser und getrieben von der sich immer kräftiger regenden Arbeiterbewegung hat eine gesellschaftliche Gegenaktion gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals eingesetzt, die zwar heute noch sehr zaghaft und tastend vorgeht, aber doch da ist und immer mehr Gebiete des Wirtschaftslebens ihrem Einfluß unterzieht. Fabrikgesetzgebung, die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen und die Erweiterung ihres Arbeitsgebiets, die Befreiung des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens von allen gesetzlichen Hemmungen, Berücksichtigung der Arbeiterorganisationen bei allen von öffentlichen Behörden vergebenen Arbeiten kennzeichnen diese Stufe der Entwicklung.“ [B, S.8/9]

„Wir setzen heute durch Stimmzettel, Demonstration und ähnliche Pressionsmittel Reformen durch, für die es vor hundert Jahren blutiger Revolutionen bedurft hätte.“ [B, S.13]

„Die Demokratie ist prinzipiell die Aufhebung der Klassenherrschaft, wenn sie auch noch nicht die faktische Aufhebung der Klassen ist“. [B, S.145] „(D)as allgemeine Wahlrecht (...) wird (...) zum Werkzeug, die Volksvertreter aus Herren in wirkliche Diener des Volkes zu verwandeln.“ [B, S.146]

Einwände gegen diese Analyse weist Bernstein zurück: „Wenn darauf erwidert wird, daß die Aussichten, dies ohne politische Katastrophe zu erringen, in Deutschland äußerst gering, ja so gut wie nicht vorhanden seien, daß das

deutsche Bürgertum immer reaktionärer werde, so mag das für den Moment vielleicht richtig sein, obgleich manche Erscheinungen auch dagegen sprechen. Aber es kann nicht auf die Dauer so sein.“ [B, S.159]

IV Der Alltagskampf der Arbeiterbewegung führt allmählich, schrittweise zu einer sozialistischen Ordnung

Bernstein prognostiziert ein „Hineinwachsen der Gesellschaft in den Sozialismus“⁷, eine „stückweise vollzogene Verwirklichung des Sozialismus“⁸: „Die ganze praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie geht darauf hinaus, Zustände und Vorbedingungen zu schaffen, die eine von konvulsivischen Ausbrüchen freie Überführung der modernen Gesellschaftsordnung in eine höhere ermöglichen und verbürgen sollen.“ [B, S.147]

Bernsteins Mitstreiter Konrad Schmidt erläutert diese Theorie im „Vorwärts“ vom 20.2.1898: „Die Tendenz dieses Prozesses ist es, den Kapital-Eigentümer durch Beschränkung seiner Rechte mehr und mehr in die Rolle eines Verwalters herabzudrücken, dadurch daß die Praktiken kapitalistischer Ausbeutung der Arbeiter in immer engere Grenzen gebannt und so die Funktionen des Kapitals mehr und mehr in den Dienst der Gesellschaft, d. h. der aufstrebenden Arbeiterklasse hineingezwungen werden. Und die Tendenz dieser Tendenz? Was kann sie anderes sein, als ohne Störung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, die bei unvermittelt dekretierten Expropriationen unvermeidlich wäre und am schwersten die Arbeiterklasse selbst treffen würde, das Obereigentum, welches die Gesellschaft durch fortgesetzte Ausdehnung ihrer Kontrolle über die Produktion bereits gewonnen hat, in wirkliches Eigentum zu verwandeln, dem müde gemachten Kapitalisten, der seinen Besitz immer werthloser für ihn selbst werden sieht, die Leitung und Verwaltung des Betriebes abzunehmen, d. h. von der gesellschaftlichen Kontrolle der Produktion zur eigentlichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel überzugehen?“⁹

V Der Weg zum Sozialismus: Sozialreformen statt Revolution

Zwischen Sozialreformen und Revolution sieht Bernstein folgenden Unterschied: „In der Gesetzgebung dominiert in ruhigen Zeiten der Intellekt das Gefühl, in der Revolution das Gefühl den Intellekt. (...) Die Gesetzgebung wirkt als planmäßige, die Revolution als elementarische Gewalt.“ [B, S.206]

„Im allgemeinen kann man hier sagen, daß der revolutionäre Weg (immer im Sinne von Revolutionsgewalt)

schnellere Arbeit leistet, soweit es sich um das Hinwegräumen von Hindernissen handelt, die eine privilegierte Minderheit dem sozialen Fortschritt in den Weg stellt: daß seine Stärke auf der negativen Seite liegt. Die verfassungsmäßige Gesetzgebung arbeitet in dieser Hinsicht in der Regel langsamer. Ihr Weg ist gewöhnlich der des Kompromisses, nicht der Abschaffung, sondern der Abfindung erworbener Rechte.“ [B, S.205]

„Sobald eine Nation einen politischen Zustand erreicht hat, wo das Recht der besitzenden Minderheit aufgehört hat, ein ernsthaftes Hindernis für den sozialen Fortschritt zu bilden, wo die negativen Aufgaben der politischen Aktion zurücktreten hinter die positiven, da wird die Berufung auf die gewaltsame Revolution zur inhaltlosen Phrase.“ [B, S.206]

VI Bernsteins Selbsteinschätzung seiner Analyse: Nur die nötige Korrektur der marxistischen Theorie

Bernstein verfolgte mit seinem Buch das Ziel, „auf die Punkte zu verweisen, wo mir die Marx-Engelsche Doktrin hauptsächlich zu irren oder sich in Widersprüchen zu bewegen scheint“ [B, S.13], und er stellte sich „(d)ie Aufgabe, wieder Einheit in die Theorie zu bringen und Einheit zwischen Theorie und Praxis herzustellen“. [B, S.33]

Darüber hinaus sah er schädliche „Widersprüche ... zwischen der Phraseologie und der Praxis der Sozialdemokratie“. [B, S.148] Bernstein: „Der Einfluss der SPD würde ein viel größerer sein, als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Mut fände, sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist, und das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei. (...) Ist aber die Sozialdemokratie heute etwas anderes als eine Partei, welche die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft durch das Mittel demokratischer und wirtschaftlicher Reform anstrebt?“ [B, S.188]

B) Rosa Luxemburgs Kritik

Rosa Luxemburg antwortete Bernstein 1899 mit ihrer Broschüre „Sozialreform oder Revolution?“ (einem Sonderdruck zweier Artikelserien aus der „Leipziger Volkszeitung“, die erste im September 1898 als Antwort auf Bernsteins Artikel in der „Neuen Zeit“, die zweite im April 1899 als Antwort auf Bernsteins Buch).

I Wird ein Zusammenbruch des Kapitalismus zunehmend unwahrscheinlicher?

Gegen Bernsteins Analyse, dass sich die inneren Widersprüche des Kapitalismus abschwächen, bringt Luxemburg

zwei Argumente vor, ein theoretisches und später, in der zweiten Auflage von 1908, zusätzlich noch ein historisch-faktisches.

Für Bernstein sind – so Luxemburg – „die Krisen einfach Störungen im wirtschaftlichen Mechanismus, und bleiben diese aus, dann kann offenbar der Mechanismus glatt funktionieren.“ [LGW 1/1, S. 406] Diese Bernstein'sche Sicht der kapitalistischen Krisen ist, so erklärt Luxemburg, unangemessen. Denn:

„Die Krisen sind (...) tatsächlich keine ‚Störungen‘ im eigentlichen Sinne, oder vielmehr, sie sind Störungen, ohne die aber die kapitalistische Wirtschaft im ganzen gar nicht auskommen kann. Ist es einmal Tatsache, daß die Krisen, ganz kurz ausgedrückt, die auf kapitalistischer Basis einzig mögliche, deshalb ganz normale Methode der periodischen Lösung des Zwiespalts zwischen der unbeschränkten Ausdehnungsfähigkeit der Produktion und den engen Schranken des Absatzmarktes bilden, dann sind auch die Krisen unzertrennliche organische Erscheinungen der kapitalistischen Gesamtwirtschaft.“¹⁰

Luxemburg erklärt die „Unentbehrlichkeit der Krisen“¹¹ im Kapitalismus folgendermaßen: „In einem ‚störungslosen‘ Fortgang der kapitalistischen Produktion liegen (...) für sie (für die kapitalistische Gesamtwirtschaft – Einfügung J.-F.A.) Gefahren, die größer sind als die Krisen selbst. Es ist (...) nämlich das (...) aus der Entwicklung der Produktivität der Arbeit selbst sich ergebende stete Sinken der Profitrate, das die höchst gefährliche Tendenz hat, die Produktion allen kleineren und mittleren Kapitalien unmöglich zu machen, und so der Neubildung, damit dem Fortschritt der Kapitalanlagen Schranken entgegenzusetzen. Gerade die Krisen (...) bewirken durch die periodische *Entwertung* des Kapitals, durch Verbilligung der Produktionsmittel und Lahmlegung eines Teils des tätigen Kapitals zugleich die Hebung der Profite und schaffen so für Neuanlagen und damit neue Fortschritte in der Produktion Raum. So erscheinen sie als Mittel, das Feuer der kapitalistischen Entwicklung immer wieder zu schüren und zu entfachen, und ihr Ausbleiben (...) würde bald die kapitalistische Wirtschaft, nicht wie Bernstein meint, auf einen grünen Zweig, sondern direkt in den Sumpf gebracht haben.“¹²

Luxemburg kommentiert die Bernstein'sche Krisen-Analyse/Theorie spöttisch: „Es gibt nun freilich einen Standpunkt, von dem alle behandelten Erscheinungen sich auch wirklich so darstellen, wie sie die ‚Anpassungstheorie‘ zusammenfaßt, nämlich den Standpunkt des *einzelnen* Kapitalisten, wie ihm die Tatsachen des

wirtschaftlichen Lebens, verunstaltet durch die Gesetze der Konkurrenz, zum Bewußtsein kommen. Für den einzelnen Kapitalisten sind die Krisen tatsächlich bloße Störungen, und ihr Ausbleiben gewährt ihm eine längere Lebensfrist, für ihn ist der Kredit gleichfalls ein Mittel, seine unzureichenden Produktivkräfte den Anforderungen des Marktes ‚anzupassen‘, für ihn hebt ein Kartell, in das er eintritt, auch wirklich die Anarchie der Produktion auf. Mit einem Worte, die Bernstein'sche Anpassungstheorie ist nichts als eine theoretische Verallgemeinerung der Auffassungsweise des einzelnen Kapitalisten.“ [LGW 1/1, S. 407/8]

1908, in der zweiten Auflage von „Sozialreform oder Revolution?“ weist Luxemburg noch ergänzend auf die geschichtliche Widerlegung von Bernsteins optimistischer Sicht der kapitalistischen Entwicklung hin: „Kaum hatte Bernstein 1898 die Marxsche Krisentheorie zum alten Eisen geworfen, als im Jahre 1900 eine allgemeine heftige Krise ausbrach und sieben Jahre später, 1907, eine erneute Krise von den Vereinigten Staaten aus über den Weltmarkt gezogen kam.“¹³

II Sind die Gewerkschaften und die Genossenschaften ein Mittel zur sozialistischen Umgestaltung?

Die Rolle, die Bernstein den Gewerkschaften im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zuweist, hält Luxemburg für illusorisch: Die Gewerkschaften sind „gar nicht imstande, eine ökonomische Angriffspolitik gegen den Profit zu führen, weil sie nichts sind als die organisierte *Defensive* der Arbeitskraft gegen die Angriffe des Profits, als die Abwehr der Arbeiterklasse gegen die herabdrückende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft.“¹⁴

Luxemburg nennt dafür zwei Gründe: „Erstens haben die Gewerkschaften zur Aufgabe, die Marktlage der Ware Arbeitskraft durch ihre Organisation zu beeinflussen, die Organisation wird aber durch den Prozeß der Proletarisierung der Mittelschichten, der dem Arbeitsmarkt stets neue Ware zuführt, beständig durchbrochen. Zweitens bezwecken die Gewerkschaften die Hebung der Lebenshaltung, die Vergrößerung des Anteils der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Reichtum, dieser Anteil wird aber durch das Wachstum der Produktivität der Arbeit mit der Fatalität eines Naturprozesses beständig herabgedrückt.“ [LGW 1/1, S. 419/20]

Luxemburg charakterisiert den gewerkschaftlichen Kampf im Kapitalismus folgendermaßen: Er ist „kraft objektiver Vorgänge in der kapitalistischen Gesellschaft (...) eine Art Sisyphusarbeit. Diese Sisyphusarbeit ist allerdings

unentbehrlich, soll der Arbeiter überhaupt zu der ihm nach der jeweiligen Marktlage zufallenden Lohnrate kommen, soll das kapitalistische Lohngesetz verwirklicht und die herabdrückende Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Wirkung paralyisiert, oder genauer, abgeschwächt werden.“ [LGW 1/1, S. 420]

Bernsteins Theorie, die Genossenschaften seien ein Mittel zur sozialistischen Umgestaltung, hält Luxemburg ebenfalls für unzutreffend: „Was die Genossenschaften und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein Zwitterding dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. (...) In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt oder falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst. (...) daraus folgt, daß die Produktivgenossenschaft sich ihre Existenz inmitten der kapitalistischen Wirtschaft nur dann sichern kann (...), indem sie sich künstlich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Dies kann sie nur, wenn sie sich von vornherein einen Absatzmarkt, einen festen Kreis von Konsumenten sichert. (...) Sind aber somit die Existenzbedingungen der Produktivgenossenschaften in der heutigen Gesellschaft an die Existenzbedingungen der Konsumvereine gebunden, so folgt daraus in weiterer Konsequenz, daß die Produktivgenossenschaften im günstigsten Falle auf kleinen lokalen Absatz und auf wenige Produkte des unmittelbaren Bedarfs, vorzugsweise auf Lebensmittel, angewiesen sind. (...) Die ganze sozialistische Reform durch die Genossenschaften reduziert sich aber dadurch aus einem Kampf gegen das Produktivkapital, d.h. gegen den Hauptstamm der kapitalistischen Wirtschaft, in einen Kampf gegen das Handelskapital, und zwar gegen das Kleinhandels-, das Zwischenhandelskapital, d.h. bloß gegen kleine Abzweigungen des kapitalistischen Stammes.“¹⁵

Zusammenfassend erklärt Luxemburg gegen Bernsteins Sicht, die Gewerkschaften (und die Genossenschaften) seien ein „Mittel der sozialistischen Reform“ [LGW 1/1, S. 420]: „(D)ie Genossenschaften und die Gewerkschaften erweisen sich (...) als gänzlich unfähig, die kapitalistische *Produktionsweise* umzugestalten.

Bernstein ist sich dessen im Grunde genommen auch selbst dunkel bewußt und faßt sie bloß als Mittel auf, den kapitalistischen *Profit* abzuwickeln, und die Arbeiter auf diese Weise zu bereichern. Damit verzichtet er aber selbst auf den Kampf mit der *kapitalistischen Produktionsweise* und richtet die sozialdemokratische Bewegung auf den Kampf gegen die *kapitalistische Verteilung*. Bernstein formuliert auch wiederholt seinen Sozialismus als das Bestreben nach einer ‚gerechten‘, ‚gerechteren‘, ja einer ‚noch gerechteren‘ Verteilung.“¹⁶

III Ist der parlamentarische Staat kein Klassenstaat mehr – dank zunehmender Demokratisierung der kapitalistischen Gesellschaft?

Die Vorstellung Bernsteins vom ununterbrochenen Aufstieg der Demokratie in der modernen Geschichte erklärt Luxemburg für „grundfalsch“ [LGW 1/1, S. 422], für „ein Luftgebilde“ [LGW 1/1, S. 424]. Das sei nur eine „oberflächliche Schablonisierung der Ergebnisse eines kleinen Zipfelchens der bürgerlichen Entwicklung, etwa der letzten 25 bis 30 Jahre. Sieht man sich die Entwicklung der Demokratie in der Geschichte und zugleich die politische Geschichte des Kapitalismus näher an, so kommt ein wesentlich anderes Resultat heraus.“ [LGW 1/1, S. 422]

Luxemburg: Der Staat wird in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft keineswegs zu einem ‚Staat des ganzen Volkes‘; er ist und bleibt ‚Vertreter der *kapitalistischen* Gesellschaft, d.h. Klassenstaat.“ [LGW 1/1, S. 392] „Wenn er im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung verschiedene Funktionen von allgemeinem Interesse übernimmt, so nur, weil und insofern diese Interessen und die gesellschaftliche Entwicklung mit den Interessen der herrschenden Klasse im allgemeinen zusammenfallen. Der Arbeiterschutz z.B. liegt ebenso sehr im unmittelbaren Interesse der Kapitalisten als Klasse, wie der Gesellschaft im ganzen.“ [LGW 1/1, S. 395]

Und – so Luxemburg weiter: „(S)obald die Demokratie die Tendenz hat, ihren Klassencharakter zu verleugnen und in ein Werkzeug der tatsächlichen Volksinteressen umzuschlagen, (werden) die demokratischen Formen selbst von der Bourgeoisie und ihrer staatlichen Vertretung geopfert.“ [LGW 1/1, S. 398]

Für Bernsteins Vorstellung, der Parlamentarismus sei ein Mittel zur sozialistischen Umwälzung, hat Luxemburg deshalb nur Spott übrig: „(E)s blieb Bernstein vorbehalten, den Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus für das berufene Organ zu halten, wodurch die gewaltigste weltgeschichtliche Umwälzung: die Überführung der Ge-

sellschaft aus den kapitalistischen in sozialistische Formen, vollzogen werden soll.“ [LGW 1/1, S. 433]

IV Ist der praktische Alltagskampf der Arbeiterbewegung ausreichend zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft?

Bernsteins Sicht, es finde eine „stufenweise sozialisierende Einwirkung“ [LGW 1/1, S. 401] des gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes auf die kapitalistische Wirtschaft statt, ist – so Luxemburg – „bloße Einbildung“¹⁷. „(D)as bequeme ‚Hineinwachsen‘ (ist) bloß eine Chimäre“ [LGW 1/1, S. 454].

Tatsächlich sei es vielmehr so, „daß die objektive Entwicklung uns bloß *die Bedingungen* einer höheren Entwicklungsstufe an die Hand gibt, daß aber ohne unser *zielbewußtes Eingreifen*, ohne den *politischen Kampf* der Arbeiterklasse um die sozialistische Umwälzung“ [LGW 1/1, S. 454] die Revolution nie verwirklicht wird.

„(D)ie sozialistische Bedeutung des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes (besteht) darin, daß er das Proletariat, d.h. den *subjektiven* Faktor der sozialistischen Umwälzung zu deren Durchführung vorbereitet.“ [LGW 1/1, S. 401]

Luxemburg stimmt der „parteiüblichen Auffassung“ zu: „In der parteiüblichen Auffassung gelangt das Proletariat durch den gewerkschaftlichen und politischen Kampf zu der Überzeugung von der Unmöglichkeit, seine Lage von Grund aus durch diesen Kampf umzugestalten, und von der Unvermeidlichkeit einer endgültigen Besitzergreifung der politischen Machtmittel.“¹⁸

Luxemburg fragt: Was würde aus der Arbeiterbewegung, wenn sie der Bernstein'schen Theorie folgte, die die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft bestreitet und ihre Aufhebung durch eine soziale Umwälzung für unnötig erklärt? Und Luxemburg antwortet: „Der unversöhnliche, schroffe Klassenstandpunkt (...) wird immer mehr zu einem bloßen Hindernis, sobald unmittelbare praktische Erfolge den Hauptzweck bilden. Der nächste Schritt ist also eine ‚Kompensationspolitik‘ – auf gut deutsch: eine Kuhhandelspolitik“¹⁹.

V Der Weg zum Sozialismus: Sozialreformen statt Revolution?

Bernsteins Vorstellung, die gesetzliche Reformarbeit sei nur – so Luxemburg – „die ins Breite gezogene Revolution“ und die Revolution sei nur „die kondensierte Reform“ [LGW 1/1, S. 428], ist für Luxemburg „grundfalsch und ganz ungeschichtlich“ [LGW 1/1, S. 428].

Luxemburg polemisch: „Die gesetzliche Reform und die Revolution sind (...) nicht verschiedene Methoden des

geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbüffet nach Belieben wie heiße Würstchen oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene *Momente* in der Entwicklung der Klassengesellschaft.“²⁰

Luxemburg führt dazu aus: „Wer sich (...) für den gesetzlichen Reformweg *anstatt* und im *Gegensatz* zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum *gleichen* Ziel, sondern auch ein *anderes* Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten.“²¹

VI Bernsteins Theorie – eine sachlich unhaltbare Revision der marxistischen Theorie

Luxemburgs zusammenfassende Beurteilung der Bernstein'schen Revisionen der marxistischen Theorie lautet: „Das Bernsteinsche Buch hat für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung eine große geschichtliche Bedeutung gehabt: es war dies der erste Versuch, den opportunistischen Strömungen in der Sozialdemokratie eine theoretische Grundlage zu geben.“²²

Aber Bernsteins Revisionen der marxistischen Theorie sind laut Luxemburg keine Weiterentwicklung der marxistischen Theorie der kapitalistischen Gesellschaft, sondern eine unbegründete, sachlich unhaltbare Revision der marxistischen Theorie; sie ist bloß opportunistischer Revisionismus: „Es genügte, daß der Opportunismus sprach, um zu zeigen, daß er nichts zu sagen hatte. Und darin liegt die eigentliche parteigeschichtliche Bedeutung des Bernsteinschen Buches.“ [LGW 1/1, S. 445]

Und in einem Brief Luxemburgs vom 7. April 1906 findet sich die schöne Formulierung: „O ich Esel, o ich Rhinoceros, o ich Bernstein!“²³

Die politischen Ansichten Bernsteins zielen – so Luxemburg – ebenso wie seine ökonomischen Theorien „im Grund genommen nicht auf die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung, sondern bloß auf die Reformierung der kapitalistischen, nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst“. [LGW 1/1, S. 429]

C) Ergänzung: Luxemburg über die Beteiligung von Sozialisten an bürgerlichen Regierungen

1899 trat in Frankreich der Sozialist Alexandre Millerand in die bürgerliche Regierung Waldeck-Rousseau ein und löste damit die sogenannte Affäre Millerand aus.

Der französische Sozialist Jean Jaurès sah – wie Luxemburg 1900/01 in „Die sozialistische Krise in Frankreich“ referiert – „die sozialistische Ministerschaft als normales Kampfmittel der Arbeiterbewegung“. [LGW 1/1, S. 72]

Dagegen erklärte Luxemburg: Es sei „ein vollkommen utopischer Plan (...), zu denken, ein Ressort der Regierung könne bürgerliche, ein anderes sozialistische Politik treiben, und die Zentralgewalt könne somit stückweise, nach einzelnen Ressorts, für die Arbeiterklasse erobert werden.“ [LGW 1/2, S. 60] Luxemburg macht deutlich, dass die Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung eine verfehlte Taktik ist, unvereinbar mit dem Ziel, den Sozialismus herbeizuführen:

„Der Sozialismus, der zur Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und zur Aufhebung der bürgerlichen Klassenherrschaft berufen ist, nimmt an der Regierung des bürgerlichen Staates teil, welche die Aufgabe hat, das Privateigentum zu konservieren und die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu verewigen. (...) Mitwirkung an der Unterjochung des Proletariats als Mittel zur Befreiung des Proletariats und die politische Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien als Mittel des Kampfes gegen die Bourgeoisie – der innere Widerspruch scheint in die Augen zu springen.“ [LGW 1/2, S. 58]

Realistischerweise schrieb Luxemburg nicht: „der innere Widerspruch springt in die Augen“, sondern nur: er „scheint in die Augen zu springen“; sie befürchtete offenbar: Nicht alle Sozialisten sehen ihn.

Schon 1899 hatte Rosa Luxemburg in „Eine taktische Frage“ [LGW 1/1, S. 483–486] über die Teilnahme von Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung ausgeführt: „Es ist freilich Tatsache, daß die Sozialdemokratie, um praktisch zu wirken, alle erreichbaren Positionen im gegenwärtigen Staate einnehmen, überall vordringen muß. Allein als Voraussetzung gilt dabei, daß es Positionen sind, *auf denen man den Klassenkampf*, den Kampf mit der Bourgeoisie und ihrem Staate *führen kann*. In dieser Beziehung besteht aber zwischen den gesetzgebenden Körpern und der Regierung eines bürgerlichen Staates ein wesentlicher Unterschied. In den Parlamenten können die Arbeitervertreter, wo sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen können, sie doch wenigstens in der Weise vertreten, daß sie in oppositioneller Stellung verharren. Die Regierung hingegen, die die Ausführung der Gesetze, die *Aktion*, zur Aufgabe hat, hat keinen Raum in ihrem Rahmen für eine prinzipielle Opposition“ [LGW 1/1, S. 484]. „In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer *oppositionellen Partei* vorgezeichnet“. [LGW 1/1, S. 486]

„Die Vertreter der Arbeiterklasse können, ohne ihre Rolle zu verleugnen, nur in *einem* Falle in die bürgerliche Regierung treten: um sich ihrer gleichzeitig zu bemächtigen und sie in die Regierung der herrschenden Arbeiterklasse zu verwandeln.“ [LGW 1/1, S. 485]

Eine Konkretisierung dieser Position von Luxemburg nahm 1921 die III. Internationale auf ihrem IV. Weltkongress vor in ihrer Resolution „Über die Taktik der Kommunistischen Internationale“:

„Die Kommunisten müssen sich unter Umständen bereit erklären, zusammen mit nichtkommunistischen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen eine Arbeiterregierung zu bilden.“ „Die elementarsten Aufgaben einer Arbeiterregierung müssen darin bestehen, das Proletariat zu bewaffnen, die bürgerlichen, konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen.“²⁴

D) Zur Würdigung der Luxemburg'schen Kritik

Strittig zwischen Bernstein und Luxemburg waren vor allem 4 Fragen:

- Wie entwickelt sich das kapitalistische System?
- Welchen Beitrag können die Gewerkschaften (und die Genossenschaften, die ich hier nur in Klammern erwähnen muss; denn eine größere Rolle spielen sie praktisch nicht) bei der Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft spielen?
- Welche Rolle spielen der Staat und der Parlamentarismus bei der Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft?
- Welche Erfolge haben Arbeiterparteien mit einer reformistischen Strategie und Taktik bei der Umwandlung einer kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft?

Es dürfte – jedenfalls im Nachhinein – klar sein, wer von beiden die damalige historische Situation und die Aufgaben der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und die Mittel zu ihrer Lösung zutreffender sah.

Die von der Arbeiterbewegung seit 1900 gemachten Erfahrungen liefern keine Bestätigungen für die Bernstein'sche Revision der marxistischen Theorie und für die aus ihr entwickelten politischen Strategien und Taktiken. Und sie bestätigen im Wesentlichen Luxemburgs Positionen:

Weder die kapitalistischen Gesellschaften noch die bürgerlichen Staaten noch der Parlamentarismus noch die

Gewerkschaften (noch die Genossenschaften) entwickelten sich in die Richtung, die Bernstein optimistisch annahm.

Weiter: Eine kapitalistische Ökonomie ist für Krisen nicht nur anfällig, sondern Krisen gehören zu ihr dazu, sind ihr immanent – was die ‚klassische‘, die nicht durch Bernstein revidierte, marxistische Theorie gut erklären kann.

Und schließlich: Die kapitalistische Klasse lässt sich durch eine parlamentarische Mehrheit der Arbeiterklasse nicht die Macht aus den Händen nehmen; sie sorgt vielmehr mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür, dass es nie so weit kommt. Sollte das aber doch einmal passieren, dann ist die Bourgeoisie kein fairer Verlierer, der seine Niederlage kampfflos hinnimmt. Jedenfalls gibt es dafür keine geschichtlichen Belege.

Selbst ein Bernstein so wohlgesinnter Historiker wie Peter Gay²⁵ musste feststellen: Bernsteins Optimismus war „nicht gut begründet; er griff sich eine kurzfristige Prosperität heraus und begründete auf ihr das Gesetz kapitalistischer Entwicklung. (...) Der Revisionismus irrte über den Lauf der Geschichte: der erste Weltkrieg erschütterte seine optimistische Grundlage schwer, und die große Depression widerlegte seine hoffnungsvolle Annahme, daß die Periode der großen Krisen vorüber sei.“ [Ebd. S. 367]

Weiter Gay: „Bernsteins ganze Stellung (war) auf der Annahme der Möglichkeit parlamentarischer Arbeit und eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus aufgebaut.“ [Ebd. S. 367] Doch: „Entgegen den Erwartungen der Revisionisten war in Deutschland doch eine Revolution nötig, um die Machthaber zu stürzen.“ [Ebd. S. 372]

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Die kritischen Einsichten, die Luxemburg in „Sozialreform oder Revolution?“ gegen Bernsteins Revision der marxistischen Theorie formulierte, gehören zu den (leider) immer wieder bestätigten geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung; sie gehören – ebenso wie ihr Beitrag zur Frage der Beteiligung von Sozialisten an bürgerlichen Regierungen, ihre Argumente in der sogenannten Millerand-Affäre – zum Corpus des marxistischen Wissens.

E) Luxemburgs spätere Korrektur zweier in „Sozialreform oder Revolution?“ vertretenen Positionen

I Keine Kritik Luxemburgs an der Alltagspraxis der Arbeiterbewegung

Bernstein kritisiert nicht die Alltags-Praxis der Arbeiterbewegung, er kritisiert nur ihre Theorie als unpassend

und fehlorientierend – wenn sie denn praktisch tatsächlich befolgt würde. Nur die sozialdemokratische Propaganda über die Notwendigkeit des Sozialismus, über die heranebrechende Katastrophe und über die Notwendung der gewaltsamen Machteroberung lehnt er ab – als schädliche „Phraseologie“. Seine Revision der marxistischen Theorie soll die für die praktizierte vernünftige Alltagspraxis passende Theorie liefern.

Irritierend ist: Luxemburg teilt 1899 Bernsteins grundsätzlich positive Einschätzung der Alltagspraxis der Arbeiterbewegung. Auch sie findet 1899 diese Praxis angemessen, geeignet zur Durchsetzung des Sozialismus. Jedenfalls schreibt sie:

Die von Bernstein gutgeheiene Praxis unterscheidet sich „(z)unächst und formell (...) gar nicht von der bisher üblichen Praxis des sozialdemokratischen Kampfes. Gewerkschaften, der Kampf um die Sozialreform und um die Demokratisierung der politischen Einrichtungen, das ist das nämliche, was auch sonst den formellen Inhalt der sozialdemokratischen Parteitätigkeit ausmacht. Der Unterschied liegt (...) nicht in dem *Was*, wohl aber in dem *Wie*. Wie die Dinge jetzt liegen, werden der gewerkschaftliche und der parlamentarische Kampf als Mittel aufgefaßt, das Proletariat allmählich zur Besitzergreifung der politischen Gewalt zu führen und zu erziehen.“²⁶

Der wesentliche Unterschied zwischen Bernsteins und Luxemburgs Einschätzung der Alltagspraxis der Arbeiterbewegung besteht 1899 offenbar (nur) in Folgendem: Für Luxemburg ist das, was Bernstein als sozialistische Phraseologie kritisiert, notwendige Aufklärung über die zukünftige Entwicklung zum Sozialismus.

Luxemburg sah in „Sozialreform oder Revolution?“ nicht, dass eine Kluft bestand zwischen den Tagesforderungen und Tageskämpfen einerseits und dem Kampf um das sozialistische (End-) Ziel, um die Eroberung der Macht als Weg zum Sozialismus, andererseits. In der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg gab es ein „*Minimalprogramm*, das sich auf Reformen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft beschränkte“, und es gab ein „*Maximalprogramm*, das für eine unbestimmte Zukunft die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus versprach. Zwischen dem Minimalprogramm und dem Maximalprogramm gab es keine Brücke.“²⁷

Eine solche Brücke zwischen dem Minimal- und dem Maximalprogramm wurde nicht für erforderlich gehalten. „Man erklärte“ – so Ernest Mandel 1971 in „Die Strategie der Übergangsforderungen“ – „die Konzentration auf unmittelbare Forderungen (gute Wahlergebnisse plus er-

folgreiche Gewerkschaftstätigkeit') mit der doppelten Hypothese, daß die subjektiven Bedingungen für einen Sturz des Kapitalismus noch nicht reif seien, weil die ‚Organisation der Arbeiterklasse‘ noch zu schwach sei (Wahlkämpfe und Gewerkschaftstätigkeit hätten gerade die Funktion, diese Organisationsstärke zu erhöhen), und daß das System selbst ‚auf eine Katastrophe hintreibe‘, worauf man erst warten müsse, bevor man ‚losschlagen‘ könne.

Als die ‚Katastrophe‘ dann tatsächlich kam (Ausbruch des ersten Weltkrieges, Ausbruch der Weltwirtschaftskrise vom Jahre 1929), entdeckte man allerdings, daß gerade sie besonders ungünstig zum ‚Losschlagen‘ war und man erst mal tüchtig bei der ‚Normalisierung‘ der Verhältnisse mitwirken, d. h. den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielen müsse. (...)

Diejenigen, die an die Katastrophe nicht mehr glaubten, weil sie von einer allmählichen Entschärfung der Gegensätze (sowohl der inneren wie der internationalen) überzeugt waren, entfernten logischerweise das ‚Endziel‘ überhaupt aus ihrem Gesichtsfeld (Bernstein). Diejenigen, die noch an die Katastrophe glaubten, begnügten sich damit, sie ‚abzuwarten‘, während inzwischen tüchtig ‚organisiert‘ wurde (Kautsky).²⁸ Mandel weiter: „Grundlegend ‚wartet man auf Godot‘ – wie die guten Karl Kautsky und Otto Bauer auf die ‚Endkatastrophe‘ (oder noch grotesker: auf den ‚entscheidenden Fehler des Gegners‘, der sich als die ‚entscheidende Initiative des Gegners‘ entpuppte) warteten.“ [Ebd. S. 41]

Statt „zu warten“, bis die revolutionäre Situation einem wie die gebratene Taube in den Mund fällt“, ist eine Strategie erforderlich, mit der man „den *Übergang* von der ‚nicht-revolutionären‘ zur vor-revolutionären Situation, von den ‚rein-ökonomischen‘ zu den objektiv-politischen Massenstreiks, von dem rein-gewerkschaftlichen zum sozialistischen Klassenbewußtsein fördern und beschleunigen kann.“ [Ebd. S. 59]

Eine solche Strategie der Übergangsforderungen geht davon aus, dass Ausbrüche großer Massenkämpfe periodisch unvermeidlich sind, und sie konzentriert sich deshalb – so Mandel – „auf solche Formen der Tagesagitation, die den werktätigen Massen die notwendige Kampferfahrung und die Bewußtseinserkenntnisse vermittelt, die nötig sind, damit sich revolutionäre Initiative und revolutionäres Bewußtsein an den ‚Bruchstellen‘ der objektiven Entwicklung (beim Ausbruch von Massenstreiks; beim plötzlichen Ausbruch einer großen Finanz-, Geld-, Militärkrise; beim Anfang einer ersten Wirtschaftsrezession usw. usf.) so weit wie möglich entfalten. *Das ist die zentrale*

Funktion der Strategie von Übergangsforderungen, mit dem Kampf um die Arbeiterkontrolle als Achse.“ [Ebd. S. 42]

Dass „Lohnkämpfe und Wahlkämpfe und Propaganda und Erziehung und (vor allem) Organisation“ [Ebd. S. 41], kurz: die normale Alltagspraxis der Arbeiterbewegung, unzureichend sind als Vorbereitung auf die Machteroberung – diese Einsicht findet sich in Luxemburgs „Sozialreform oder Revolution?“ von 1899 nicht. Solch eine Kritik entwickelte Luxemburg erst 1906 in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ – belehrt durch die Erfahrungen der russischen Revolution von 1905. Aus ihnen hatte sie, wie Ernest Mandel zeigt, „die Lehre gezogen, daß man mit der alltäglichen Praxis Schluß machen sollte, die sich auf die Wahlkämpfe, die ökonomischen Streiks und die abstrakte Propaganda ‚für den Sozialismus‘ beschränkt. Der ‚politische Massenstreik‘ war für sie das wesentliche Mittel, diese Routine zu überwinden.“²⁹

II Die Behauptung der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus

Problematisch in Rosa Luxemburgs Kritik an Bernsteins Revisionen der marxistischen Theorie sind ihre Aussagen über die historische Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung. So formuliert Luxemburg etwa: „Die revisionistische Theorie steht vor einem Entweder – Oder. Entweder folgt die sozialistische Umgestaltung nach wie vor aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Ordnung, dann entwickeln sich mit dieser Ordnung auch jene Widersprüche und ein Zusammenbruch in dieser oder jener Form ist in irgendeinem Zeitpunkt das unvermeidliche Ergebnis, dann sind aber auch die ‚Anpassungsmittel‘ unwirksam, und die Zusammenbruchstheorie richtig. Oder die ‚Anpassungsmittel‘ sind wirklich imstande, einem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems vorzubeugen, also den Kapitalismus existenzfähig zu machen, also seine Widersprüche aufzuheben, dann hört aber der *Sozialismus* auf, eine historische Notwendigkeit zu sein“³⁰.

Zwar sind solche Formulierungen, die die historische Notwendigkeit des Sozialismus behaupten, zu Luxemburgs Zeit durchaus üblich – auch bei Marx und Engels z. B. finden sich gelegentlich ähnliche problematische Formulierungen –, doch sie lassen sich weder historisch noch theoretisch rechtfertigen. Begründbar ist diese geschichtlich garantierte Siegesgewissheit nicht.

Üblich ist es, sachlich fragwürdige ‚Klassiker‘-Formulierungen so zu interpretieren, dass sie weiterhin vertretbar sind; die ‚Klassiker‘ sollen weiterhin Recht haben. Hilfreich sind solche rettenden Um-Interpretationen kaum;

angebracht wären stattdessen neue, sachlich vertretbare Aussagen.

Im konkreten Fall ist solche philologische Rettungsbe-mühung schon gar nicht angebracht. Denn Rosa Luxemburg selber hat die nötige sachliche Korrektur vorgenommen. Spätestens 1915 hat Luxemburg ihre Behauptung der historischen Notwendigkeit des Sozialismus aufgegeben. Seitdem behauptet sie keine historisch notwendige gesellschaftliche Entwicklung zum Sozialismus mehr, seitdem formuliert sie eine historische Alternative, vor der die Menschheit steht. So schreibt sie z. B. in der „Krise der Sozialdemokratie“ (erschienen 1916):

„Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei.“ [LGW 4, S. 62]

Schluss

Ist Rosa Luxemburgs Kritik an Bernsteins revisionis-tischer Theorie und ihre Kritik an dem Eintritt von Sozialist*innen in bürgerliche Regierungen heute aktu-ell? Mir scheint: Die Argumente, die Luxemburg in ihrer Auseinandersetzung mit Bernstein und mit dem Eintritt des französischen Sozialisten Millerand in eine bürgerliche Regierung entwickelt hat, gehören für viele revolutionäre Sozialist*innen anscheinend nicht zum Corpus marxis-tischen Wissens, zum – wie Theodor Bergmann schön altmodisch formulierte – „Schatz marxistischen Denkens und der revolutionären Geschichte“³¹. Bei aller Bewunde-rung für die unermüdliche revolutionäre Kämpferin Rosa Luxemburg wird ihr theoretisches Werk heute zwar kaum mehr kritisiert, aber doch faktisch meist links liegen gelas-sen, als hätte es für die heutige politische Praxis keinerlei Bedeutung.

1 zitiert nach: Mario Kessler: Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961). Köln, Weimar, Wien 2013, S. 202

2 Ernst Thälmann: Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPD am 19. Februar 1932 in Berlin. o.O. o. J. S. 71

3 in der 6., überarbeiteten Auflage der Gesammelten Werke Band 4, S. V

4 Berlin 1991, Nachdruck der 1. Auflage von 1899

5 Bernstein, Voraussetzungen ... (im Folgenden abgekürzt als: B), S. 7

6 Luxemburg Gesammelte Werke, Berlin 1972ff. (Im Folgen-den abgekürzt als LGW mit Band-Angabe) 1/1, S. 373/4

7 B: Probleme des Sozialismus, Eigenes und Übersetztes, *Die Neue Zeit*, 15. Jg. 1896/97, Bd. 1, S. 164–171, ebd. S. 166

8 B: Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft, *Die Neue Zeit*, 16. Jg. 1997/98, Bd. 1, S. 548–557, ebd. S. 556

9 C.S.: Endziel und Bewegung. In: 2. Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt. Nr. 43, 15. Jahrgang, 20. Februar 1898

10 LGW 1/1, S. 406, Textfassung der 2. Auflage

11 LGW 1/1, S. 407, Textfassung der 2. Auflage

12 LGW 1/1, S. 406/7, Textfassung der 2. Auflage

13 LGW 1/1, S. 383, erst in der 2. Auflage

14 LGW 1/1, S. 419, Textfassung der 2. Auflage

15 LGW 1/1, S. 417–419, Textfassung der 2. Auflage

16 LGW 1/1, S. 420, Textfassung der 2. Auflage

17 LGW 1/1, S. 401, Textfassung der 2. Auflage

18 LGW 1/1, S. 401, Textfassung der 2. Auflage

19 LGW 1/1, S. 403, Textfassung der 2. Auflage

20 LGW 1/1, S. 428, Textfassung der 2. Auflage

21 LGW 1/1, S. 428/9, Textfassung der 2. Auflage

22 LGW 1/1, S. 440, Textfassung der 2. Auflage

23 Luxemburg Gesammelte Briefe 2, S. 253

24 Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Band II. Hamburg 1923 (Nachdruck Erlangen 1972), S. 1016

25 Peter Gay: Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx. Nürnberg 1954

26 LGW 1/1, S. 400/1, Textfassung der 2. Auflage

27 Trotzki: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufga-ben der IV. Internationale (Das Übergangsprogramm) (1938).

In: Wolfgang Alles (Hg.): Die kommunistische Alternative. Texte der linken Opposition und IV. Internationale 1932–1985. Ffm 1989, S. 65

28 Ernest Mandel: Die Strategie der Übergangsforderungen. In: Hendrik Bussiek (Hg.). Wege zur veränderten Gesellschaft. Politische Strategien. Ffm 1971, S. 37–69, ebd. S. 38/9 und 67

29 Ernest Mandel: Rosa Luxemburg und die deutsche Sozi-aldemokratie. In: Ernest Mandel/Karl Radek: Rosa Luxem-burg. Leben – Kampf – Tod. Frankfurt/Main, 1986, S. 46–66, ebd. S. 60

30 LGW 1/1, S. 377, Textfassung der 2. Auflage

31 Theodor Bergmann: Die Luxemburg-Tradition im deut-schen Kommunismus. In: Narihiko Ito u.a. (Hg.): China ent-deckt Rosa Luxemburg ..., Berlin 2007, S. 63–75, ebd. S. 73

DIE LINKE UND DIE REGIERUNGSFRAGE

„Welche Voraussetzungen müssen vorhanden sein und welche politischen Forderungen müssen erfüllt sein, damit eine radikale linke Partei eine Regierung unterstützen oder daran teilnehmen kann?“ Das ist unsere Definition der Regierungsfrage.

■ **Anders Ekeland und Einar Braathen**

Das, was einmal sozialdemokratische Arbeiterparteien waren, machte in den meisten europäischen Ländern lange Zeit den Hauptteil der Linken aus.¹ Für sie war „Bewegung alles“ und sie führten wichtige soziale Reformen bis Ende der 1970er Jahre durch, als der Kapitalismus von starkem Wachstum zu Stagnation und Krise überging. Die Regierungsfrage stellt sich neu, seit diese Parteien in den letzten Jahrzehnten zunehmend zum Neoliberalismus übergelaufen sind. Parteien unter der Führung von „New Labour“-Figuren wie Blair, Schröder und Macron verteidigen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum, die Öffnung öffentlicher Dienstleistungen für den Wettbewerb, die Flexibilisierung und den freien Verkehr auf den Arbeitsmärkten sowie die Deregulierung des internationalen Handels und der Finanzen. Damit sind sie auch die wichtigsten Verteidiger des EU-Projekts, der Euro-Zusammenarbeit und der Sparpolitik, die die „Troika“ den Menschen in Europa aufzwingt, damit die neoliberale Entwicklung der Gesellschaft fortgesetzt werden kann. Wegen dieser Partnerschaft haben sie an Legitimität und Unterstützung verloren. Ideologisch können die meisten von ihnen kaum länger als „sozialdemokratisch“ bezeichnet werden. Trotzdem bezeichnen wir diese Parteien weiter als sozialdemokratische *Arbeiterparteien* wegen ihrer Geschichte und der Unterstützung, die sie in wichtigen Teilen der Arbeiterklasse noch haben.²

In überraschend vielen Ländern stellen Parteien der Linken einschließlich der sogenannten „populistischen“ Linken in der Sozial- und Wirtschaftspolitik eine klare Alternative zur Sozialdemokratie dar und lassen somit weniger Raum für „populistische“ rechte Kräfte. Die Regierungsfrage wird akut, wenn diese linken Parteien bei Wahlen 20 % der Stimmen erreichen und zusammen mit sozialdemokratischen und anderen Zentrumsparteien, die sich von einer zunehmend konservativen und fremdenfeindlichen Rechten distanzieren, eine Mehrheit haben. In Norwegen sehen wir zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels, dass SV³, Rødt⁴ und die Grünen zusammen die Möglichkeit haben, größer als die Sozialdemokratie zu werden, was eine „rot-grüne“ Regierung mit einem ganz anderen Kräfteverhältnis als 2005–2013 als Alternative zu einer dritten Periode der blau-blauen⁵ Regierung auftauchen lässt.

In diesem Artikel gehen wir von den Erfahrungen der SV mit der Regierungsfrage aus. Wir unterstellen die Entwicklung von 1961 bis heute, insbesondere die Zeit vor und während der rot-grünen Regierungszusammenarbeit 2005–2013, einer kritischen Diskussion. Wir stützen uns auf Beobachtungen aus unserer eigenen Arbeit in der Partei sowie auf teils offenerhitzige von Parteiführern verfasste Bücher. Wir wollen diese Erfahrungen einer vergleichenden Perspektive unterziehen – in geringerem Maße Vergleich mit ähnlichen Erfahrungen in der Geschichte, in größerem Maße Vergleich mit

aktuellen Erfahrungen und Diskussionen in anderen Parteien in Norwegen (Rødt), Skandinavien und anderswo in Europa.

Die Länder, die „natürlicherweise“ mit Norwegen verglichen werden können, sind die skandinavischen Länder, Belgien und die Niederlande sowie Spanien und Portugal. Von diesen betrachten wir Dänemark und Portugal und werfen einen kurzen Blick auf Schweden und Spanien.

Gegenüber der Regierungsfrage sehen wir drei Hauptstrategien:

1 „Machtverweigerung“, d. h., dass es einem vor allem darum geht, systemkritische Opposition zu betonen und zu vermeiden, in einer verbindlichen Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie „gefesselt“ zu werden. Man verweist ganz richtig darauf, dass die Teilnahme an einem parlamentarischen politischen Kompromiss die Linke immer dazu gebracht hat, morgens, mittags und abends Kröten zu schlucken.

2 „Niemals hart auf hart“ setzen, d. h. niemals eine sozialdemokratisch geführte Regierung stürzen, weil eine rechte Regierung immer schlechter ist. Dieser Ansatz ist die am weitesten verbreitete Strategie. Sie gleitet von einer „passiven“ Unterstützung im Parlament zu einer immer positiveren Haltung bis hin zu einer „aktiven“ Regierungszusammenarbeit.

3 Die Methode, einige wenige, wichtige und unabdingbare Forderungen zu stellen, die akzeptiert werden müssen, um die Bildung einer sozialdemokratisch geführten Regierung überhaupt zu unterstützen. Dies ist eine relativ neue Strategie.⁶

Ziel der unabdingbaren Forderungen ist es, die Sozialdemokratie vor eine klare Wahl zu stellen: Entweder kann die Partei zu einem neuen politischen Kurs beispielsweise in Klima- und Verteilungsfragen gezwungen werden oder sie kann mit der Rechten zusammenarbeiten. Letzteres kann sie teuer zu stehen kommen, wenn neue linke Alternativen entstehen (meist durch Abspaltungen aus der Sozialdemokratie heraus) und/oder alte Parteien der Linken stark wachsen. Mit anderen Worten, es ist kein Ziel an sich, die Sozialdemokratie daran zu hindern, Teil einer „großen Koalition“ mit der Rechten zu werden. Das Ziel ist es, einen Politikwechsel nach links zu beschleunigen, indem die Tatsache ausgenutzt wird, dass wichtige Reformforderungen weit stärker unterstützt werden, als die Wahlunterstützung für die radikale Linke es vermuten lässt.

SV – von Kings Bay an den Tisch des Königs

„Von Kings Bay an den Tisch des Königs“⁷ lautete der Titel der Parteigeschichte SV zum 50-jährigen Jubiläum im Jahr 2011.⁸ Der Titel kam nicht von ungefähr. Kings Bay⁹ spielt

darauf an, dass die SV-Vorgängerin Sozialistische Volkspartei (SF) 1963 eine sozialdemokratische Regierung stürzte. SF/SV war immer klar, dass die Partei dazu beitragen würde, eine von der Sozialdemokratie geführte Regierung gegenüber einer Rechtsregierung zu sichern. Gleichzeitig war man sich aber lange einig, dass es nicht undenkbar sei, zum Sturz einer sozialdemokratischen Regierung beizutragen. Die Partei klärte die Frage dann ad hoc in Situationen einer drohenden Regierungskrise. Eine klare, intern demokratisch entwickelte Linie gab es nicht. Dieses „Kings Bay“-Muster wurde um 1990 aufgegeben. Erik Solheim und Kristin Halvorsen, die die SV und ihren rechten Flügel führten, entwickelten daraufhin eine von der Partei getragene Argumentation, die aber in keinem Parteitagebeschluss explizit zum Ausdruck kam. Man wollte von einer „passiven“ Rolle als Unterstützungspartei im Storting zu einer „aktiveren“ Rolle als Regierungspartner übergehen. Mit dem sehr guten Wahlergebnis der SV 2001 (12,5 % der Stimmen) wurde das zu einem akuten strategischen Thema. In den Folgejahren erreichte die SV in den Meinungsumfragen landesweit eine Unterstützung von über 15 %.

Einer der Gründe, warum politische Strömungen wie Rødt und die Linke in der SV einer Regierungsbeteiligung skeptisch gegenüberstehen, ist, dass die Strateg*innen, die am meisten „nach der Macht streben“, in den meisten Fällen kein systemkritisches und antikapitalistisches Projekt haben, sondern eher ein von Tony Blairs New Labour inspiriertes Projekt. Dies ist sehr klar im Fall der SV.

Die grundlegende Prämisse dieser Strategie war, dass die SV wegen keiner Frage jemals die Regierung verlassen sollte, außer wenn die Sozialdemokratie eine Mitgliedschaft in der EU beantragt. Eine weitere wichtige Prämisse war, einen „demokratischen Zentralismus“ zu praktizieren, d. h. die Regierungspolitik nach außen zu verteidigen, egal wie uneinig man intern war. In der Praxis war nur die SV loyal, während die Vertreter*innen der Sozialdemokratie „solo“ fuhren, wenn es ihnen passte.

Die SV-Linke und die Regierungsfrage

Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Linke in der SV jahrzehntelang gegen diese „Modernisierung“ gekämpft hat,¹⁰ eine Modernisierung, die mit einer unterwürfigen Regierungsstrategie verbunden war. Aber die Linke in der SV war nie durch eine schriftliche Plattform, durch ein zur Leitung alternatives Programm klar definiert. In der Regierungsfrage betrachten wir Knut Kjeldstadli als Vertreter der Gedanken der Linken in der SV. In einer langen und guten Analyse der Wahlniederlage 2013 im Magazin

*Manifest*¹¹ schreibt Kjeldstadli, dass er zwar wie viele andere skeptisch war, mit der Sozialdemokratie in die Regierung zu gehen, aber 2005 das rot-grüne Projekt aktiv unterstützte. Doch wenn dies gelingen sollte – aus linkssozialistischer Sicht gesehen –, mussten Bedingungen gegeben sein. „Das war aber nur in geringem Ausmaß der Fall“, schreibt er und zählt drei Bedingungen auf:

- „Eine einigermaßen radikale Plattform“ (2005 der Fall, aber 2009 und 2013 unklarer, so Kjeldstadli)
- „Ein befriedigendes Wahlergebnis“ (schon 8,8 % im Jahr 2005 waren in Wirklichkeit ein „Verlust“, so Kjeldstadli.)
- „Eine aktive Zusammenarbeit mit Bewegungen, Organisationen, Institutionen, Umgebungen und Menschen, die Teil eines Teams sein könnten, in einem breiten Bündnis für sozialen Wandel, einem Bündnis von Bewegungen, das eine radikale Partei sowohl unterstützen als auch unter Druck setzen könnte.“

Was die erste Bedingung angeht, eine einigermaßen radikale Plattform, so bestand das Hauptproblem im Abkommen über die Regierungszusammenarbeit von 2005 darin, dass der Wortlaut sehr allgemein gehalten war. Dies gab der Sozialdemokratie viel zu viel Interpretationsspielraum. Dies zusammen mit der Tatsache, dass die SV-Führung als Grundprämisse hatte, dass man die rot-grüne Regierung niemals verlassen dürfe, gab der Sozialdemokratie leichtes Spiel. Außerdem war es sehr widersprüchlich. Es enthielt sowohl gute Formulierungen zur Klimapolitik als auch volle Unterstützung für die Suche nach mehr Öl.

Jeder versteht, dass die SV als Juniorpartner in Stadtrat oder Regierung die meisten ihrer Ziele nicht durchsetzen kann, daher nützen schöne und vage Formulierungen wenig.¹² Interessant für die Wähler*Innen und die SV-Mitglieder ist daher, welche Themen die Partei durchsetzen muss, um eine sozialdemokratische Regierung zu unterstützen oder an ihr teilzunehmen.

In Bezug auf die dritte Bedingung folgert Kjeldstadli, dass diese „nicht ausreichend gegeben war (...) Liegt das daran, dass soziale Bewegungen generell schwächer sind? Wir müssen den Mut haben, auch diese Möglichkeit zu diskutieren. Oder dachten sie nach 2005, dass ihre Arbeit erledigt sei und sie sich entspannen können?“ Unserer Meinung nach lag das Problem nicht in der Stärke der Bewegungen im Sinne des Aktivitätsniveaus an der Basis. Es gab starke Proteste intern in der SV und von den Bewegungen beim Verrat der SV-Führung. Die Lektion ist, dass die Mitglieder der Partei eine Führung gewählt haben müssen, die „den

Kampf aufnehmen will“ und dass die Partei diesen Kampf zusammen mit den Bewegungen führen muss. Aber die Linke in der Partei war organisatorisch und politisch zu schwach, um eine solche Linie durchzusetzen und vor der tatsächlich verfolgten Strategie zu warnen. Politisch bestand Halvorsens Projekt darin, die SV nach rechts zu ziehen, mit Ja zu Nato und EU und einer Regierungsstrategie, die als Prämisse hatte, niemals eine rot-grüne Regierung zu stürzen. So konnte die SV-Führung „keine aktive Zusammenarbeit mit den Bewegungen haben“, denn wenn man die fragte, bekam man immer „falsche Antworten“. Der Gewerkschaftsbund LO wollte Halvorsens Linie im Rentenkampf nicht, die Umweltbewegung wollte keine Kompromisse bei der Forderung nach CO₂-Abscheidung [im geplanten Gaskraftwerk¹³] vom ersten Tag an, die Antikriegsbewegung wollte alle norwegischen Streitkräfte aus Afghanistan herausbringen.

Wahlkampf: Rentenreform oder warmes Schulesen?

Die Strategie der SV-Führung war, dass kein großes Thema wie etwa die Rentenreform die Möglichkeit einer gemeinsamen Regierung zunichtemachen sollte. Das Hauptthema im Wahlkampf 2005 war daher warmes Schulesen!¹⁴ „Nein zur neoliberalen Rentenreform“ oder „Gaskraftwerk mit CO₂-Abscheidung vom ersten Tag an“, die klare Kandidaten für unabdingbare Forderungen waren, konnten nicht die Hauptthemen im Wahlkampf sein.

Der Umgang der SV-Leitung mit der Rentenreform hat dies deutlich gezeigt. Die SV sollte nur eine kleine „schnelle“ Änderung bei der Rentenreform fordern, auf die sich Sozialdemokratie und die Konservativen geeinigt haben, die aber der Gewerkschaftsbund LO und die Linke in der Partei scharf kritisierten. Der Druck vom LO wurde schließlich zu stark. Auf der Vorstandssitzung im Januar 2005 schloss sich die SV der Ansicht des LO zur Reform an. Hätte die SV da verlangt, dass ein Stopp der Rentenreform Voraussetzung für die Unterstützung einer rot-grünen Regierung sein muss, hätte sie massive Unterstützung vom LO erhalten. Dann wäre es für den Stoltenberg-Flügel der Sozialdemokratie politisch unmöglich gewesen, die Rentenreform zu verabschieden. Ein solcher Sieg hätte im Frühjahr 2005 auch in anderen Fragen zu mehr Kampfgeist in der Gewerkschaftsbewegung geführt. Aber die SV wollte nicht gegen die Rentenreform mobilisieren. Somit prägten harmlose Auseinandersetzungen wie die für das warme Schulesen die Wahlkämpfe der SV in den Jahren 2005, 2009 und 2013. Entsprechend entwickelte sich die Wahlunterstützung – die SV taumelte unaufhörlich in Richtung der Sperrgrenze von 4 %.

Nicht in allen Fällen konnte die SV-Führung einen Konflikt mit der Sozialdemokratie vermeiden. Jeder wusste, dass die SV nicht akzeptieren konnte, dass die Regierung die Ölsuche bei den Lofoten erlaubte. Das wäre ein augenblickliches politisches Harakiri gewesen. Aber gleichzeitig konnte die SV-Leitung nicht klar sagen, dass es sich um eine unabdingbare Forderung handele. Selbst Lysbakken sagte nie das einfache „Zauberwort“ – dass die SV nicht in einer Regierung sitzen könne, die Bohrungen bei den Lofoten erlaubt. Damit positionierte er die SV in einer Weise, die alles andere als deutlich war – selbst bei einem der Hauptthemen der Partei.

In der Regierung: Bjørnøy und die Klimapolitik

Durch das Stellen unabdingbarer Forderungen kann man schon vor Regierungsantritt so viel erreicht haben, dass die unvermeidliche Dosis von Kompromissen („Kröten“) toleriert werden kann. Trotzdem werden natürlich wichtige, unvorhergesehene Probleme auftreten. Die Logik der „unabdingbaren Forderungen“ besagt, dass man sich konkret überlegen muss, ob der Fall so liegt, dass man hart kämpfen muss – und notfalls die Regierung verlässt. Ein Beispiel dafür, wie destruktiv die unterwürfige Regierungsstrategie war, ist der Umgang der SV mit Stoltenbergs Opposition gegen eine wirksame Klimapolitik.

Im Januar 2007 stellte die EU ihre Klimaziele vor [Verringerung des Treibhausgasausstoßes um 20 % gegenüber 1990 – Anm. d. Üb.] und auf Presseanfrage erklärt SV-Umweltministerin Helen Bjørnøy, dass „die Regierung ein CO₂-Ziel vorschlagen wird, das mindestens ebenso streng ist“.15 Stoltenberg wird daraufhin „wütend“ und meint, dass „sie weit über ihre Befugnisse hinausgegangen ist“, denn „die Regierung hat *nicht* entschieden, wie groß die Kürzungen sein sollen“. Laut Quellen „wahrscheinlich aus dem Büro des Premierministers selbst“ hat Bjørnøy „einen ungewöhnlich strengen Verweis“ und „eine regelrechte Standpauke“ erhalten. Die SV hätte natürlich schon an dieser Stelle einfach sagen sollen, dass sie nicht in einer Regierung sitzen kann, die nicht mindestens so ambitionierte Klimaziele wie die EU hat. Bei der Frage, wie stark gekürzt werden soll, waren die Vorgaben der EU natürlich ein absolutes Minimum.

Mitte April 2007 haben Sozialdemokratie und die Grünen immer noch keine quantifizierten Klimaziele, aber am Tag vor dem sozialdemokratischen Parteitag werden SV-Chefin und Umweltministerin zu einem Orientierungstreffen bei Stoltenberg eingeladen. Laut Halvorsen ist Stoltenberg „deutlich unwohl“ und als Halvorsen und Bjørnøy hören, was der Hauptinhalt seiner Rede sein soll, „denken

sie, dass er allen Grund hat, sich unwohl zu fühlen“. Stoltenberg kündigt an, eine Reduzierung der Emissionen um 30 % zu unterstützen. „Also beabsichtigt er, noch weiter zu gehen als die Ankündigung, für die er Helen Bjørnøy in den Medien abgekanzelt hat.“ Halvorsen schreibt weiter:

„Viele Gedanken rasten während des Treffens durch die Köpfe der Finanzministerin [Kristin Halvorsen] und der Umweltministerin ... Während Bjørnøy seit Wochen mit einem Maulkorb in Klimafragen herumliefe, haben sich die Spitzenleute der Sozialdemokratie alleine zusammengesetzt und ein Emissionsziel ausdiskutiert. Kein anderes Regierungsmitglied wurde informiert. Im Büro des Premierministers wurde stattdessen eine Klimashow auf dem sozialdemokratischen Parteitag geplant, mit Gro Harlem Brundtland und dem ehemaligen UN-Chef Kofi Annan als geladenen Gästen. Dort wollte Stoltenberg als der große Klimaretter auftreten“.16

Viele Gedanken schießen sicher an diesem und den folgenden Tagen durch die Köpfe von Halvorsen, Bjørnøy und anderen führenden SVler*innen. Aber nicht der Gedanke, dass es allein das selbst auferlegte Dogma war, nie hart zu kämpfen, der selbst auferlegte demokratische Zentralismus, der zu dem ganzen Elend geführt hatte. Denn dieser Gedanke hätte die Grundprämisse der Regierungsstrategie in Frage gestellt. Denn dann hätte man verstanden, dass die Regierungsstrategie völlig unhaltbar war und in relativ kurzer Zeit nur zu einem Ergebnis führen konnte: Selbstzerstörung. Was also tat das Ministerinnenduo der SV? Ja, sie „dachten egal; er soll nicht sehen, dass wir darüber wütend sind. ... Stattdessen luden wir zu einer Party im Parteibüro der SV ein. Dann haben wir uns eine große Sahnetorte gekauft, um unseren Durchbruch in der Klimapolitik zu feiern.“

Im Nachhinein ist Halvorsen nicht gnädig mit Stoltenberg: „Er wusste, was er tat. In einer Regierungszusammenarbeit mit drei Parteien ist es notwendig, sich gegenseitig Gutes zu tun. Der Chef muss dafür sorgen, dass die Regierung als Ganzes davon profitiert. In diesem Fall glaube ich, dass er schlecht geführt hat“. Wieder sehen wir, dass es einen Gedanken gibt, der Halvorsen auch im Nachhinein nicht durch den Kopf „schießt“, nämlich dass Stoltenberg für die Kapitalistenklasse gut geführt hat. Aus den Augen und Interessen dieser Klasse betrachtet, hat er die SV in einem Bereich, in dem die Partei großen Rückhalt im Volk hatte, auf ganz hervorragende Weise geschwächt. Er löscht nicht nur den Unterschied zwischen SV und Sozialdemokratie aus – er erscheint als Klimaretter, warum also sollten die Leute bei der nächsten Wahl für die masochistischen Sündenböcke der SV stimmen? Von einem Ausgangswert von 12,5 % im Jahr

2001 und 8,8 % im Jahr 2005 sank das Wahlergebnis der SV nun auf 6,2 % im Jahr 2009.

Regierungskrise für einen halben Tag

Dass eine „harte“ Regierungsstrategie möglich gewesen wäre, wird in Halvorsens Buch vorbildlich illustriert. „Regierungskrise für einen halben Tag“ lautet Halvorsens Schlagzeile für Runde zwei des „Umweltkampfes“. Denn obwohl Stoltenberg (gezwungenermaßen) bereit war, für strengere Klimaziele als die der EU-Mindestforderungen einzutreten, hatte man sich noch nicht darauf geeinigt, wie viel von den Kürzungen in Norwegen erfolgen soll. Die Arbeit am Klimabericht dauert daher viele Monate. Halvorsen verspürt „Druck aus den eigenen Reihen“.

Nach langen Verhandlungsgesprächen berichtet Halvorsen, dass Stoltenberg „eine Formulierung ablehnt, die bedeutet, dass zwei Drittel der Kürzung in Norwegen umgesetzt werden sollen. Das will er nicht. Das letzte Mal, als sie es versuchte, wurde er einfach wütend“ (S. 180). Auf Druck der Fraktion muss Kristin einen letzten Versuch unternehmen, auch wenn sie ihn für nutzlos hält – und sie Recht behielt: „Er [Stoltenberg] wurde so wütend, wie ich ihn noch nie zuvor gesehen habe. Richtig wütend.“ Stoltenberg wirft Halvorsen und [Energieministerin] Haga wütend aus dem Büro. „Auf dem Weg zur Tür konstatiert Kristin, dass wir jetzt eine Regierungskrise haben.“

Doch nach einem halben Tag ist die Regierungskrise vorbei. „Spät am Sonntag ruft Jens Stoltenberg Kristin an. ... Die Lösung ist, dass etwa die Hälfte und bis zu zwei Drittel der norwegischen Emissionsreduktion auf nationaler Ebene erfolgen.“

Damit war klar, dass man, indem man endlich mit dem Fuß aufstampfte, nicht aufgab, sondern bereit war, die Regierung zu verlassen, mehr erreichte, als Halvorsen – und ihr Flügel in der SV – mit ihrer sonst so untätigen und erniedrigenden Strategie erreicht hatte.

Alternativen zum unkritischen Streben nach der Macht

Welche Gedanken haben sich in der neuen Führungsgeneration linker Parteien über die Erfahrungen der rot-grünen Regierung entwickelt? Sehen wir neue Ansätze in der Macht- und Regierungsfrage?

Lysbakken – ein neuer Weg zur Macht

Im Januar 2015 veröffentlichte Audun Lysbakken sein Buch „Frihet sammen. En ny sosialisme for en ny tid“ (Freiheit gemeinsam. Ein neuer Sozialismus für eine neue Zeit). Das

ist ein Buch, das konstruktive Kritik verdient. Obwohl Lysbakkens Buch in einer Reihe strategischer Fragen vage ist, enthält es eine interessante Diskussion über die Jahre der SV in der Regierung. In den Kapiteln „Sieg und Niederlage“ und „Ein neuer Weg zur Macht“ vollzieht Lysbakken unserer Meinung nach einen grundlegenden Bruch mit der Strategie von Solheim-Halvorsen. Er fasst es so zusammen: „Das ist meine Strategie für die Macht: klare Prioritäten, konkrete Versprechen und unabdingbare Forderungen.“¹⁷

Dies führte zu einer Diskussion in der SV, welche Forderungen 2017 gestellt werden sollten, und zur Verabschiedung von fünf glasklaren Forderungen zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie auf dem Parteitag im Jahr 2017, lange vor der Wahl. Es gibt Grund zu der Annahme, dass die Medienberichterstattung über die unabdingbaren Forderungen der SV den Aufmerksamsten signalisierte, dass die SV nun einen „neuen Weg zur Macht“ hatte, d. h. nicht alle Kröten schlucken würde, die die Sozialdemokratie ihr serviert, und das gab ihnen neuen Glauben in die SV. Die Partei erlebte ihre erste Wahl seit 12 Jahren ohne Stimmenverluste. Auch vor der Kommunalwahl 2019 kam die Methode an mehreren Stellen zum Einsatz – eine Wahl, die für die SV deutliche Fortschritte brachte.

Neue Gedanken bei Rødt

Niemand aus der Führung von Rødt hat etwas „Theoretisches“ über die Bedingungen für die Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung geschrieben oder darüber, wie eine revolutionäre Partei die Regierungsfrage lösen solle. In Oslo stellte Rødt 2015 eine unabdingbare Forderung für die Unterstützung des rot-grünen Stadtrats auf, nämlich keine weiteren privaten Kindergärten. Aber das schien etwas improvisiert und keiner klaren Strategie zu folgen. Rødt hatte vor der letzten Storting-Wahl keine unabdingbaren Forderungen, obwohl klar war, dass Rødt gute Chancen auf ein Mandat in Oslo hatte und im Storting in die Position des Königsmachers hätte kommen können.

Derjenige, der am meisten über Rødts Verhältnis zur Regierungsfrage geschrieben hat, ist Brigte Kristensen (BK).¹⁸ Der Artikel enthält eine gute Kritik an Solheim/Halvorsens naivem „Streben nach der Macht“ als Daseinsberechtigung der SV. Ausgehend von den Aussagen einiger prominenter SV-ler*innen, dass in den acht rot-grünen Jahren mehr erreicht worden sei als in den 30 Jahren davor, zitiert BK als „säuerlich angemerkt“ Stein Ørnhoi, ob ein zweimaliges Nein zur EU „nichts wäre, über das viel zu reden“ sei. Es ist sehr viel Wichtiges und Richtiges in BKs Artikel zu Macht und Gegenmacht, aber wenn es um die

aktuelle Taktik/Strategie in einer Situation geht, in der die Linke (Rødt, SV und teilweise die Grünen) absolut entscheidend ist für eine Alternative zu weiteren blau-blauen Jahren, hat BK wenig anzubieten. Das ist ein großes Problem mit einem Artikel, der nur zwei Jahre vor den Parlamentswahlen 2021 veröffentlicht wurde.

Wenn BK sagt, dass „10 oder 15 Prozent bei Wahlen ... eine sehr mangelhafte Kraft sind, um nicht zu einer machtlosen Geisel in einer Regierung zu werden“, dann legt BK zu viel Wert auf die prozentuale Unterstützung der eigenen Partei und zu wenig auf andere Bedingungen, um eine Regierung und ihre Politik beeinflussen zu können – ohne zur „machtlosen Geisel“ zu werden. Ist es für Arbeiter*innen egal, ob Konservative und Rechtspopulisten regieren oder die Sozialdemokratie mit der Senterpartiet und SV, Rødt und den Grünen als parlamentarischer Basis? BK sieht drei Szenarien mit resp. „revolutionärer“, „vorrevolutionärer“ und „normaler“ Situation.

„Entweder haben wir eine revolutionäre Situation, in der die Macht ‚auf der Straße liegt‘, die parlamentarischen Gremien außer Funktion sind (...) Oder: Eine revolutionäre Partei oder eine Koalition an der Spitze einer breiten Massenbewegung bekommt die Regierungsmacht in einer turbulenten, fast revolutionären Situation nach Wahlen im heutigen politischen System (...) Außerhalb solcher Situationen wird eine ‚Machtverweigerung‘ weitgehend das Richtige für eine revolutionäre Partei sein“.¹⁹

Dennoch spüren wir eine gewisse Aufweichung in der scheinbar absoluten Position der „Machtverweigerung“:

„In ganz besonderen Situationen, beispielsweise wenn eine gewisse Regierungsbeteiligung erforderlich ist, um Norwegen aus der NATO oder dem EWR herauszuholen, kann es dennoch Anlass geben, darüber zu diskutieren, ob eine befristete Regierungsbeteiligung im heutigen System gerechtfertigt sein kann.“

Denn was, wenn die Gewerkschaft ihren Prozess gegen Leiharbeitsfirmen verliert – was bedeutet, dass sie dem EWR²⁰ den Krieg erklären muss und jemanden in der Regierung braucht, der diesen Kampf führen kann? Muss Rødt sich dann nicht an der Regierung beteiligen, um die Konfrontation mit Brüssel nicht EU-freundlichen Leuten von der Sozialdemokratie zu überlassen? Und was bedeutet „befristet“? Einen Monat? Bis wir den EWR verlassen haben? Und wenn wir aus dem EWR raus sind – bekommt die Sozialdemokratie dann alle Ministerposten zurück? Wie würden die Menschen eine so unerschütterliche Machtverweigerung wahrnehmen?

BKs „Aufweichung“ der ursprünglichen Machtverweigerungsposition macht auch vor NATO und EWR nicht

halt. Er schreibt, dass die Geschichte Beispiele dafür kennt, dass revolutionäre Parteien sozusagen in die Regierung „gezwungen“ werden, weil die Massenbasis der Partei es verlangt – und die Machtverweigerung das Vertrauen in die Partei völlig untergraben würde. Also, wenn die Erwartungen hoch sind und die Mehrheit große Veränderungen will“. Dies war die Situation, als die SV 1991–95 eine Stadtratskooperation in Oslo einging. Nach einem erbitterten Kampf gegen den rechten Stadtrat wäre es politisches Harakiri gewesen, eine Alternative zu Blau-Blau nicht zu unterstützen. Das gleiche war 2005 der Fall. Der Druck der Gewerkschaftsbewegung selbst für „kleine“ Veränderungen führte dazu, dass die neue Regierung auch von der RV begrüßt wurde.²¹

Europäische Erfahrungen

Für die Linke in Norwegen sind natürlich die nordischen, vor allem die dänischen und schwedischen, Erfahrungen mit der Regierungsfrage wichtig.

Was Dänemark betrifft, so geriet die Socialistisk Folkeparti (SF) nach einigen Regierungsjahren in eine tiefe Krise. Die Parteiführung hatte den Blick starr auf die Regierungsbeteiligung gerichtet, ohne besonderes Interesse daran, was sich an der Basis der Partei abspielte. Die Führung wurde ausgewechselt, aber die Kritik an der Basis ließ nicht nach. Ein Vertrag zur Veräußerung des staatlichen Anteils an dem Energieunternehmen Dong, nach dem ein Anteil von rund 20 % an die Investmentgesellschaft Goldman Sachs ging, war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. 2014 zog sich die SF aus der Regierung zurück. Auch die dänische Schwesterpartei der SV hatte somit eine Niederlage und keinen „Durchbruch“ erlebt.

Die bürgerlichen Parteien gewannen die folgenden Wahlen und die neue konservative Regierung nutzte die extreme Rechte (Dansk Folkeparti) als Unterstützungspartei. Aber nach den Parlamentswahlen am 5. Juni 2019 eröffneten sich neue Möglichkeiten für die dänische Linke. Nach dreiwöchigen Verhandlungen bildeten die Sozialdemokraten eine Minderheitsregierung mit Unterstützung der Linksliberalen (Radikale Venstre), der SF und der Enhedslisten. Die letztgenannte, zu der sowohl Rødt als auch SV schwesterliche Verbindungen haben, erlebte eine enttäuschende Wahl. Die Partei schaffte es nicht, den Stimmenanteil von rund 10 % zu erreichen, den Meinungsumfragen in den letzten Jahren gemeldet hatten. Dafür gibt es natürlich mehrere Gründe, nicht zuletzt, dass die SF etwas linker geworden ist, aber die Kommentare aus Teilen der Enhedslisten zeigen, dass der Hauptgrund das Fehlen klarer

Forderungen war, die ein klareres Profil und damit einen Grund dafür liefern könnten, warum es sich lohnt, gerade für die Enhedslisten zu stimmen.

In Schweden lösten die Wahlen im Herbst 2018 Monate Chaos und eine langwierige Regierungskrise aus. Sie wurde „gelöst“, als die schwedische Socialdemokratiska Arbetareparti (SAP) nach einer Vereinbarung mit zwei der bürgerlichen Parteien, der Zentrumspartei und den Liberalen, eine Regierung bildete. Diese politische Plattform hatte ein ganz klares neoliberales Profil. Die Vänsterpartiet (Linkspartei) entschied sich, nicht gegen das neoliberale Regierungsprojekt des Sozialdemokraten Löfveen zu stimmen.²² Aber war dies die einzig mögliche Handlungsalternative? Hätte die Vänsterpartiet frühzeitig unabdingbare Bedingungen zur Unterstützung der Regierungsbildung aufstellen können, indem sie ein paar wichtige und sehr unpopuläre Themen herausgreift und sagt: „Lasst die fallen, und wir werden Euch unterstützen“? Wir haben keine Anzeichen dafür gefunden, dass die Vänsterpartiet dies getan, d. h. die Methode der unabdingbaren Forderungen angewendet hätte.²³ Stattdessen war sie, genauso wie Gewerkschaften und fortschrittliche Sozialdemokraten, während der Verhandlungen von Löfveen&Co mit den bürgerlichen Parteien völlig stumm.

Der portugiesische Weg

Das vielleicht vielversprechendste Beispiel für die Methode der unabdingbaren Forderungen bietet der Bloco de Esquerda (Linksblock) in Portugal vor und nach den Parlamentswahlen 2015. Es gab eine lehrreiche internationale Debatte im Netz über die Taktik des Bloco. Das erste, was man sagen muss, ist, dass der Bloco diesen Umgang mit der sozialdemokratischen Partido Socialista (PS) nicht im Voraus geplant hatte. Gerüchten zufolge war es ein ziemlich überraschender Schritt der Bloco-Sprecherin Catarina Martins in einer Fernsehdebatte mit dem PS-Vorsitzenden António Costa. Sie forderte ihn auf, drei sehr unpopuläre Sparmaßnahmen fallen zu lassen, über die sich die PS damals mit den rechten Parteien einig war: Einfrieren der Renten, Schwächung des Beschäftigungsschutzes und Kürzung der Beiträge von Unternehmen zu den Sozialsystemen. Sofort wurden ihre Bedingungen „zu einem entscheidenden Thema in der nationalen [Wahl-]Debatte. Dies war kein Wahltrick, sondern eine klare Antwort auf die Wünsche des Volkes, und wir glauben, dass eine Partei der Linken so handeln sollte, um den politischen Wandel voranzutreiben.“²⁴

Der Bloco erreichte mit 10,2 % der Stimmen sein bis dahin bestes Wahlergebnis. Ein Wahlbündnis der Kommunistischen Partei Portugals mit einer grünen Partei erreichte

auch ganz brauchbare 8,2 %. Diese bildeten dann einen politischen „de facto“-Block hinter den genannten und anderen fortschrittlichen Forderungen. Dass sie getrennt mit der PS verhandelten, war nicht besonders glücklich, aber so etwas passiert, wenn man improvisiert, und es hatte keine allzu negativen Konsequenzen. Das Wichtigste war, dass sie es geschafft haben, das in den letzten 30–40 Jahren in der Praxis bestehende Bündnis zwischen der PS und der rechten PSD aufzulösen und soziale Forderungen durchzusetzen, die im Konflikt mit der EU-Sparpolitik der PSD seit 2008 standen. Die Sprecherin des Bloco fasst es so zusammen: Die Verhandlungen mit der PS führten nicht zu einem „linken Programm, sondern zu einer Einigung zwischen linken Parteien und (...) einer Zentrumspartei, die gezwungen wurde, nach links zu verhandeln“.²⁵ Was die Zentrumspartei PS zur Zusammenarbeit mit der Linken gezwungen hatte, war, dass die Führung der PS „sah, was mit der PASOK und anderen Parteien geschehen war, und dass sie ausgelöscht werden könnte, wenn sie eine Rechtsregierung unterstützen würden“.²⁶

Mit anderen Worten betont der Bloco den taktischen und situationsbedingten Charakter der Beziehung zwischen sich und der PS, mit sich selbst als systemkritischer und der PS als systemerhaltender Partei. Der Bloco wird nicht Teil der Regierung sein „in einem Land, das die finanzpolitischen Regeln der EU einhält und in der NATO bleibt. Wir haben nicht das Kräfteverhältnis, das es uns ermöglichen könnte, dies zu ändern.“²⁷ Die PS-Regierung wurde dann weitaus stabiler als von den Verstehern vorhergesagt. Obwohl es unterschiedliche Ansichten darüber gibt, ob der Bloco jetzt durch die Unterstützung für PS „gefangen“ wurde oder nicht, besteht kaum ein Zweifel daran, dass die unabdingbaren Forderungen, die die PS erfüllen musste, in vielen sozialen Gruppen zu einem verstärkten Kampfgeist geführt haben.²⁸

In Spanien wurde die Regierungsfrage sowohl von der größten Partei der Linken, Podemos, als auch von der sozialdemokratischen PSOE anders behandelt als in Portugal. Die beiden Parteien hätten der konservativen Partido Popular nach den Parlamentswahlen 2015 die Macht entreißen können, aber Podemos hatte im Voraus erklärt, dass sie keine Regierung unterstützen werde, in der sie selbst nicht die stärkste Kraft ist, und der rechte Flügel der PSOE war gegen jede Annäherung an die „Populisten“ auf der Linken. Nachdem Pedro Sanchez den rechten Kandidaten bei den internen Leitungswahlen der PSOE besiegt hatte, unterstützte die Allianz Unidas Podemos (UP) im Jahr 2017 einen Misstrauensantrag der PSOE gegen die konservative

Regierung und arbeitete später mit der PSOE-Regierung beim neuen Staatshaushalt des Landes zusammen.

Als Premierminister führte Sanchez seine Partei bei den Wahlen im April 2019 zum Sieg, während das Wahlbündnis UP seine Kritik an der PSOE dämpfte und stark zurückging. Bei einem solchen Kräfteverhältnis war es überraschend, dass Pablo Iglesias, der Führer von Podemos, nach den Wahlen wichtige Ministerposten in der Regierung von Sanchez forderte. Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien scheiterten im Juli 2019.²⁹ Der Redakteur der Zeitschrift *Viento Sur*, die den linken Flügel von Podemos unterstützt, fasste zusammen, dass dies angesichts des Charakters der PSOE als Partei des etablierten Regimes und der Schwächung von Podemos in den letzten Jahren gar nicht anders möglich gewesen wäre. Er kommt zu dem Schluss, dass „der portugiesische Weg“ die logischste Option zu sein scheint. Das würde bedeuten, „die Führung der PSOE zu zwingen, sich in einer Vereinbarung zu einem Minimum an Punkten zu verpflichten, damit die Linke für die Amtseinführung von Pedro Sanchez stimmen kann. Gleichzeitig kann die Linke ihre politische Unabhängigkeit behalten, um eine feste Opposition im Parlament aufzubauen und Mobilisierungen der Bevölkerung zu unterstützen, um Abstand zu wahren und notfalls gegen die PSOE, die Regierung und EU-Sparmaßnahmen vorzugehen.“³⁰

Die Linke und die nächste Wahl

Viele Linksparteien sind in eine lange Phase des Niedergangs eingetreten oder fast ganz verschwunden, weil die Regierungsfrage nicht gründlich und rational intern diskutiert wurde. Rückblickend können wir sehen, dass die fehlerhafte Regierungsstrategie der SV einen historischen Raum für Parteien eröffnete, die sowohl in „roten“ Fragen (Rødt) als auch in „grünen“ (Grüne) klarer waren als die SV. Die Halvorsen-Linie, niemals die Regierung zu verlassen, ließ die roten und grünen Farben der SV verblassen. Die Partei ging fast unter. Was hätte die Alternative sein können? Durch die Durchsetzung wichtiger Forderungen wie der völligen Einstellung aller weiteren Ölexplorationen und der norwegischen Unterstützung des Verbots von Atomwaffen in den Regierungsverhandlungen wäre der Kampfwille gestiegen. Es ist diese Dynamik, die entscheidend ist, nicht eine abstrakte Diskussion darüber, ob die unabdingbaren Forderungen systemüberschreitend sind oder nicht. Wenn die Forderungen als „zu radikal“ empfunden werden, werden sie nicht ernst genommen. Wenn sie zu zahm sind, breiten sich Enttäuschung und Politikerverachtung aus. Was die wichtigen und richtigen Forderungen sind, kann nur durch eine

breite und wirklichkeitsnahe Debatte entschieden werden. Da wir uns alle in verschiedenen Teilen der Realität befinden, werden wir uns zunächst nicht einig sein – wahrscheinlich nicht über alle Forderungen, aber sicher über einige von ihnen. Daher wird es entscheidend, dass die Parteidemokratie funktioniert. Eine Einigkeit, die für einen bestimmten Zeitraum Bestand haben soll, kann nur durch gründliche und engagierte Debatten geschaffen werden, nicht dadurch, dass die Führung den Mitgliedern eine Botschaft „verkauft“.

Die Erfahrungen aus Dänemark und Schweden bestätigen, wie wichtig es für die Linke ist, konkrete Forderungen zu stellen und Prioritäten zu setzen. Ist die Flüchtlingspolitik genauso wichtig wie Kampfjets? Welche Elemente müssen die Eckpfeiler eines „verbindlichen Klimaplan“ sein? Es scheint, dass die Enhedslisten in die Falle geraten ist, die Lysbakken als entscheidende Schwäche in der Regierungsstrategie der SV bezeichnet: Die Forderungen waren zu allgemein, und daher war es für die neoliberale Führung der Sozialdemokratie zu leicht, sich davonzuschleichen. Die unvermeidliche Folge waren Enttäuschung und Demobilisierung der Volksbewegungen. Auch der Vänsterpartiet gelang es nicht, die Sozialdemokratie herauszufordern und in der Regierungsfrage in die Offensive zu gehen. Stattdessen beobachtete sie unterwürfig, wie die Sozialdemokraten ein Abkommen mit neoliberalen bürgerlichen Parteien aushandelten.

Für die Linksparteien in Norwegen sollte die Lehre aus Portugal und Spanien sein, dass es wichtig ist, rechtzeitig vor der Wahl gemeinsame Forderungen an die Sozialdemokratie aufzustellen. Das schafft gute Debatten und gibt der Sozialdemokratie viel weniger Gelegenheit, mögliche Differenzen zwischen den Parteien der Linken auszunutzen. Vor den Parlamentswahlen in Portugal am 6. Oktober 2019 formulierten die beiden linken Parteien keine gemeinsame Forderung an die Sozialdemokratie. Anders als 2015 stellte der Bloco de Esquerda im Wahlkampf keine klaren unabdingbaren Forderungen zur Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung auf. Der gemäßigte Linkskurs, zu dem der Bloco die Sozialdemokraten gezwungen hatte, war bei den Wählern beliebt und kam (unverdient!) der Sozialdemokratie (PS) zugute, die 36,6 % der Stimmen erhielt (plus 4,4 %). Der Bloco erhielt 9,7 % (minus 0,5 %) und die Kommunistische Partei 6,5 % (minus 1,7 %). – Die Erfahrungen aus Portugal sind auch deshalb interessant, weil es für die Parteien links von der Sozialdemokratie nicht in Betracht kam, in die Regierung einzutreten. Die Sozialdemokraten zu zwingen, ausgewählte radikale Forderungen anzunehmen, ist wichtiger, als mit ihnen in der Regierung zusammenzuarbeiten.

Der Vorsitzende der linken Denkfabrik „Manifest“, Magnus Marsdal, hat in einer Kolumne eine Zusammenarbeit zwischen Rødt und SV gefordert.³¹ Dies wird umso aktueller, als die Umfragen für Rødt seit langem über der Sperrgrenze liegen und sich denen der SV nähern. Marsdal glaubt, dass die Zusammenarbeit entwickelt werden kann, indem vor der Parlamentswahl 2021 einige gemeinsame Forderungen an eine mögliche sozialdemokratisch geführte Regierung gestellt werden. Weder Rødt (früher RV) noch die SV standen jemals vor der Aufgabe, ihre jeweiligen Machtstrategien miteinander konstruktiv zu diskutieren, geschweige denn eine gemeinsame Linie in der Regierungsfrage zu entwickeln. Die Unterschiede zwischen Rødt unter Moxnes und der SV unter Lysbakken sind alles andere als offensichtlich, und daher wird es für beide zu einem Problem, zu rechtfertigen, warum sie nicht enger zusammenarbeiten.

Durch einen solchen Gesamtansatz kann die Linke durch die Mobilisierung der Unterstützung und des Enthusiasmus der Bevölkerung für ihre eigene alternative Politik die soziale und wirtschaftliche Situation der einfachen Bevölkerung sofort verbessern und einen Bruch mit Neoliberalismus und Sparpolitik verdeutlichen. Wenn man einige wichtige Siege erringt, kann man eine politische Dynamik zwischen der „Straße“ und dem „Parlament“ schaffen, die die Frage, welche Art von Gesellschaft wir wollen, ganz konkret stellen kann. Damit nähern wir uns der größten und schwierigsten strategischen Herausforderung in Bezug auf die Regierungsfrage: einen Durchbruch für eine Politik zu erzielen, die einen völlig neuen Kurs auf dem Weg zu einer radikal anderen Gesellschaft beinhaltet.

Erstens setzt dies voraus, dass man ein Verständnis für die Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit mit einer sozialdemokratischen Partei hat – d. h. dafür, welche Widersprüche und Machtverhältnisse in einer solche Partei stecken. Solange die Sozialdemokratie von Befürwortern einer neoliberalen „Modernisierung“ im engen Dialog mit den Kapitalistenklassen auf nationaler und internationaler Ebene dominiert wird, ist es naiv, mit einer solchen Partei zusammenzuarbeiten, wenn gleichzeitig den Wähler*innen versprochen wird, etwas Radikales mit den wichtigsten Problemen unserer Zeit zu tun.

Zweitens ist eine Strategie dafür erforderlich, eine ideologische Hegemonie in der Gesellschaft zu entwickeln, indem man Unterstützung von breiten Teilen des Volkes für Ideen gewinnt, die untermauern, wer „wir“ und wer „sie“ sind – also die wichtigste Konfliktlinie in der Gesellschaft. Diese Arbeit muss in enger Verbindung mit den wichtigsten sozialen Bewegungen geleistet werden. Die Kampagne für

„profitfreie Sozialsysteme“ ist ein gutes Beispiel für etwas, das die Grundlage für einen offensiven Hegemoniekampf bilden kann. Die Kampagne wurde in der Gewerkschaftsbewegung und an der Basis der Sozialdemokratie bereits enthusiastisch unterstützt.

Drittens muss die Linke ein möglichst umfassendes und realistisches Verständnis der Machtverhältnisse in der Gesellschaft haben – insbesondere der internationalen und nationalen Institutionen, die radikale Regierungspläne garantiert behindern werden. Beispielsweise ist es sehr wahrscheinlich, dass eine linke Regierung nicht nur in Griechenland, sondern auch in Norwegen auf Kollisionskurs mit der EU-Kommission und ihren Institutionen geraten wird. Durch das EWR-Abkommen ist Norwegen an so viele Richtlinien, Gesetze und Vorschriften gebunden, dass man sagen kann, dass das Staats- und Rechtssystem tatsächlich der EU und ihrem vertraglich festgeschriebenen Neoliberalismus unterliegt. Kapitalistische Kräfte und rechte Politiker werden zur EU laufen, um jede fortschrittliche Entscheidung Norwegens rückgängig zu machen. Daher muss die Linke Akzeptanz dafür erreichen, dass das EWR-Abkommen zurückstehen muss, wenn es demokratische Entscheidungen hier bei uns untergräbt. Es muss eine Strategie entwickelt werden, um das EWR-Abkommen aufzuheben und eine europäische Zusammenarbeit auf anderer Grundlage einzugehen.

Wenn klar ist, welche Voraussetzungen vorhanden und welche politischen Forderungen erfüllt sein müssen, damit eine linke Partei eine Regierung unterstützen oder daran teilnehmen kann, kann die Linke von Irrelevanz und Handlungs lähmung zu einem entscheidenden Akteur im Kampf um die gesellschaftliche Entwicklung im Laufe der kommenden Jahre werden. Und genau das wird im kommenden Jahrzehnt benötigt, wenn die Treibhausgasemissionen um mindestens 50 % gesenkt, Profitstreben aus der Wohlfahrt verschwinden, EU-Richtlinien zurückgedrängt und die Gehälter von Führungskräften drastisch gesenkt werden müssen.

Quelle: *Vardøger* Nr. 38, 2020, S. 156 ff., http://www.vardoger.no/fulltekst/vardoger38/11_ekeland_braathen.pdf

*Übersetzung aus dem Norwegischen [und Anmerkungen]:
Björn Mertens*

1 Wir verwenden im Folgenden die „Linke“ synonym mit der radikalen Linken, d. h. Parteien und Bewegungen, die sich als links von den sozialdemokratischen Arbeiterparteien definieren.

2 [In der Übersetzung verwenden wir im Folgenden entsprechend dem deutschen Sprachgebrauch den Begriff „Sozialdemokratie“ – Anm. d. Üb.]

3 [Die Sosialistisk Venstreparti (Sozialistische Linkspartei, SV) entstand 1975 aus dem Zusammenschluss der SF mit verschiedenen sozialistischen und sozialdemokratischen Organisationen und der NKP, die sich aber kurze Zeit später wieder zurückzog und seither bedeutungslos ist. Die SF (Sosialistisk Folkeparti hatte sich 1961 wegen Kritik an deren pro-NATO und pro-EU-Politik von der Sozialdemokratie abgespalten. – Anm. d. Üb.]

4 [„Rødt“ (Rot) ist eine antikapitalistische Partei, die im März 2007 aus dem Zusammenschluss der ehemals maoistischen AKP mit ihrem Wahlbündnis Rød Valgallianse, ihrer Jugendorganisation und dem norwegischen Ableger der britischen SWP, Internasjonale Sosialister, entstand. Sie hat 10 000 Mitglieder. – Anm. d. Üb., nach Wikipedia.]

5 [Nach dem politischen Farbcode werden in Norwegen sowohl die Konservativen als auch die Rechtspopulisten als „blau“ bezeichnet, letztere manchmal auch als „dunkelblau“. – Anm. d. Üb.]

6 Strategie wird hier als ein Ansatz verstanden, der nicht vollständig situationspezifisch ist („Taktik“). Die Strategie besteht darin, Forderungen zu stellen; welche Allianzen für welche Forderungen geschlossen werden, um die Forderungen durchzusetzen, sind taktische Fragen.

7 [„Tisch des Königs“ (kongens bord) ist eine Umschreibung für das Kabinett, das historisch als Beratungsgremium für den König angesehen wurde. – Anm. d. Üb.]

8 Frank Rossavik, Fra Kings Bay til Kongens Bord, Spartacus, 2011.

9 [Am 23.8.1963 stürzte die SF gemeinsam mit der rechten Opposition den langjährigen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Einar Gerhardsen. Begründung war, er habe das Parlament unzureichend über das schwere Grubenunglück in Kings Bay auf Spitzbergen informiert.]

10 Diese Linke war nicht formell organisiert, aber 1999–2001 war das „Netzwerk gegen eine Rechtswende“ ein deutlicher Ausdruck dieser Strömung in der SV. In den letzten Jahren haben verschiedene Mailinglisten, wie zum Beispiel „ByggSV“, diese Rolle übernommen.

11 <https://www.manifesttidsskrift.no/sv-et-liv-etter-valget/>.

12 Nore und Ekeland, op.cit.

13 [2001 trat die Zentrumsregierung unter Kjell Magne Bondevik zurück, weil sie den vom Storting beschlossenen Bau eines Gaskraftwerks nicht gegen den Widerstand der Umweltbewegung umsetzen wollte. Ihr folgte eine sozialdemokratische Regierung unter Jens Stoltenberg nach, die die Konzession mit der Auflage erteilte, eine CO₂-Abscheidung vorzusehen (die aber nie realisiert wurde). – Anm.d. Üb.]

14 Vor und während des SV-Parteitags 2005 versuchte einer der beiden Autoren dieses Artikels (vergeblich), bei der Linken in der SV Gehör für ein anderes Herangehen zu finden. Allgemeine Anforderungen an die „Voraussetzungen“ für eine Regierungsbeteiligung waren nicht geeignet, das Projekt von Solheim-Halvorsen zu stoppen. Die SV-Linke hätte in der SV eine Diskussion darüber anstoßen sollen, welche Schwerpunktthemen man als unabdingbare Forderungen für eine Regierungszusammenarbeit formulieren sollte.

15 Alle folgenden Zitate stammen aus Halvorsens Buch op.cit. S. 172–181.

16 Halvorsen, op.cit., S. 177.

17 Ibid., S. 263.

18 Brigte Kristensen, „Makt, motmakt og strategi for sosialisme“, *Gnist*, ibid. <https://marxisme.no/makt-motmakt-og-strategi-for-sosialisme/> Kristensen ist seit den siebziger Jahren in AKP, RV und Rødt aktiv und langjähriges Mitglied des Stadtrats von Bodo.

19 Ibid.

20 [Im Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) unterwerfen sich die Nicht-EU-Mitglieder Norwegen, Island und Liechtenstein den Regeln des EU-Binnenmarkts. – Anm. d. Üb.]

21 Siehe Arne Byrkjeflot, „Kritiske refleksjoner“, 2006, Zeitschrift *Rødt*. <https://marxisme.no/arne-byrkjeflot-4/>.

22 [In der schwedischen Monarchie gilt eine Ministerpräsidentin oder ein Ministerpräsident als gewählt, wenn es keine Mehrheit gegen sie oder ihn gibt. – Anm. d. Üb.]

23 <http://www.internationalen.se/2019/01/dystra-tider-nu-kravs-mobilisering/>.

24 Campos, Costa und Rola: „Lessons from the Portuguese non-model“, <http://internationalviewpoint.org/spip.php?article5593>.

25 Catarina Martins, „The Portuguese Experiment“, *New Left Review* 106, July Aug 2017, S. 53.

26 Ibid. S. 44.

27 Ibid. S. 48.

28 Für eine kritische Stimme siehe <https://jacobinmag.com/2018/06/portugal-left-bloc-socialist-party-austerity> [auf Deutsch in *internationale* 5/2018, <https://www.inprekorr.de/562-port.htm>]. Für eine Verteidigung der Taktik siehe <http://internationalviewpoint.org/spip.php?article5593>.

29 Die „Lösung“ dieser Regierungskrise bestand in einer Neuwahl am 10. November 2019.

30 Jaime Pastor, „El gobierno de coalición, en vía muerta. ¿Y ahora qué?“, *VientoSur*, 27. Juli 2019. <https://vientosur.info/spip.php?article15005>.

31 Magnus Marsdal, „Den nye venstresida“, *Klassekampen* 18. Juni 2019.



DIE AKTUALITÄT DER PERMANENTEN REVOLUTION

Was besagt die Theorie der permanenten Revolution und hat sie sich in der Praxis bewährt? Auf diese Fragen und deren Bedeutung für die Gegenwart geht der folgende Artikel ein.

■ **Yohann Emmanuel und Julien Salingue**

Der Begriff der „permanenten Revolution“ stammt von Marx und Engels. Während der Revolution von 1848/49 und besonders nach deren Scheitern erkannten sie, dass in Deutschland die bürgerliche (liberaldemokratische) Revolution und die proletarische Revolution keine historisch (durch eine mehrere Jahrzehnte lange Periode kapitalistischer Entwicklung) getrennten Etappen sein würden.

I. Die Entstehungsgeschichte der Theorie der permanenten Revolution ...

In Frankreich hatte die Bourgeoisie die Revolution von 1789 angeführt, den Feudalismus und das alte Regime gestürzt und die Ländereien weitgehend umverteilt. In Deutschland war die Bourgeoisie politisch zu schwach und zugleich von Angst geplagt gegenüber der aufkeimenden Macht des Proletariats und schlug sich schnell auf die Seite der Reaktion. Das demokratische Kleinbürgertum wiederum war zwar in der Lage, den revolutionären Prozess mit anzustoßen, wollte ihn aber partout vorzeitig beenden. Daher war es die Aufgabe des Proletariats und der Kommunisten, „die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der

Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind.“¹

Auch wenn es für die Proletarier unabdingbar war, sich aktiv am Sturz der alten Regime und an der demokratischen Revolution zu beteiligen, lag ihre Aufgabe darin, diesen Prozess zu intensivieren und zu radikalieren, bis daraus eine kommunistische Revolution entstehen würde. Sie mussten sich von Beginn an ihrer Klasseninteressen bewusst werden – die letztlich auf die Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft hinauslaufen –, eigene Forderungen stellen und sich selbständig organisieren, um den Keim einer Doppelmacht zu legen. „Sie müssen neben den neuen offiziellen Regierungen zugleich eigene revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in der Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterklubs oder Arbeiterkomitees, errichten, so daß die bürgerlichen demokratischen Regierungen nicht nur zugleich den Rückhalt an den Arbeitern verlieren, sondern

sich von vornherein von Behörden überwacht und bedroht sehen, hinter denen die ganze Masse der Arbeiter steht.“² Für Marx und Engels galt: „Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz.“

In Deutschland hat sich die strategische Hypothese von Marx und Engels nicht bestätigt: Es kam nicht vor 1918 zu einer Revolution, und die nationale Einigung wurde „von oben“ umgesetzt, ebenso wie die sehr stückhaften liberalen Reformen, wenn auch unter dem Druck der Arbeiterbewegung. Erst in Russland erlangte der Begriff der permanenten Revolution seine volle historische Bedeutung.

„Die ungleiche und kombinierte Entwicklung“

Trotsky wiederum begann bereits 1904 (mit der Broschüre *Vor dem 9. Januar*) und vor allem nach der Revolution von 1905 (in *Bilanz und Perspektiven*, 1906), die Theorie der permanenten Revolution weiterzuentwickeln. Wie Marx und Engels für Deutschland war Trotsky, obwohl er deren Texte zu dieser Frage damals noch nicht kannte, der Ansicht, dass man nicht darauf warten sollte, dass die russische Bourgeoisie eine wirkliche liberale und demokratische Revolution anführt. Vielmehr können die demokratischen Aufgaben nur unter der Führung des Proletariats, das sich auf die gesellschaftliche Mehrheit der Bauernschaft stützt, erfüllt werden, die daher nicht von den Zielen des Proletariats (in erster Linie die Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel) getrennt werden können.

Dies hängt mit seiner Analyse des russischen Kapitalismus zusammen. Die verspätete Entwicklung des Kapitalismus, die untergeordnete Stellung Russlands in der imperialistischen Hierarchie, die Bedeutung der wirtschaftlichen Rolle des Staates und die Anwesenheit von ausländischem Kapital, das die russischen Arbeiter direkt ausbeutet, erklären sowohl die Schwäche der nationalen Bourgeoisie, die Entstehung eines Proletariats in relativ großen Zentren (auch wenn es im Vergleich zur Bauernschaft eine Minderheit bleibt) als auch die Möglichkeit einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung aufgrund der fortgeschrittenen verfügbaren Techniken und Produktivkräfte. Diese Konstellation nannte er später (vor allem in seiner *Geschichte der Russischen Revolution*, 1930) eine „ungleiche und kombinierte Entwicklung“. Es gibt eine ungleiche Entwicklung zwischen Russland und den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, die insofern auch eine „kombinierte“ Entwicklung ist, als wir eine Kombination sehr unterschiedlicher Entwicklungsniveaus erleben (die von der extremen Rückständigkeit auf dem Lande bis zu den hochmodernen Fabriken Petrograds reichen).

Diesen von ihm analysierten Zusammenhang zwischen ungleichmäßiger und kombinierter Entwicklung und permanenter Revolution in Russland verallgemeinerte Trotsky später und übertrug ihn auf die verschiedenen durch den Imperialismus³ beherrschten Länder, die noch „bürgerliche“ revolutionäre Aufgaben zu bewältigen hatten, wie die Abschaffung der feudalen Verhältnisse und eine radikale Agrarreform, die Eroberung einer tatsächlichen nationalen Unabhängigkeit und die Befreiung vom Imperialismus oder die Errichtung demokratischer Institutionen.

„Sozialismus in einem einzelnen Land“

Auch wenn die Russische Revolution Trozky's Konzept weitgehend bestätigt hat, entbrannte Mitte der 1920er Jahre eine Debatte, in der sich Stalins und Bucharins Konzept vom Sozialismus in einem einzelnen Land und Trozky's Vorstellung gegenüber standen, wonach die permanente Revolution nicht nur bis zur Abschaffung der Klassenherrschaft und der vollständigen sozialistischen Umformung der Gesellschaft vorangetrieben werden müsse, sondern bis zum Sieg des Sozialismus auf der ganzen Welt. Nach seiner Niederlage legte Trotsky seine umfassendste theoretische Ausarbeitung des Begriffs und der Strategie der permanenten Revolution vor, und zwar in einem hauptsächlich 1929 entstandenen Buch *Die permanente Revolution*, worin er zwischen drei Aspekten unterschied.

Der erste betrifft (im Unterschied zur Etappentheorie) die Permanenz des revolutionären Prozesses oder das „Hinüberwachsen“ der demokratischen Revolution in eine sozialistische in den „zurückgebliebenen“ Ländern. Der zweite Aspekt betrifft – entgegen dem bürokratischen Etatismus – die Permanenz der sozialistischen Revolution in sich. Denn diese ist mit der Machteroberung oder dem Beschluss des Staates, die Produktionsmittel zu vergesellschaften, noch weit davon entfernt, abgeschlossen zu sein. „Während einer unbestimmt langen Zeit und im ständigen inneren Kampfe werden alle sozialen Beziehungen umgestaltet.“ Die Umwälzungen betreffen gleichermaßen die „Wirtschaft, Technik, Wissenschaft, Familie, Sitten und Gebräuche“. Der dritte Aspekt zielt – im Gegensatz zum Sozialismus in einem Land – auf die unerlässliche (weil unter der Strafe der Degeneration) Ausweitung der Revolution auf internationaler Ebene aufgrund der internationalen Organisation der Wirtschaft: „Die sozialistische Revolution beginnt auf nationalem Boden. Sie kann aber nicht auf diesem Boden vollendet werden. [...] Die internationale Revolution stellt einen permanenten Prozeß dar, trotz aller zeitlichen Auf- und Abstiege.“ *Die Oktoberrevolution* ist

als „die erste Etappe der Weltrevolution anzusehen, die sich unvermeidlich auf Jahrzehnte erstreckt“.

Wir werden hier nicht auf den zweiten und dritten Aspekt, auch wenn diese durchaus aktuell sind, eingehen. Es ist selbstverständlich, dass die sozialistische Revolution weit über den Moment der Machtübernahme hinausgehen wird, und dass die Revolution internationalisiert werden muss. Aber es würde zu weit führen, detailliert darzulegen, was die Verknüpfung der nationalen und internationalen Ebene einerseits und die radikale Demokratisierung aller sozialen Beziehungen andererseits bedeuten.

II. ... und ihr Beitrag im antiimperialistischen Kampf

Wir wollen darlegen, inwieweit uns diese Theorie beim Verständnis der revolutionären Prozesse in den imperialistisch beherrschten Ländern hilft.

Die nationalen Befreiungskämpfe

Erinnern wir uns zunächst daran, dass Trozki's Konzept weitgehend durch geschichtliche Prozesse bestätigt wurde, in denen antiimperialistische und sozialistische Revolutionen miteinander verwoben waren: die chinesische Revolution (die Niederlage von 1925-1927 und dann der Sieg von 1949), die Befreiung Vietnams oder die Revolution in Kuba.

Sicherlich gab es auch Entwicklungen, die scheinbar anders verliefen, als in der Theorie der permanenten Revolution historisch konzipiert. In den meisten Kolonialländern, insbesondere in Afrika (mit Ausnahme der ehemaligen portugiesischen Kolonien: Angola, Mosambik, Kap Verde und Guinea-Bissau), wurde – unter jeweils unterschiedlichsten Bedingungen – die Unabhängigkeit zwischen 1945 und 1975 erlangt, ohne dass ein sozialistisches System errichtet wurde oder die kommunistischen Organisationen die Hegemonie über die nationale Befreiungsbewegung hatten (obwohl ihr Einfluss und die Beziehungen zur UdSSR mitunter durchaus erheblich gewesen waren). In Algerien wurden nach der Unabhängigkeit zwar ansatzweise sozialistische Maßnahmen unter staatlicher Ägide auf den Weg gebracht, aber dieser Prozess blieb unvollendet – genauso wie in Ägypten unter Nasser. Hinzu kam, dass politische Kräfte, die sich auf den Kommunismus beriefen, zwar eine wichtige Rolle spielten oder sogar den nationalen Befreiungskampf anführten, sich dabei aber weniger auf die Arbeiterklasse als auf die Bauernschaft stützen konnten. Außerdem folgten auf diese Siege über den Imperialismus keine demokratischen Regimes,

egal, ob das Wirtschaftssystem (partiell oder komplett) vergesellschaftet wurde.

Jedoch haben die unabhängig gewordenen Nationen, die die kapitalistischen Strukturen unangetastet ließen, sich nicht aus den Fängen des Imperialismus befreien können. Später engte sich infolge der weltweiten neoliberalen Offensive, der Schuldenlast, der Strukturanpassungspläne und des Washingtoner Konsens, gefolgt vom Zusammenbruch des Sowjetblocks, der Handlungsspielraum dieser beherrschten Länder ein, den sie noch bis in die 1970er Jahre hatten. Dieser Handlungsspielraum hatte ihnen noch politische Maßnahmen ermöglicht, die auf eine autonome nationale Entwicklung und auf eine Änderung der imperialistischen Arbeitsteilung abzielten (was Samir Amin als „Entkopplung“ bezeichnete), indem bspw. Kooperationsbeziehungen zwischen den Ländern der Dritten Welt vereinbart wurden.

Natürlich stehen manche dieser Länder inzwischen nicht mehr unter der imperialistischen Vorherrschaft. Allerdings muss man dabei bedenken, dass sie besondere Entwicklungen durchlaufen haben, die sich nicht verallgemeinern lassen, indem sie bspw. durch die USA im Rahmen des Kalten Krieges erheblich unterstützt wurden (Südkorea, Taiwan) oder sich zu Ölexporteuren entwickelten (vor allem die Golfstaaten). Am kompliziertesten ist die Entwicklung von China. Aufgrund seines Wirtschaftswachstums, das belegt, dass es der Logik der „Entwicklung der Unterentwicklung“ (André Gunder Frank) entkommen ist, und aufgrund seiner politischen Macht kann China nicht als imperialistisch dominiert betrachtet werden, auch wenn man darüber streiten kann, ob es künftig die USA als globale Hegemonialmacht ablösen wird.

Damit ist jedoch die Theorie der permanenten Revolution keineswegs widerlegt, da es „die chinesische Revolution [war], die die imperialistische Vorherrschaft gebrochen und dem Land eine unabhängige Arbeiterklasse und eigene Qualifikationen sowie eine industrielle und technologische Entwicklung verschafft“ und damit den Grundstein für die spätere kapitalistische Entwicklung geschaffen hat.

Trotz einiger Ausnahmen, komplexer Fälle und sehr unterschiedlicher Situationen, die eine mechanisch-schematische Anwendung verbieten, bleibt der Gedanke, der dem Konzept und der Strategie der permanenten Revolution zugrunde liegt, grundsätzlich richtig: „Solange nicht eine authentische sozialistisch-demokratische Revolution – in einem „permanenten“ Prozess – stattgefunden hat, ist es wenig wahrscheinlich, dass die Länder des Südens,

die Nationen des peripheren Kapitalismus, damit beginnen können, eine Lösung für die „biblischen“ (der Ausdruck stammt von Ernest Mandel) Probleme zu finden, die sie bedrücken: Armut, Elend, Arbeitslosigkeit, schreiende soziale Ungleichheit, ethnische Diskriminierung, Mangel an Wasser und Brot, imperialistische Fremdherrschaft, oligarchische Regime, Monopolisierung des Bodens durch die Latifundisten etc.⁴

Der arabische Frühling

Die Höhen und Tiefen des revolutionären Prozesses in der arabischen Region, der im Winter 2010–2011 begonnen hat, zeigen, wie die demokratischen, ökonomischen und sozialen Aufgaben in besonderer Weise miteinander verwoben sind. Die Durchführung von Wahlen in einigen der von der Aufstandswelle betroffenen Länder oder sogar die Errichtung eines formal bürgerlich-demokratischen Regimes wie in Tunesien hat die Herrschaftsstrukturen nicht grundlegend verändert, weswegen die Erwartungen des Volkes unerfüllt bleiben.

Gilbert Achcar betont daher: „Der Wandel, den die Region braucht, um ihre chronische Krise zu überwinden, erfordert Führungspersönlichkeiten oder Führungsorgane der Volksbewegung, die über ein hohes Maß an revolutionärer Entschlossenheit und Loyalität gegenüber den Interessen des Volkes verfügen. Solche Führungsstrukturen sind unerlässlich, um den revolutionären Prozess zu steuern und die schwierigen Prüfungen und Herausforderungen zu meistern, die sich zwangsläufig stellen, wenn man die bestehenden Regime besiegen und dafür ihre soziale Basis unter der Bevölkerung und im Militärapparat für sich gewinnen will. Diese Führungsstrukturen müssen sich in die Lage versetzen können, den Staat so umzubauen, dass aus einer Maschinerie sozialer Unterdrückung zum Wohle einer Minderheit ein Instrument im Dienste der Gesellschaft und ihrer arbeitenden Mehrheit wird. Solange sich solche Führungsorgane nicht herausgebildet haben oder es ihnen nicht gelungen ist, die Oberhand zu gewinnen, wird der revolutionäre Prozess unaufhaltsam Phasen von Ebbe und Flut, revolutionären Fortschritten und konterrevolutionären Rückschritten durchlaufen.“⁵

In anderen Ländern der Region können wir sehen, wie sogar die Rückkehr der alten Regime (die nie ganz verschwunden waren) forciert wurde, weil die kombinierten wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Aufgaben nicht angepackt wurden. Das beste Beispiel hierfür ist Ägypten, wo sich die Muslimbruderschaft zwar auf die Errungenschaften der Revolution von 2011 berief,

sich zugleich aber weigerte, mit der neoliberalen und räuberischen Wirtschaftspolitik zu brechen – und diese eher noch forcierte – und so de facto eine konterrevolutionäre Rolle spielte und die Rückkehr der Armee an die Macht beschleunigte. Die Vorstellung, dass die politische Demokratie ein „erster Schritt“ sein sollte, indem man politische Bündnisse mit bürgerlichen Kräften eingeht, auch wenn dies den Verzicht auf die Durchsetzung der sozialen Transformation bedeutete, die man sich bloß als Folge konsolidierter demokratischer Strukturen vorstellen konnte, hat Schiffbruch erlitten: Nicht nur, dass die soziale Transformation nie stattgefunden hat, sondern die zeitliche Trennung der sozialen und demokratischen Aufgaben hat die Rückkehr der Diktaturen begünstigt – und die wenigen Spielräume politischer Demokratie zerstört.

III. Die Aktualität der permanenten Revolution

In den abhängigen Ländern ist die Theorie der permanenten Revolution daher nach wie vor aktuell, vorausgesetzt, sie wird fortlaufend im Licht neuer politischer und sozialer Erfahrungen aktualisiert. Wie bereits Michael Löwy geschrieben hat: „... weil in der großen Mehrzahl der Länder des peripheren Kapitalismus – sei es im Nahen Osten, in Afrika oder in Lateinamerika – die Aufgaben einer echten demokratischen Revolution noch nicht erfüllt sind; je nach betrachtetem Fall stehen die Demokratisierung – und die Säkularisierung! – des Staates, die Befreiung vom Einfluss des Imperialismus, die soziale Ausgrenzung der armen Mehrheit oder die Lösung der Agrarfrage auf der Tagesordnung. Die Abhängigkeit hat neue Formen angenommen, aber die sind nicht weniger brutal und zwingend als die der Vergangenheit: die Diktatur des IWF, der Weltbank und bald auch der WTO über die verschuldeten Länder – d. h. praktisch alle Länder des Südens – über den Mechanismus der neoliberalen „Anpassungs“pläne und der drakonischen Bedingungen zur Bezahlung der Auslandsschulden. [...]

In diesen Ländern wird also die Revolution nur eine komplexe Kombination aus diesen demokratischen Erfordernissen und dem Sturz des Kapitalismus sein können. Heute wie gestern sind die revolutionären Transformationen, die in den Gesellschaften der Peripherie, also in den abhängig gehaltenen Ländern auf der Tagesordnung stehen, nicht identisch mit denen der Länder des Zentrums. Eine soziale Revolution in Indien wird von ihrem Programm, ihrer Strategie und ihren Bewegkräften keine reine „Arbeiterrevolution“ wie in England sein. Die entscheidende politische Rolle, die – gewiss, von Trotzki

nicht vorhergesehen! – heute in zahlreichen Ländern die Bauern- und Indigenenbewegung (die Nationale Zapatistische Befreiungsbewegung EZLN in Mexiko, die Bewegung der Landlosen MST in Brasilien, der Indigenenverband CONAIE in Ecuador) spielen, zeigt die Bedeutung und die soziale Explosivität der Agrarfrage und deren direkte Verbindungslinie zur nationalen Befreiung.“⁶

Für Trotzki war die permanente Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, in denen die bürgerliche Revolution als abgeschlossen galt, nur in zweierlei Hinsicht relevant: als Fortsetzung des sozialistischen revolutionären Prozesses nach der Machtergreifung und als Notwendigkeit, die Revolution international auszuweiten.

Ohne dass sie freilich abgeschafft wäre, „scheint die Grenze zwischen der „proletarischen Revolution“ in den imperialistischen Ländern und der „permanenten Revolution“ in den abhängigen Ländern heute unschärfer zu sein als gestern, sowohl in politischer (die Losungen werde sich in einer Zeit, in der die illegitime Verschuldung im Mittelpunkt der europäischen Krise steht, immer ähnlicher!) als auch in geografischer Hinsicht, mit Ländern, die zwischen zwei Welten „hin- und hergerissen“ sind“, wie zum Beispiel Griechenland.

Darüber hinaus hat die permanente Revolution als Kombination von demokratischen und sozialistischen Aufgaben in den Ländern des imperialistischen Zentrums selbst eine neue Bedeutung. Die lange Krise des Kapitalismus, deren Ausbruch in den Jahren 2008-2009 noch immer Folgen – und Nachbeben – nach sich zieht, hat somit in den „entwickelten“ kapitalistischen Ländern eine Phase autoritärer Tendenzen eröffnet, deren Ausgang wir noch lange nicht absehen können.

Dieser autoritäre Kurs ist kein Missgeschick oder bloße ideologische „Flucht nach vorn“: Er ist Ausdruck einer Krise der Hegemonie der bürgerlichen politischen Herrschaft, eine Folge ihrer strukturellen Unfähigkeit, die Akzeptanz wesentlicher Teile der Bevölkerung zu erlangen, und ihre Zustimmung zu einer Politik, die die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise keineswegs abfedert, sondern noch verschärft. Wir erleben eine politische Instabilität, was sich darin zeigt, dass die Zeit der Zweiparteienherrschaft vorüber ist, dass rechtsextreme und extrem rechte Kräfte spektakulären Auftrieb erfahren, es zu Ereignissen kommt wie der Wahl von Donald Trump oder dem Brexit oder dass die europäischen Institutionen in den letzten Jahren mehrfach brutal in die „nationalen“ politischen Geschehnisse (Italien, Griechenland und, in geringerem Maße, Portugal) eingreifen, etc.

Macrons Autoritarismus ist somit bloß der französisch gewirkte Ausdruck einer Hegemoniekrise der herrschenden Klassen auf internationaler Ebene, die sich in den meisten „bürgerlichen Demokratien“ in verschiedenen Formen entfacht. Bei der Wahl Macrons stand die Frage, ob er eine Lösung für diese Hegemoniekrise bietet oder ob er ein Produkt dieser Krise ist und er sie mittelfristig nur noch verschärfen kann. Inzwischen deutet alles darauf hin, dass die Krise noch lange nicht vorbei ist, auch wenn Macrons Gegenreformen den Wünschen der Bourgeoisie entgegenkommen: Die Reformen sind beschlossen und werden umgesetzt, aber sie finden keine Zustimmung, wie die geringe Popularität Macrons und das Schrumpfen seiner sozialen Basis zeigen, wiewohl es bereits bei der Präsidentschaftswahl nur eine Minderheit hinter sich hatte. Doch nichts deutet darauf hin, dass Macron und seine Anhänger um eine „neue Hegemonie“ bemüht sind. Vielmehr zeugt ihr Umgang mit den klassischsten Formen der konzertierten Einigung und damit der Schaffung von Akzeptanz gegenüber den Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und bis zu einem gewissen Grad auch den Medien vielmehr vom ausgeprägten Willen, sie zu marginalisieren, zu umgehen oder gar sie an die Kandare zu nehmen.

Dass die demokratischen und sozialen Kämpfe untrennbar miteinander verbunden sind, wird in den herrschenden kapitalistischen Ländern ebenso wie in den Ländern der Peripherie immer deutlicher. In diesem Sinne sind die wiederkehrenden Volksaufstände in den vergangenen zehn, zwölf Jahren als Ausdruck einer Revolte gegen den neoliberal-autoritären Kapitalismus zu verstehen, in der sich soziale und demokratische Forderungen auf „natürliche“ Weise miteinander verbinden. Irak, Chile, Ecuador, Libanon, Katalonien, Puerto Rico, Sudan, Kolumbien, Hongkong, Nicaragua, Algerien, Haiti, Iran, Indien... Fast alle Volksbewegungen der letzten Jahre, und das gilt auch für die Bewegung der Gelbwesten in Frankreich, haben sich, auch wenn sie als Reaktion auf eine bestimmte Regierungsmaßnahme entstanden sind, sehr schnell zu umfassenden Aufständen entwickelt, die die gesamte neoliberale Politik der letzten Jahre oder sogar Jahrzehnte in Frage stellen und die Legitimität der Herrschenden und ihrer antidemokratischen oder gar autoritären Praktiken in Frage stellen.

In all diesen Kämpfen macht sich jedoch das Fehlen einer gemeinsamen emanzipatorischen Perspektive (Kommunismus, Ökosozialismus etc.) schmerzlich bemerkbar, ebenso wie das Fehlen politischer Kräfte, die in der Lage wären, die Erfahrungen der Vergangenheit und die radi-

kalen Tendenzen der Gegenwart zusammenzubringen. Dies ist freilich unabdingbar, um die Revolutionen des 21. Jahrhunderts ins Auge zu fassen und die Machtfrage offen zu stellen. Auch in dieser Hinsicht kann und muss die permanente Revolution dienen: Von den sozialen und politischen Erfahrungen der Gegenwart zu zehren und sie gleichzeitig durch die Theorie zu bereichern; eine Theorie und Praxis zu entwickeln, die, weit entfernt von teleologischen oder etappistischen Vorstellungen vom Kampf für die soziale Befreiung, es ermöglichen, „die politische Zeit des Ereignisses und die historische Zeit des Prozesses miteinander zu verbinden, die objektiven Bedingungen mit ihrer subjektiven Transformation, die tendenziellen Gesetzmäßigkeiten mit den Ungewissheiten des Zufalls, den Zwang der Umstände mit der Entscheidungsfreiheit, die Weisheit der erworbenen Erfahrungen mit der Kühnheit des Neuen, das aktuelle Ereignis mit der geschichtlichen Dimension.“

Aus *l'Anticapitaliste la revue* Nr. 126 vom Mai 2021

Übersetzung: MiWe

1 Karl Marx/Friedrich Engels *Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März*, MEW Bd. 7, S. 248

2 idem, S. 250

3 Das von Trotzki selbst thematisierte Beispiel Chinas steht beispielhaft hierfür.

4 Michael Löwy, *Die Aktualität der permanenten Revolution*. In *Inprekorr* 348/349, S. 10

5 Gilbert Achcar, *2010–2020: La première décennie du processus révolutionnaire arabe*, alencontre.org,

6 Michael Löwy, op. cit., S 9f.



Neu bei ISP



Paul B. Kleiser
**Der Heimathorst
oder
Bayern ohne Lederhosen**

Eine kritische Geschichte

188 Seiten, 19,80 Euro

ISBN 3-89900-155-6

In der Präambel der »weiß-blauen Grundsätze der Bayernpartei« kann man lesen: »Bayern ist der älteste Staat des deutschen Sprachgebiets und einer der ältesten Staaten Europas. Das bayerische Volk hat ein echtes, ererbtes und gefestigtes Staatsbewusstsein. Aufgrund seiner Vielfalt und Traditionen haben die Bayern einen tiefen Grund, ihr Vaterland und ihre bairische, fränkische und schwäbische Heimat zu lieben.«

Die meisten Anhänger konservativer Parteien und Organisationen, vor allem der CSU, würden diesen Aussagen zustimmen und von 1 000 Jahren bayrischen Staatswesens sprechen. Der große Oberpfälzer Historiker Karl Bosl nannte diese Position zu Recht eine »pseudohistorische Ideologie«.

Die Mythenbildung ist in Bayern wohl wegen der langen Herrschaft der Wittelsbacher und wegen des katholischen Partikularismus besonders ausgeprägt. Das spezifische Sonderbewusstsein der Bayern entwickelte sich unter dem Eindruck der Reformen des Grafen Montgelas, der Befreiungskriege gegen Napoleon und der Kulturpolitik von König Ludwig I. erst langsam im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Das Buch dekonstruiert den »Bayernmythos« und stellt ihm eine Geschichte der sozialen Kämpfe und Auseinandersetzungen bis heute entgegen. Es erklärt den Niedergang der CSU seit dem Tod von Franz Josef Strauß und dem Scheitern der WAA in Wackersdorf und beleuchtet die gegenwärtigen Umbruchprozesse, die tendenziell der bayerischen Sonderstellung ein Ende bereiten.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

LATEINAMERIKAS REVOLUTIONEN

Lateinamerika beeindruckt nicht nur durch seine Geographie, sondern auch durch jahrhundertlange Kämpfe und Revolutionen seit seiner Kolonialisierung und Ausplünderung durch die europäischen Reiche.

■ **Pedro Fuentes**

Die einzige Revolution, in der die Dynamik der permanenten Revolution bis zum Ende geführt und der Übergang von der demokratischen Phase zur sozialistischen Revolution vollzogen worden ist, war die heldenhafte kubanische Revolution. Zwar gab es auch andere, die diesen Weg zum Sozialismus eingeschlagen hatten, aber dort ist der Zug auf halbem Weg stehen geblieben. Dennoch hatten auch sie ihre Bedeutung für uns Revolutionäre, weil sie wichtige Teilerfolge erzielt und das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen verändert haben, auch wenn sie am Ende zurückgewichen sind. Beispiele hierfür waren Nicaragua oder die Allende-Regierung in Chile. Die einzige Revolution, in der die Bourgeoisie tatsächlich besiegt und enteignet worden ist, hat in Kuba stattgefunden.

Die Theorie der permanenten Revolution

Bevor wir uns mit den dort stattgefundenen Entwicklungen befassen, wollen wir auf Trotzki's Theorie kurz eingehen. Sie zielt auf drei verschiedene dynamische Prozesse, nämlich den Übergang von den demokratischen Zielsetzungen hin zu den sozialistischen, den Wandel des Klassencharakters der Protagonisten hin zur Arbeiterklasse und drittens das Hinüberwachen der Revolution von der nationalen auf die internationale Ebene. Wenn wir diese Charakteristika auf die Revolutionen unseres Kontinents anwenden, werden wir feststellen, dass diese dynamischen Prozesse nicht zu Ende geführt und nur teilweise umgesetzt worden sind.

Auch wenn die kubanische Revolution in diesem Sinn die „vollständigste“ war, kommen wir nicht daran vorbei, dass sie von der armen Bauernschaft und einer demokratischen revolutionären Führung unter Fidel und Che durchgeführt wurde und es keine bolschewistische Partei gegeben hat. Trotzdem wurde die kubanische Revolution zu einer sozialistischen, weswegen es erforderlich ist, die Theorie der permanenten Revolution im Lichte der kubanischen (und auch der chinesischen) Revolution zu überdenken und auf die laufenden und künftigen revolutionären Prozesse auf unserem Kontinent anzuwenden, wo die Bauernschaft, die indigene Bevölkerung, die verarmten Bewohner der Favelas, die Jugendlichen und die Frauen die treibende Kraft hinter den Aufständen sind.

Der Bolivarismus in Bolivien und Venezuela

Um zu verstehen, wie es aktuell um die lateinamerikanische Revolution bestellt ist, betrachten wir am besten die dortigen Entwicklungen des laufenden Jahrhunderts.

In den ersten Jahren haben wir eine Reihe von Volksereignissen erlebt, die zu (semi)revolutionären Entwicklungen geführt haben – etwa in Ecuador, Bolivien, Argentinien oder Venezuela. Mit ihnen wurde eine neue Etappe auf dem Kontinent im Kampf gegen den Imperialismus eröffnet und eine neue Periode begann, die sich von der Geschichte früherer Revolutionen unterschied, etwa der kubanischen von 1959, der bolivianischen von 1952 oder der nicaraguanischen.

Es handelt sich um revolutionäre Prozesse, bei denen die Mobilisierungen zwar tiefgreifende Veränderungen bewirkt haben, die Macht aber letztlich an den Wahlurnen erobert wurde, wo die Dynamik der Straße ihre Fortsetzung fand und die Parteien des Regimes und des Imperialismus geschlagen wurden. Bei diesen Revolutionen oder Volksbewegungen standen antiimperialistische und demokratische Anliegen der Bevölkerung im Vordergrund. Wie der Schutz der natürlichen Ressourcen, der Kampf gegen den von außen aufgezwungenen Neoliberalismus, die Agrarreform und die Reform der politischen Systeme.

Diese Prozesse waren die Reaktion auf die Vorherrschaft des Neoliberalismus und seine Privatisierungen und auf die Kapitulation vor dem Imperialismus in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts. Zu dieser Zeit fand der Caracazo statt, der den Auftakt zu dieser neuen Periode zu Beginn des 21. Jahrhunderts darstellte und der den Hintergrund für die Entstehung des Chavismus und des lateinamerikanischen Bolivarismus bildet.

Im April 2002 wurde der von den USA inszenierte Militärputsch in Venezuela niedergeschlagen, ein auf unserem Kontinent beispielloses Ereignis (abgesehen von der Niederschlagung der Invasion in der Schweinebucht auf Kuba). In den Jahren 2003 und 2005 wurde Bolivien von zwei Arbeiter- und Volksaufständen erschüttert. Der erste führte zum Sturz von Sánchez de Losada, beim zweiten musste sein Nachfolger Carlos Mesa abtreten und sich später Evo Morales geschlagen geben.

Mit dessen Machtübernahme bildeten erstmals in der Geschichte Boliviens und Lateinamerikas die Indigenen die Mehrheit in der Regierung und nicht mehr bloß in der Gesellschaft. Damit änderte sich das Gesicht Boliviens und seiner Hauptstadt La Paz, denn die Zeit der weißen Männer, die bisher Regierung und Parlament dominiert hatten, war vorbei.

Die Regierung stützte sich auf die Cocaleros (Kokabauern, wie auch Morales) und die indigene Bevölkerung des Altiplano. Der Widerstand gegen den Wandel kam aus dem „Halbmond“ um Santa Cruz im Süden des Landes, einer Region mit großen weißen Ländereien, in dem die Agrarreform noch nicht angekommen war und in dem die brasilianischen Sojaproduzenten stark vertreten sind. Der Aufstand dieser Großagrarien führte das Land an den Rand eines Bürgerkriegs. 2006 wurde der Status quo in einem Pakt besiegelt und Evo Morales konnte seine soziale Basis unter den Angestellten und Arbeitern ausbauen, ohne jedoch die Macht der Großbourgeoisie von Santa Cruz zu brechen, die später den parlamentarischen Putsch von 2019 anzetteln sollte.

Die Regierung Morales unterschied sich von Chávez dadurch, dass sie aus den sozialen Bewegungen hervorgegangen ist, zunächst aus denen der Kokabauern, dann aus der Unterstützung der Arbeiter*innen und Bewohner*innen der großen Städte um La Paz: Cochabamba, Potosí, El Alto. Diese Basis und die Plurinationalität des Staates verschafften der Regierung die Möglichkeit, über die Plurinationalität des Staates hinaus fortschrittliche Maßnahmen zu ergreifen, wie die Verstaatlichung von Gas und Öl.

Zugleich gewann das Konzept von García Linera (dem Vizepräsidenten), der sogenannte „Andenkapitalismus“ an Boden. Demnach müsse man den Fortschritt der Revolution in anderen Ländern abwarten, bevor man zum Sozialismus fortschreiten könne. Unter diesem Siegel schloss die bolivianische Regierung Vereinbarungen mit ausländischen multinationalen Bergbauunternehmen. Der Sinn dieser Politik wurde nie der Bevölkerung erklärt, und trotz aller fortschrittlichen Maßnahmen zur Verstaatlichung von Erdöl und Erdgas, den großen natürlichen Ressourcen und damit einer wichtigen Einkommensquelle Boliviens, wurde die Regierung mit Streiks der Bergarbeiter und der Beschäftigten im Bildungswesen konfrontiert, die ihre Rechte einforderten, sowie mit der Umweltbewegung, weil einige ihrer Megaprojekte zu Lasten des bolivianischen Urwalds waren.

Somit entstand ein Status quo mit einem gewissen wirtschaftlichen Aufschwung durch steigende Gas- und Ölpreise und einer verständigeren und fortschrittlicheren Verwaltung innerhalb des Kapitalismus. Zugleich wuchsen aber auch Bürokratisierung und Anpassung an diese Situation, die García Linera als „Verschnaufpause“ bezeichnete.

Die Ereignisse seit 2019 zeigen die wahre Dimension der Machtverhältnisse im plurinationalen Staat. Die Medien von Santa Cruz organisierten mit Unterstützung der Armee den Staatsstreich, um die unrechtmäßige Regierung von Añez durchzusetzen, die sich jedoch weniger als ein Jahr halten konnte. Mitten in der Pandemie erhoben sich die Bergarbeiter und traten in Streik, gefolgt von den Bauern und den Bewohner*innen des Hochlandes, die nach über einwöchigen Streiks und Blockaden Wahlen erzwangen, die die MAS mit überwältigender Mehrheit gewann.

Die Bolivarische Revolution in Venezuela

Die Bolivarische Revolution ist letztlich aus dem Caracazo entstanden, dem Volksaufstand, der am 27. Februar 1989 in der Stadt Guarenas begann und sich schnell auf Caracas

und andere wichtige Städte Venezuelas ausbreitete. Er war die Antwort des Volkes auf den neoliberalen Plan der Regierung von Carlos Andrés Pérez unter der Anleitung des IWF. Dieser Volksaufstand dauerte etwa eine Woche und forderte zwischen zwei- und dreitausend Tote, nachdem die Regierung die Armee eingesetzt hatte, um ihn niederzuschlagen.

Bei den Wahlen 1998 gewann Chávez mit großem Vorsprung vor den bürgerlichen Parteien. In der verfassungsgebenden Versammlung von 1999 wurde eine neue und äußerst fortschrittliche Verfassung verabschiedet, die den Grundstein für die zukünftige Radikalisierung des bolivarianischen Prozesses legte.

Nach dem Putschversuch der Generäle gegen Chávez im Jahr 2002 begann eine neue Phase. Die Regierung Chávez radikalisierte sich und ergriff Maßnahmen gegen die Großgrundbesitzer und den Imperialismus. Die Direktion der PDVSA wurde ausgetauscht, eine Agrarreform durchgeführt, das Fischereigesetz verabschiedet und die Verstaatlichung von Wirtschaftssektoren und deren Mitverwaltung durch die Arbeiter*innen eingeleitet. Dies galt insbesondere für SIDOR, das wichtigste Stahlunternehmen des Landes.

Unsere Linie gegenüber den Regierungen Chávez und Morales

Die Linke hat in ihrer großen Mehrheit den bolivarianischen Prozess auf verschiedenen Ebenen begeistert unterstützt. Die einen ordneten sich bedingungslos der Politik von Chávez unter, andere – wie wir – verfolgten eine Politik der antiimperialistischen Einheitsfront. Diese beinhaltete Unterstützung und gar individuelle Beteiligung an der Regierung, jedoch Beibehaltung unserer politischen Unabhängigkeit und Eintreten für die Selbstorganisation der Arbeiter*innen.

In unseren Augen repräsentierten Chávez und Morales keinen Bonapartismus sui generis bürgerlich nationalistischer Regierungen, wie Trotzki es nannte. Andererseits waren sie auch keine Regierungen vom Typ Kerenski wie unter Allende und Torres. Wie diese haben sie zwar fortschrittliche Maßnahmen ergriffen, konnten sich aber lange an der Macht halten.

Ihre Politik stellte einen Bruch mit der Bourgeoisie und dem Imperialismus dar. Die Bezeichnung dieser Systeme als „unabhängige Länder“ trifft hier voll zu, da sie keine halbkolonialen Länder unter der Fuchtel des Imperialismus mehr waren. Ihre Politik führte zu Brüchen mit dem bürgerlichen Staat, war aber zugleich voller Widersprüche

und verblieb innerhalb von dessen Rahmen. Somit war er ein besonderer bürgerlicher Staat, denn an der Macht war nicht die Bourgeoisie, sondern ein Kleinbürgertum mit ausgeprägten revolutionären Zügen, die durch den Druck der Straße und ihr radikales Selbstverständnis bedingt waren, dessen Ergebnis eine Art Mischwirtschaft mit Verstaatlichungen und Landreformen war. Doch sowohl Morales – der während seiner gesamten Regierungszeit mit der Bourgeoisie von Santa Cruz koexistierte – als auch Chávez, der die Banken unangetastet ließ, stießen an die Grenzen dieses Staates, weshalb wir sie als antiimperialistische Kleinbürger und die Länder als unabhängige bezeichnen.

Die Unterschiede zu Lula und seiner PT

Inzwischen ist es gängig, generell von Progressivismus zu sprechen und diesen Begriff auf alle Regierungen Anfang des 21. Jahrhunderts anzuwenden, die nicht aus genuin bürgerlichen Parteien hervorgegangen sind. Dieses Etikett schafft Verwirrung und wird von Teilen der Linken, die dem Lagerdenken nachhängt, absichtlich verwandt.

Der bolivarianische kleinbürgerlich-radikale Nationalismus unterschied sich stark von dem der PT. In der Praxis bedeutete er einen politischen Bruch mit der Bourgeoisie und, in geringerem Maße, auch einen wirtschaftlichen, indem bspw. die ALBA (Lateinamerikanische Bolivarianische Allianz) gegründet wurde, um somit Lateinamerika gegenüber dem Imperialismus zu einen. Bolivien, Ecuador und Venezuela wurden durch die Regierungspolitik zu unabhängigen Ländern, in denen keine Bündnisse mit bürgerlichen Parteien eingegangen wurden, im Gegensatz zum Petismus, der von Anfang an gemeinsam mit bürgerlichen Parteien regierte.

Der Petismus verkörperte eine andere Strategie, die wir als Sozialliberalismus bezeichnen, da er an der Regierung weiter die liberale Politik von Fernando Henrique Cardoso [Präsident Brasiliens von 1995 bis 2003] betrieb und als starke subimperialistische Macht auf dem Kontinent fungierte. Da die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen es zuließen, konnte die PT den Arbeiter*innen und Armen Zugeständnisse machen, insbesondere durch die Bolsa Familia und eine Erhöhung des Familieneinkommens, was sich am stärksten im Nordosten, der ärmsten Region Brasiliens, auswirkte. Dabei handelte es sich jedoch um geringfügige Zugeständnisse und Reformen, die der Großbourgeoisie, den großen Bauunternehmen und dem Finanzkapital nicht wehtaten, sondern ihnen vielmehr Nutzen brachten.

Brasilien fungierte quasi als Puffer, um zu verhindern, dass sich der boliviarische Prozess auf den Kontinent ausbreitete, was die Voraussetzung und zugleich drängende Aufgabe für eine unabhängige Entwicklung gewesen wäre. Damit hätte auch eine Isolierung der fortschrittlichsten Länder, Venezuela, Bolivien und Ecuador, vermieden werden und die ALBA sich ausbreiten können, womit der Bolivarismus dieses eingangs erwähnte dritte Merkmal einer permanenten Revolution hätte erfüllen können. Lateinamerika stünde heute wohl anders da, wenn Lula mithilfe seiner Popularität unter den Massen eine von der Bourgeoisie unabhängige Politik verfolgt hätte.

Die Grenzen des Chavismus

Doch Chávez hat am Ende gezauert und den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ nicht konsequent zu Ende geführt, sondern auf halbem Weg aufgehört. Innenpolitisch, weil er die Revolution nicht durch die Enteignung der Großbourgeoisie (der Banken) forciert hat, und außenpolitisch, weil er auf ein diplomatisches Arrangement mit der brasilianischen Regierung gesetzt hat, statt die Revolution nach außen zu tragen (wie Fidel und Che es mit der Organisation für lateinamerikanische Solidarität Olas getan haben). Dabei hat die brasilianische Regierung, außer mit Worten, wenig zur Gründung der Bank des Südens (als Gegengewicht zu IWF und WB) beigetragen. Chávez wurde schließlich in den Wirtschaftspakt Mercosur aufgenommen, ein Projekt, das die lateinamerikanische Einheit nicht wirklich weiterbringt. Es war legitim, dass Chávez auch diplomatische Beziehungen zu Brasilien und den anderen lateinamerikanischen Ländern unterhalten hat, aber das sollte nicht bedeuten, die Politik der Diplomatie unterzuordnen.

So wichtig die Unterschiede zwischen Lulas Petismus und dem Chavismus waren, gab es doch eine Gemeinsamkeit zwischen beiden, die mit Maduro noch exponentiell zugenommen hat, nämlich die Bürokratisierung des Machtapparats. Diese Regierungen sind (bzw. waren) in Brasilien 13/14 Jahre lang, in Venezuela seit 18 Jahren und in Bolivien über 9 Jahre an der Macht. Dies ist sicherlich kein leichtes Unterfangen, denn so notwendig Staatsapparate auch sind, schaffen sie doch eine Bürokratie, privilegierte Kasten, die auf Dauer für ihren eigenen Vorteil tätig werden.

In Brasilien agierte die PT als organischer Vertreter der großbürgerlichen Sektoren. In Venezuela waren Chávez und die PSUV zwar unabhängig von der alten Bourgeoisie, aber es entstand die sogenannte Bolibourgeoisie, die Ver-

bindungen zur alten Bourgeoisie knüpfte. Diese Entwicklung hat sich nach dem Tod von Chávez, der sie auch nur schwach bekämpft hat, noch weiter verstärkt. In Brasilien war die Verbindung zur Bourgeoisie viel enger, da die oberen Parteivertreter der PT organische Beziehungen zu Teilen der Bourgeoisie knüpften und sogar direkt als deren Vertreter agierten.

Die logische Folge davon war, dass die Bevölkerung der Regierung von Dilma Rousseff zunehmend ablehnend gegenüber stand, was 2016 zu deren Amtsenthebung führte. In Venezuela führte dieser Prozess zu einer objektiven Schwächung des Chavismus in den Massenbewegungen, was auch Intellektuelle feststellten, die den „Hyperzentrismus“ von Chávez kritisiert haben.

Das (vorläufige) Ende des Progressivismus

Der Tod von Chávez, der parlamentarische Staatsstreich in Brasilien und die Wirtschaftskrise zwischen 2008 und 2013 haben die Situation und die bestehenden Kräfteverhältnisse verändert. Der Spielraum für wirtschaftliche (und soziale) Zugeständnisse ist verschwunden, was für alle Länder gilt, in denen sogenannte Anpassungspläne umgesetzt wurden.

In der nun zu Ende gegangenen Periode war Lateinamerika in gewissem Maße von der globalen Situation abgekoppelt. Dazu haben der Anstieg der Rohstoff- und Ölpreise infolge des Wiederaufschwungs der chinesischen Wirtschaft beigetragen. All dies hat sich seit 2013, als die multidimensionale Krise des Kapitalismus ihren Höhepunkt erreicht hat, geändert. Ohne diesen entscheidenden Punkt lässt sich die neue Situation in Lateinamerika heute nicht verstehen. Diese Region ist später in die Krise geraten, aber vielleicht gerade deshalb trifft es sie härter, wie sich zweifelsfrei an der grassierenden Pandemie zeigt, von der Lateinamerika am stärksten betroffen ist. Dadurch verschärft sich die Krise und führt zu einem qualitativen Anstieg der Armut und zu einer Nahrungs-, Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Zu dieser kombinierten Krise kommt noch die – ohnehin vorhandene – ökologische Krise hinzu und die Unterdrückung der indigenen Völker, insbesondere in Ländern wie Brasilien, wo der Rassismus strukturell ist.

Dilma Rousseff in ihrer zweiten Amtszeit ab 2014 in Brasilien und Maduro in Venezuela standen bzw. stehen dieser Krise gegenüber und wurden gezwungen, Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, um den Staatshaushalt auszugleichen. Bereits ein Jahr nach diesem politischen Kurswechsel beschloss die brasilianische Bourgeoisie, Rousseff auf kaltem Weg aus dem Amt zu drängen.

In Venezuela wurde der Staatsstreich niedergeschlagen, aber das Land leidet unter einer aggressiven Wirtschaftsblockade seitens der USA, die ihm die Luft abschnürt. Das Maduro-Regime hat niemals ernsthaft versucht, sich durch eine Mobilisierung der Bevölkerung dieser Entwicklung entgegenzustellen. Vielmehr wurden sogar die Rechte der Arbeiter*innen weiter eingeschränkt, deren Vertreter*innen ins Gefängnis geworfen und die staatlichen Unternehmen dem Militärapparat unterstellt, der sich eher daran bereicherte, statt sich ernsthaft zu kümmern.

Maduros Politik stellt einen qualitativen Einschnitt gegenüber der Ära Chávez dar. Der Arco Minero del Orinoco (Orinoco-Ölgürtel), der 40 % der Staatsfläche einnimmt, wird ausländischen – darunter US-amerikanischen – Konzernen zur Ausbeutung überlassen. Hinzu kommt die starke und wiederholte Abwertung des boliviarischen Peso, deren Auswirkungen bis heute andauern und dazu führen, dass ein Universitätsprofessor zwischen 5 und 6 Dollar im Monat verdient.

Somit ist zwischen 2013 und 2016 der Zyklus der „fortschrittlichen“ Regierungen an sein Ende gelangt, was aber nicht heißen soll, dass damit auch ihre politischen Organisationen oder Regierungen verschwunden sind ... Die PT von Lula, die inzwischen nicht mehr der Arbeiterklasse zuzurechnen ist, existiert weiter, ebenso wie der Kirchnerismus in Argentinien und der Madurismus in Venezuela. Die bolivianische MAS krankt an einer Bürokratisierung, die an ihrer Basis Unwillen schürt.

Der Progressivismus wurde nicht durch einen Aufschwung der Linken abgelöst, etwa infolge eines neuerlichen Aufstiegs einer radikalen Massenbewegung. Vielmehr war das Jahr 2016 mit dem parlamentarischen Putsch gegen Rousseff und dem Wahlsieg von Macri in Argentinien, gefolgt von Duque in Kolumbien und dann von Bolsonaro in Brasilien der Auftakt zu einer reaktionären Kurswende.

Die Ära hat damit ein unrühmliches, aber kein endgültiges Ende genommen. Einigen ihrer Protagonist*innen scheint ein zweites Leben eingehaucht worden zu sein, allerdings unter Verlust ihres Prestiges und ohne dass ihnen wesentliche Zugeständnisse an die Massenbewegungen abverlangt worden wären. Dies trifft auf die Regierungen von Alberto Fernández und Cristina Kirchner zu und in jüngerer Zeit auf Arce in Bolivien oder Lula in Brasilien, der sein Wahlrecht wiedererlangt hat – ein Sieg der Demokratie. In Bolivien konnte zwar der rechte Staatsstreich durch die jüngsten Wahlergebnisse wieder korrigiert werden, allerdings hat die MAS ihren früheren sozialen Rückhalt verloren, sodass bei den jüngsten Provinzwahlen – darunter in El

Alto und La Paz – eine Dissidentenpartei der MAS unter der Führung der ehemaligen Senatorin Eva Copa triumphierte.

Die „wiedergeborenen“ Progressiven werden allerdings keine großen Sprünge machen können, weil ihnen der Spielraum für wirtschaftliche und soziale Konzessionen abhanden gekommen ist und weil die tiefe Krise in Lateinamerika nur mit einem radikal antikapitalistischen Programm überwunden werden kann, was diese Regierungen weder umsetzen wollen noch können, weil sie sich den Institutionen und der Bourgeoisie gegenüber verpflichtet sehen. Insofern spielen sie eher eine jämmerliche Rolle angesichts der neuen Protestwelle, die unseren Kontinent überrollt.

Eine Trendwende

Lateinamerika hat in den letzten beiden Jahren wieder zu seiner von Kämpfen und Rebellionen geprägte Geschichte zurückgefunden. Eine neue Situation ist entstanden, die auch in den antirassistischen Aufständen in den USA nach dem Tode von George Floyd zum Ausdruck kommt und die sich auch in Lateinamerika immer wieder deutlich bemerkbar macht. Natürlich sind noch immer rechte und autoritäre Regierungen an der Macht, wie Bolsonaro und Duque, und auch Lasso hat in Ecuador aufgrund der Spaltung der Linken die Wahlen gewonnen. Zudem sind die Klassenkämpfe noch immer unterschiedlich stark ausgeprägt und die Linke tut sich nach wie vor schwer, radikale und alternative Führungen aufzubauen.

Trotzdem darf man nicht übersehen, dass sich etwas ändert. Seit zweieinhalb Jahren erleben wir Proteste und Aufstände wie zu Beginn dieses Jahrhunderts. Es gibt Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zwischen ihnen und die Situation ist auch eine andere als in der zu Ende gegangenen Ära.

Hier ein kurzer Überblick, wie die Volksbewegungen und Rebellionen einen großen Teil unseres Kontinents erfasst haben. In Puerto Rico löste ein Aufstand der Bevölkerung den Rücktritt des Präsidenten aus. Im Jahr 2018 kam es zu Generalstreiks in Haiti, und die Schockwelle erreichte anschließend die Anden. Die Indigenen in Ecuador rebellierten, in Chile erhob sich die Bevölkerung, um eine verfassungsgebende Versammlung durchzusetzen, und in Bolivien kam es nach dem Putsch gegen die MAS zu Bergarbeiterstreiks und Blockaden, die zu Neuwahlen und dem Sieg der MAS führten. In Peru wurde eine Putschregierung infolge der Jugendproteste binnen einer Woche gestürzt und Kolumbien erlebt Massenproteste, deren Epizentrum in Cali liegt.

Trotz aller Unterschiede haben diese Bewegungen folgende Gemeinsamkeiten:

- 1 Ihre Akteure sind jung, Indigene, Bauern und Bäuerinnen, Beschäftigte im Dienstleistungswesen und – in einer herausragenden Rolle – Frauen.
- 2 Sie treffen auf eine starke Repression seitens der Regierungen in allen betroffenen Ländern. Es gab Dutzende von Toten in Bolivien, Ecuador, Peru und in jüngster Zeit in Kolumbien, wo der Staatsterror besonders stark wütet.
- 3 Die sogenannten „Progressiven“ in Ecuador, Chile und jetzt auch in Kolumbien haben zur Mäßigung aufgerufen und versuchen zu verhandeln, in Chile mit Erfolg und in Kolumbien mit noch offenem Ausgang.
- 4 Innerhalb dieser Bewegungen kristallisiert sich eine breite Avantgarde heraus, die das System bekämpft und unabhängig vom „Progressivismus“ und den etablierten Parteien ist. Es handelt sich dabei um eine Massenavantgarde, die zumindest Teile der Bevölkerung repräsentiert, wie die Jugendlichen in den Armenvierteln von Cali und die indigene Bevölkerung.

Diese Avantgarde braucht ein neues Programm, das weit über das alte hinausgeht. Es gibt Fortschritte in diese Richtung, wie aktuell das Nationale Streikkomitee in Kolumbien zeigt.

Dennoch ist dieser Prozess mühsam, nicht nur wegen der starken Repression, sondern weil ein solches Programm eine wirkliche Alternative zu den bestehenden Machtverhältnissen darstellen muss. Dabei geht es auch um Sofortforderungen zur Bekämpfung der Pandemie, zur Verweigerung des Schuldendienstes gegenüber dem Ausland, der Verstaatlichung der Banken und des Gesundheits- und Erziehungswesens, zu deren Finanzierung die Reichen und Kapitalist*innen entsprechend hoch besteuert werden müssen.

Unsere Aufgabe liegt darin, uns mit diesen Avantgarden zusammenzuschließen und zugleich auf eine den Kontinent umfassende Organisation hinzuarbeiten. Eine solche Orientierung muss einerseits über den „Progressivismus“ des Forums von São Paulo hinausgehen, andererseits sich von den selbsternannten Ultralinken abgrenzen.

■■■■■■■■■■ **Pedro Fuentes** ist führendes Mitglied der Bewegung der Sozialistischen Linken (MES) und der PSOL in Brasilien und permanenter Beobachter des Internationalen Büros der IV. Internationale.

Aus: *l'Anticapitaliste* la Revue, Nr. 126

Übersetzung: MiWe



DER WEG ZUR KRITISCHEN ÖKONOMIE

Der französische Wirtschaftswissenschaftler und langjährige Genosse **Michel Husson** ist am 18.7.2021 überraschend verstorben. Nach dem Tod von Ernest Mandel 1995 war Michel einer der herausragenden Ökonomen in den Reihen der IV. Internationale, für die er auch nach seinem Ausscheiden aus der französischen Sektion weiterhin scharfsinnige Analysen lieferte. In den vergangenen 25 Jahren haben wir in dieser Zeitschrift zahlreiche seiner Artikel veröffentlicht und möchten mit dem folgenden Interview, das **Savoir/Agir** mit ihm geführt hat, an ihn erinnern.

Savoir/Agir: Warum sind Sie Wirtschaftswissenschaftler geworden?

Michel Husson: Was mich wohl zu den Wirtschaftswissenschaften geführt hat, war ein generelles Interesse an den Sozialwissenschaften, eine Vorliebe, die zwei Dinge miteinander verband: die Beschäftigung mit unserer Gesellschaft und das Interesse an der Mathematik. Und so habe ich mich nach und nach, nachdem ich eine Zeit lang an der Elite-Hochschule für Sozialwissenschaften (Sciences Po) studiert hatte, wieder auf die Wirtschaftswissenschaften konzentriert. Danach hatte ich drei Möglichkeiten: Entweder die „übliche“ Lohnabhängigkeit als Gymnasiallehrer oder eine Universitätskarriere, oder aber zur INSEE (Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien) zu gehen. Ich habe mich 1971 für die INSEE entschieden. Was mir daran gefiel, war, Teil des Staatsapparats zu sein und ihn von innen heraus analysieren und kritisieren zu können. Und anders als bei einer akademischen Laufbahn musste man keinen Würdenträger hofieren, sondern nur ein Auswahlverfahren bestehen, um angenommen zu werden. Danach ging ich 1975 zur Statistikbehörde des

Finanzministeriums. Dort begann meine Doppelkarriere als Wirtschaftswissenschaftler und politischer Aktivist, der sich vor allem mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen befasst.

Kam der politische Aktivismus in ihrem Leben zur gleichen Zeit wie Ihr Interesse an der Ökonomie ins Spiel?

Ja, und zwar 1968. Ich komme aus der Provinz und habe mich ziemlich schnell weiterentwickelt. Als Student an der Panthéon-Assas kam ich eng mit der marxistischen Bildung der damaligen Zeit in Berührung. Ich glaube, ich habe meine marxistische Bildung als Reaktion auf den Unterricht an der Universität erworben. Ich hatte Raymond Barre als Professor, und ich erinnere mich an eine Vorlesung, in der er zwei Kurven zeichnete, um zu zeigen, dass die Gewerkschaften das Erreichen der Vollbeschäftigung verhindern. Solche Erinnerungen prägen für immer. Außerdem wurden damals Rechts- und Wirtschaftswissenschaften gemeinsam gelehrt, und wir hatten sehr schlechte Wirtschaftsprofessoren, weswegen wir uns

anderweitig fortbilden mussten. Eine wichtige Ausnahme war Carlo Benetti, der mich für die Wirtschaftswissenschaft begeisterte [...]. Das war ein regelrechtes Erwachen: Er vermittelte uns, dass man die großen Autoren lesen muss, wenn man sich für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaft interessiert. Außerdem brachte er uns bei, strikt logisch zu argumentieren.

Sie haben sicherlich noch andere Autoren gelesen, um sich in der marxistischen Wirtschaftstheorie zu schulen.

Ja, denn Marx war natürlich wichtig, aber ich war nicht dogmatisch. Meine beiden Lehrmeister zu dieser Zeit waren zweifellos André Gorz und Ernest Mandel. Gorz, der mich am stärksten geprägt hat, war der theoretische Kopf der PSU (in der ich damals aktiv war) und Autor von *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus* [1965]. Mit diesem Werk versuchte er in den 1960er und 70er Jahren, eine Kritik des Kapitalismus mit strategischen Elementen zu verbinden, die mit dieser Kritik kohärent waren, kurzum, einen radikalen Reformismus zu konzipieren, der in meinen Augen einem Übergangsprogramm recht nahe kam. Auch später noch habe ich die Arbeit von Gorz stets verfolgt, und einige Zeit vor seinem Tod hatten wir sogar einen kleinen Briefwechsel.

Mandel vertrat natürlich den Trotzismus schlechthin in wirtschaftlichen und politischen Fragen. Was mir an ihm gefiel, war, dass er vor einem recht orthodoxen Hintergrund einen ziemlich offenen Marxismus vertrat, der nicht aus dem bloßen Nachbeten von Dogmen und endlosen Textanalysen von Marx bestand. In meinen Augen lieferte er eine vorbildliche Anwendung der marxistischen Theorie auf die politischen Abläufe. Natürlich gab es noch weitere Autoren, die für mich wichtig waren, so z. B. die Redaktion der Zeitschrift *Critiques de l'économie politique* (Pierre Salama, Jacques Valier). Ich schrieb zwei oder drei Artikel für die Zeitschrift, aber erst später zwischen 1981 und 1982 und nicht in der (trotzkistischen) Anfangsphase der Zeitschrift. Dann baten sie mich, der Redaktion beizutreten, doch zwei Monate später wurde die Zeitschrift eingestellt!

Sie haben vorhin erwähnt, dass Sie in die Statistikbehörde des Finanzministeriums gegangen sind, und sprachen von einer „Doppelkarriere“. Wie verlief Ihr Leben als staatlicher Ökonom und wie passte das zu Ihrem politischen Engagement?

In den 1970er Jahren gab es noch eine ganze Reihe kritischer Geister in der Wirtschaftsverwaltung, die nach

und nach ausgeschaltet wurden. Ich kam 1975 zur Statistikbehörde, zu einer Zeit, als Edmond Malinvaud damit begonnen hatte, alles, was zu subversiv war (insbesondere Robert Boyer), auszumerzen: Die Neoklassik begann, den bis dahin vorherrschenden Keynesianismus zu verdrängen. Ich würde die Situation als ambivalent bezeichnen. Es gab sicherlich eine Art Schizophrenie: Einerseits hielt ich in der Behörde die Wirtschaftsmodelle am Laufen, und andererseits kritisierte ich in den *Critiques de l'économie politique* diese Modelle. Aber sowohl die INSEE als auch die Statistikbehörde haben der kritischen Ökonomie noch Raum gegeben: In der INSEE haben wir noch Makrostudien über den französischen Kapitalismus gemacht, die dann im kritischen politischen Diskurs verwendet werden konnten; die INSEE hat Modellverläufe untersucht, die zu dieser öffentlichen Debatte beitragen konnten.

Der kritische Diskurs war unter bestimmten Bedingungen in der Wirtschaftsverwaltung zulässig. Ich erinnere mich an ein Beispiel: Hugues Bertrand hatte eine bemerkenswerte Analyse der französischen Wirtschaft unter Verwendung marxistischer Parameter (Abteilung der Produktionsmittel, Abteilung der Konsumtionsmittel) vorgenommen und zwei Versionen dieser Arbeit erstellt: eine regelrecht marxistische in *Critiques de l'économie politique*, und die andere in der offiziellen Publikation des Ministeriums. Er hatte eine Art Lexikon erstellt. Wenn er zum Beispiel von der organischen Zusammensetzung des Kapitals sprach, übersetzte er dies mit „Kapitalintensität“; der Ausbeutungsgrad wurde in der Zeitschrift des Ministeriums zu „Lohnverteilung“ etc. Man konnte also immer noch marxistische ideologische oder konzeptionelle Schemata verwenden, aber mit Vorsicht bei der Formulierung. Aber dies war, wie gesagt, die Endphase. Danach wurde alles der gängigen Norm unterworfen.

Wie waren die Verhältnisse im noch recht politisierten Milieu der staatlichen Ökonomen? Standen sie sich politisch nahe und gab es einen intensiven Austausch zwischen den Parteien oder Spannungen?

Es gab eine gewisse Nähe, auch wenn wir nicht denselben Organisationen angehörten. In der Statistikbehörde gab es kaum KPF-Ökonomen, denen gegenüber die gleiche gegenseitige Feindschaft bestand wie zwischen der KPF und der radikalen Linken. Es gab Bruno Théret, der wie ich in der Maulwurf-Gruppe [nahe der LCR] war, und Hugues Bertrand, der später Maoist wurde. Beide wurden später zu herausragenden Vertretern der Regulationstheorie.

A propos Regulationstheoretiker Sie haben sich in verschiedenen Texten sehr kritisch über sie geäußert.

Wir hatten ein recht positives Verhältnis zu den Beiträgen der Regulationstheoretiker: Boyer war eher eine Institution, Aglietta auch. Aber es gab auch ein kritisches Verhältnis, denn in gewisser Weise musste man ihnen gegenüber seine marxistische Identität behaupten. Es stimmt, dass ich einige ziemlich kritische Artikel über die Regulationstheorie geschrieben habe, den ersten 1983, aber andererseits wurde ich oft als „marxistischer Regulationstheoretiker“ bezeichnet. Die Beziehungen changierten zwischen Anlehnung und gleichzeitiger Abgrenzung, was eine gewisse Nähe nicht ausschließt – jedenfalls zu diesem Zeitpunkt. Dies änderte sich später, als Boyer, Mistral und andere versuchten, einen neuen Regulationsmodus zu finden – auf der Grundlage neuer Produktivitätsentwicklungen und neuer sozialer Kompromisse –, die uns vielleicht abstrakt wünschenswert erschienen, aber mit den tatsächlich ablaufenden Prozessen überhaupt nicht vereinbar waren.

Ende der 1970er Jahre traten Sie in die LCR ein, der Sie schon seit einigen Jahren nahegestanden haben. Worin bestand damals Ihre Tätigkeit als Genosse und Wirtschaftswissenschaftler? Haben Sie z. B. an der Ausarbeitung von Programmen mitgewirkt?

Nicht wirklich, jedenfalls nicht am Anfang. Ich hatte schon vorher, bis 1970, als ich bei der PSU war, ein wenig an Programmen mitgeschrieben. Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre habe ich mich viel mit Sraffa und dem Problem der Umwandlung von Werten in Produktionspreise beschäftigt. Dies schien mir wichtig, nützlich ... und politisch. Natürlich gehen die Menschen nicht im Namen der Werttheorie auf die Straße. Aber das Argument, Marx habe sich geirrt, weil seine Werttheorie (in Band I des Kapitals) nicht mit seiner Theorie der Produktionspreise (in Band III) übereinstimme, hat in akademischen Kreisen eine große Rolle bei der Diskreditierung von Marx gespielt, und zwar seit dem Ende des 19. Jahrhunderts.

Ich hielt es daher für sinnvoll, mich zu diesem Thema zu äußern. Ich habe ein ganzes Manuskript geschrieben und einen Artikel in *Critiques de l'économie politique*, aber dieser Artikel fand kein Echo. Ich habe das Manuskript des Buches an mehrere Wirtschaftswissenschaftler geschickt, ohne Erfolg. Das hat mich sehr beeindruckt,

denn in dieser Debatte gibt es eine Menge Verrückter, die glauben, die Lösung mit Bergen von Gleichungen gefunden zu haben. Und ich sagte mir: Vielleicht bin ich einer dieser Verrückten. Also habe ich das aufgegeben. Der Artikel hat seither in den USA eine gewisse Resonanz gefunden, war damals jedoch ein Fehlschlag. Und dann, Anfang der 1980er Jahre, begann ich in der Presse der LCR zu schreiben, in *Critique communiste*, dann in *Rouge*, wo ich eine wöchentliche Kolumne hatte. Das war natürlich eine andere Art des Schreibens.

Waren Sie neben der Parteiarbeit noch gewerkschaftlich tätig?

Ich war in der CFDT. Spontan wäre ich vielleicht eher der CGT zugeneigt gewesen, aber zu dieser Zeit hatten sie alle Linksradikele rausgesäubert. Also trat ich der CFDT bei und war sogar eine Zeit lang Sektionssekretär bei der Statistikbehörde. Ich habe bei der Zeitschrift *Collectif* mitgearbeitet, die von linken Gewerkschaftern mehrerer Gewerkschaftsverbände herausgegeben wurde. Und eine Zeit lang haben wir oft bei der INSEE und der Statistikbehörde auf Gewerkschaftsebene zusammengearbeitet. Zum Beispiel haben wir als Gewerkschaftsgliederung zu Beginn der Austeritätspolitik unseren Kommentar als Wirtschaftswissenschaftler zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung veröffentlicht.

Politisch und wirtschaftlich markierten die 1980er Jahre den Übergang zu einer neuen Ära, die Sie später analysieren konnten. Wann haben Sie als Wirtschaftswissenschaftler und Aktivist diesen Wandel zu einem anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wahrgenommen?

Der wirtschaftliche Epochenwandel hatte sich bereits bei der vorangegangenen Rezession in den 1970er Jahren abgezeichnet. Ich behauptete nicht, dass ich alles vorausgesehen habe, aber wir hatten das Gefühl, dass sich etwas Grundlegendes geändert hatte. Was den politischen Umschwung angeht, so haben wir ihn recht schnell wahrgenommen. Bereits im Mai 1981 haben wir erkannt, dass die grundsätzliche Ablehnung einer Währungsabwertung den Auftakt zu einer Unterwerfung unter das internationale Finanzsystem darstellte. Genauso schnell wurde klar, dass die Regierung Verstaatlichungen nicht als politisches Druckmittel einsetzen wollte, sondern nur als Mittel zur Bereinigung der großen Konzerne. Die Wende zur Sparpolitik in den Jahren 1982 und 1983 bestätigte diesen Trend.

Wie hat die LCR auf diesen Epochenwandel reagiert?

1982 rief die LCR ihre Wirtschaftskommission – die Arbeitsgruppe Ökonomie – wieder ins Leben. Die Linke war an die Regierung gekommen und hatte bereits begonnen, einen Sparkurs anzusteuern. Insofern mussten wir uns verstärkt ökonomischen Fragen widmen. Der Anstoß dazu kam von der Führung der LCR, die eine Kommission einrichtete, der i. W. Thomas Coutrot, Norbert Holcblat und Jacques Bournay angehörten. Diese sollte konkrete Analysen erstellen. Ich erinnere mich, dass ein Genosse während einer Sitzung sagte: „Wir sollten das Wertgesetz auf internationaler Ebene studieren“, und alle sagten: „Oh nein, sicher nicht!“ Dahinter stand der Gedanke, etwas Konkretes und Nützliches zu tun und zu begreifen versuchen, was gerade passierte. Die Arbeitsgruppe, deren Moderation ich faktisch übernommen hatte, war eine wertvolle Erfahrung. Wir haben gute Schulungsarbeit innerhalb der LCR geleistet und Argumente geliefert. Vielleicht hätte die Leitung dies mehr nutzen sollen.

Erstreckte sich diese theoretische und praktische Tätigkeit damals auch auf die internationale Ebene? Damit meinen wir die Netzwerke der Vierten Internationale.

Ja, es gab ein Schulungszentrum der Vierten in Amsterdam. Mandel kam ein- oder zweimal dorthin. Und der Austausch war sehr fruchtbar. Es gab Leute wie Francisco Louça, heute Führungsmitglied des Linksblocks in Portugal. Auch Spanier, die bei der Bank von Spanien arbeiteten, aber den ganzen Tag mit Marxismus beschäftigt waren. Menschen aus allen Teilen der Welt, die uns gegen einen gewissen Eurozentrismus wappneten.

Wie konnte man Marxist bleiben angesichts der ideologischen Umbrüche in den Jahren 1980–1990?

Es war eine schwierige Zeit, ein bisschen wie eine Wüstendurchquerung, eine Art von Reflux, der uns mitgezogen hat. Auch bei den Publikationen machte sich dies bemerkbar, etwa durch die Einstellung von Critiques de l'économie politique. Und natürlich auch in den politischen Organisationen. Ich erinnere mich an eine von der LCR organisierte Feier zum 20. Jahrestag des Mai '68, unter freiem Himmel, wenn ich mich recht erinnere. Es war absolut deprimierend. Und die Mitgliederzahl war geschrumpft.

Inzwischen macht sich in diesen Organisationen ein klarer Generationsbruch bemerkbar: Es gibt viele „Alte“

und auch „Junge“, die sich mittlerweile organisieren, aber dazwischen gibt es nichts: eine Art verlorene Generation, die Generation von damals. Ich denke, das ist der „Mitterrand-Effekt“, das Ergebnis der enttäuschten Hoffnungen der 1980er Jahre. Kurzum, wir waren wirklich geschwächt und marginalisiert. Die Stärke der LCR war jedoch ihre Verankerung in den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

Sie selbst haben sich den sozialen Bewegungen angeschlossen, denn Anfang der 1990er Jahre haben Sie sich stark bei Agir contre le chômage (Aktiv gegen die Arbeitslosigkeit; AC!) engagiert ...

Ja, 1993 gab es einen Wendepunkt, eine recht heftige Rezession mit einem sehr starken Anstieg der Arbeitslosigkeit, von dem auch Hochqualifizierte betroffen waren (was die Annahme hinwegfegte, dass Arbeitslosigkeit mit mangelnder Qualifikation zusammenhängt). Auf Initiative von Claire Villiers und Christophe Aguiton entstand die Idee, eine möglichst breite Bewegung zu gründen, mit dem Namen AC! (Zusammen gegen die Arbeitslosigkeit), und ich war als Wirtschaftswissenschaftler mit an Bord.

Zum ersten Mal verband ich abstrakte ökonomische Arbeit (z. B. zur Arbeitszeit) mit einer sozialen Bewegung, die Argumente benötigte. Es wurden zwei Demonstrationen gegen die Arbeitslosigkeit organisiert, eine in Frankreich, die andere auf europäischer Ebene. Dann löste sich die Bewegung auf, da die Thesen von Toni Negri eine breitere Akzeptanz fanden, die gegen Vollbeschäftigung und gegen Arbeitszeitverkürzung gerichtet waren. Unterm Strich hat sich die Parole „Es gibt ein Recht auf Einkommen“ gegen „Es gibt ein Recht auf Beschäftigung“ durchgesetzt – wo doch beides zusammengehört.

Welche Position vertraten Sie in dieser Diskussion über die Beschäftigungspolitik?

In Mitterrands Programm von 1981 war die Einführung der 35-Stunden-Woche vorgesehen ... im Jahr 1985. Und wir waren die Protagonisten dieser Position: weniger arbeiten, damit alle Arbeit haben. Aber auch unter den Befürwortern einer Arbeitszeitverkürzung gab es heftige Debatten. Bereits während der Wahlkampagne von Juquin 1988 gab es innerhalb der „Führungsriege“ Meinungsverschiedenheiten über den Lohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung. Im Jahr 1993 wurde diese Diskussion erneut aufgegriffen. Alain Lipietz vertrat die Position, dass die Lohnsumme aufgeteilt werden sollte und dass die Arbeitszeitverkürzung mit einer Lohnsenkung einherge-

hen sollte. Ich hingegen – und auch andere – waren der Meinung, dass der Mehrwert anders verteilt werden müsse zwischen den Löhnen und den Profiten. Aber ich glaube, dass wir alle das eigentliche Problem unterschätzt haben, nämlich die Verpflichtung [der Unternehmer] zu einem Personalausgleich. Das war im Grunde genommen wichtiger als der Lohnausgleich. Denn wenn wir uns auf diesem Weg wirklich der Vollbeschäftigung angenähert hätten, hätte dies das Kräfteverhältnis verändert und wir hätten die Frage des Lohnausgleichs besser angehen können.

Kommt der Slogan „Lieber ein garantiertes Einkommen als Vollbeschäftigung“, der sich zu Ihrem Bedauern durchsetzen konnte, nicht nahe an die Thesen Ihres „Lehrmeisters“ André Gorz heran?

Das ist kompliziert, denn Gorz hat seine Positionen hierzu erheblich weiterentwickelt, insbesondere in der Frage des Grundeinkommens. Zuerst stand er dem kritisch gegenüber, aber dann hat er sich dafür stark gemacht. In *Abschied vom Proletariat* (1980) vertrat er die These, dass man sich in der Arbeit nicht befreien kann, dass sie in jedem Fall zum Teil fremdbestimmt ist, dass es am Arbeitsplatz immer Ausbeutung geben wird und dass die Emanzipation woanders stattfinden muss.

Ich habe Gorz in diesem Punkt immer kritisch gegenübergestanden: Ein Ziel der sozialen Umwälzung ist immer auch eine Befreiung am Arbeitsplatz. Dass es ein Nebeneinander geben kann zwischen einer Sphäre, in der alles so bleibt, wie es ist, und einer Sphäre, in der wir frei sind, ist eine Strategie oder eine Vorstellung, die nicht kohärent ist. In diesem Punkt halte ich es mit Simone Weil: „Niemand würde es akzeptieren, zwei Stunden lang Sklave zu sein; die Sklaverei muss, um akzeptiert zu werden, jeden Tag lange genug dauern, um etwas im Menschen zu brechen“.

War Ihr Engagement bei AC! logische Folge eines Epochenwandels, wo die sozialen Bewegungen die klassische Parteilinie ersetzen sollten?

Sicherlich fiel dies zusammen mit dem Zeitenwandel, der durch die Mobilisierungen von 1995 und danach durch die Gründung von Attac (1998) geprägt war. Aber ob diese neuen Mobilisierungsformen die Partei ersetzen sollten ... das war eine Diskussion, die damals in der LCR geführt wurde, weil wir erkannten, dass es eine Spaltung zwischen den eher „politischen“ Führungsmitgliedern und denjenigen gab, die sich hauptsächlich in ihren sozialen Bewegungen engagierten. Selbstredend war das Engagement in den

sozialen Bewegungen vielversprechender als die Teilnahme an den Sitzungen des Zentralkomitees der LCR ... Daher kam auch die Frage nach der Zweckmäßigkeit einer Partei auf. Aber ich bin noch immer insofern Leninist, als ich der Ansicht bin, dass eine Partei notwendig ist, um lokale oder sektorale Engagements auf eine ganzheitliche Ebene zu heben.

Zu Beginn der 2000er Jahre haben Sie ihre wirtschaftlichen Kenntnisse auch in der Bewegung für den Erhalt der Renten eingebracht.

Die Fondation Copernic und Attac arbeiteten zusammen, um Argumentationshilfen zu erstellen, die zunächst nahezu ungehört blieben, aber mit einem Mal von der Bewegung übernommen wurden. Trotz der letztlichen Niederlage war dies eine interessante Erfahrung. Plötzlich gab es eine Verbindung zwischen meiner theoretisch-analytischen Tätigkeit und der sozialen Bewegung. Ich erinnere mich an die eher düsteren Sitzungen im Februar 2003, bei denen nur ein paar Leute anwesend waren. Und dann, einige Monate später, an einem abgelegenen Ort in Seine-et-Marne, war der Saal voll mit 300 oder 400 Leuten. Dasselbe geschah 2005 bei der Volksabstimmung über den Vertrag über eine Verfassung für Europa.

Ein Wort dazu, wie Sie Ihre Rolle begreifen. In einem Ihrer Bücher schreiben Sie: „Der kritische Wirtschaftswissenschaftler muss beide Enden zusammenhalten“, d. h. sowohl wissenschaftlich fundierte Arbeit leisten als auch fähig sein, das Wissen zu vermitteln. Wie schaffen Sie dieses Kunststück und was für ein Engagement ist dafür erforderlich?

Ich sehe dies als eine Art Produktionskette: Auf der einen Seite gibt es unverständliche, technische, mathematische Wirtschaftsstudien und dann eine ganze Reihe von Zwischenstufen, die zur alltäglichen politischen Diskussion führen (zum Beispiel: „Wir müssen den Mindestlohn für junge Leute senken, sonst können wir sie nicht einstellen“). Meine Aufgabe als kritischer Wirtschaftswissenschaftler ist es, zu zeigen, wie wir vom einen zum anderen kommen, als Wirtschaftswissenschaftler die ursprüngliche Argumentation zu kritisieren, um die daraus abgeleiteten politischen Konsequenzen zu entkräften, also eine Gegenexpertise zu erstellen. Es geht darum, einen Gegendiskurs zu schaffen, der sich der herrschenden Politik entgegenstellt. Man muss also zwei Register bedienen, das wissenschaftliche und das politische. Und das ist sehr schwierig.

Denn für die akademische Welt sind wir zu sehr politisch engagiert, und für die Aktivist*innen sind wir zu technisch.

Wie diese Arbeit dargestellt werden muss, ist meines Erachtens eine Mischung aus beiden Sphären. Ich habe den Eindruck, dass viele meiner Texte nicht sehr homogen sind, dass sie eher technische Aspekte mit politischer Radikalität kombinieren. Damit versuche ich, dieser Herausforderung gerecht zu werden, dieser Schwierigkeit, für die es wahrscheinlich keine Lösung gibt. Aber es muss trotzdem getan werden. Über die Renten sagte die Regierung beispielsweise: „Es wird eine Flut von alten Menschen geben, die das gesamte Volkseinkommen in Anspruch nehmen, also müssen wir die Renten senken“. Wenn Sie keine „technischen“ Analysen haben, die Ihnen zeigen, dass dieser Zusammenhang nicht so einfach ist, haben Sie ein Problem. Wir müssen also versuchen, den Aktivist*innen wirtschaftliche Analysen verfügbar zu machen... Kurze Texte, Bücher, die Website (hussonet.free.fr) dienen diesem Zweck.

Bein einem ihrer letzten politischen Engagements ging es um die Teilnahme am Schuldenuit in Griechenland.

Ja, ich wurde von Eric Toussaint angesprochen, der zusammen mit anderen die CADTM betreibt. Zoe Konstantopoulou, die Präsidentin des griechischen Parlaments, hatte eine hochoffizielle Kommission eingesetzt, die die Schulden des Landes prüfen sollte. Es war eine sehr bereichernde Erfahrung mit Menschen aus der ganzen Welt, aus Ecuador, Brasilien, Zypern, Spanien etc. Das Ziel war, eine Argumentationshilfe für ein Schuldenmoratorium zu erstellen. Doch dieses Projekt wurde – obwohl wir sehr schnell arbeiteten – durch die Ereignisse überholt, insbesondere das berühmt-berüchtigte Referendum von 2015.

Ist das Interesse an Marx und dem Marxismus mittlerweile wieder erwacht, zum Beispiel aufgrund der Krise?

Als ich mich mit einer kürzlich erschienenen Biographie auseinandersetzen musste, in der die Meinung vertreten wird, dass Marx nichts zur heutigen Wirtschaftswissenschaft beitragen kann, habe ich mir diese Frage gestellt. Das Wesentliche bei Marx ist für mich vor allem die Werttheorie. Ich halte sie auch heute noch für nützlich, zum Beispiel um die Finanzwirtschaft zu analysieren (die für mich eine Wertabschöpfung und keine Wertschöpfung ist). Und ich bin auch der Überzeugung, dass der Kapitalis-

mus im Grunde keine Perspektive schafft und nur regressiv funktionieren kann. Deshalb kritisiere ich in meinem Buch den Keynesianismus, also die Vorstellung, es könnte im Kapitalismus wieder einen Aufschwung, eine kontinuierliche Dynamik, ein mögliches Gleichgewicht geben.

Was das Wesen des Kapitalismus und die Werttheorie angeht, bin ich ziemlich orthodox. Aber für andere wichtige wirtschaftliche Probleme der Gegenwart, wie die Euro-Krise, brauchen wir meiner Meinung nach keinen Marx. Ich habe zum Beispiel mit orthodoxen Marxisten gestritten, die sagen, dass die Krise zwangsläufig auf den tendenziellen Rückgang der Profitrate zurückzuführen ist – was mich überhaupt nicht überzeugt.

Was mein Verhältnis zu Marx betrifft, gibt es eine Anekdote, die mich sehr beeindruckt hat. Ich habe zwei Jahre lang in Mexiko gearbeitet und unterrichtet (zwischen 1985 und 1987). Ich habe dort, am Institut für Statistik, ein Modell der mexikanischen Wirtschaft erstellt und festgestellt, dass der Handel mit Dienstleistungen letztlich sehr empfindlich auf den Wechselkurs zwischen Peso und Dollar reagiert. Das Modell funktionierte gut: Wenn der Peso stark ist, kaufen die reichen Mexikaner in den USA. Da kam ein linker Student und sagte zu mir schockiert: „Das ist doch pure Neoklassik“. Das hat mich sehr beeindruckt, denn natürlich ist eine Beurteilung anhand von relativen Preisen neoklassisch, wenn man so will, aber dies zu bestreiten, bloß weil es nicht streng marxistisch ist ... Für diesen Studenten war der Marxismus zu einem Korsett geworden, das ihn unfähig machte, die realen Vorgänge zu analysieren. Ich sagte ihm, er solle an die Grenze gehen und sich die Menschen ansehen, die auf der anderen Seite Schlange stehen, um zu tanken.

Auch wenn es keine wirkliche „Marx-Renaissance“ gibt, geben Sie dann zu, dass es darüber hinaus eine „Renaissance des kritischen Denkens“ gibt?

Wir befinden uns in einer Phase, in der es eine Vielzahl von interessanten Dingen gibt. Der kritische Diskurs blüht auf und die Diskussion über die verschiedenen Protestbewegungen – umweltpolitische, feministische, antirassistische etc. Aber das große Problem ist meines Erachtens die Koordination oder Konvergenz zwischen diesen Bewegungen. In dieser Hinsicht fühle ich mich nach meinem Austritt aus der LCR im Dezember 2006 ein wenig wie ein organisationspolitisches Waisenkind. Ich bin auch pessimistisch, was das Tempo des Klimawandels und dessen Herausforderungen angeht. Als Wirtschaftswissenschaftler

habe ich mir den Spaß gemacht, Berechnungen anzustellen, in denen ich die möglichen CO₂-Einsparungen, das Bevölkerungswachstum und das mögliche Wachstum des BIP miteinander verglichen habe ... Und das Ergebnis ist, dass die Ziele des Weltklimarats absolut radikale Umwälzungen voraussetzen, die mir leider unerreichbar erscheinen.

Die Berücksichtigung ökologischer Fragen scheint neu bei Ihnen zu sein. Wann hat das begonnen? Mit Ihrem Text über den „grünen Sozialismus“ im Vorwort zum Buch von Daniel Tanuro (2010)?

Nein, es ist ein bisschen früher. Bei einer Sommeruniversität der LCR hatte ich eine Kontroverse mit Michel Lequenne zum Thema: „Gibt es zu viele Menschen auf der Erde?“ In der Folge schrieb ich 1994 einen Artikel zu diesem Thema mit einem Zitat von Proudhon als Motto, das ich für brillant hielt („es gibt nur einen Menschen zu viel auf der Erde, und das ist Malthus“). Und etwas später, im Jahr 2000, habe ich ein kleines Buch mit dem Titel *Sind wir zu viele?* geschrieben, in dem es ein ganzes Kapitel über Ökologie gibt. Das war im Grunde der Zeitpunkt, an dem die Ökologie in meine Arbeit eingeflossen ist. Ich gehöre einer Generation an, die sehr produktivistisch orientiert war ... Ökonomen haben sich oftmals kritisch mit dem Inhalt des Wachstums auseinandergesetzt, aber es gab keine wirkliche Infragestellung der Produktion selbst.

Danach ging diese Entwicklung immer weiter. Aber ich denke, dass dies eher eine Erweiterung als eine radikale Veränderung darstellt. Denn es gibt bereits bei Marx einige Elemente, die für eine ökologische Kritik genutzt werden können. Ich behaupte nicht, wie J. Bellamy Foster, dass Marx ein Ökologe ante litteram war, aber man kann durchaus einen Zusammenhang zwischen den sozialen und den ökologischen Problemen herstellen.

Das Ziel einer sozialen Umwälzung, das Sie als Wirtschaftswissenschaftler und als Aktivist verfolgt haben, ist – zugegebenermaßen – noch weit davon entfernt, erreicht zu sein. Wie erklären Sie diesen Misserfolg? Mit anderen Worten: Was hat im Diskurs der kritischen Wirtschaftswissenschaftler gefehlt (und fehlt vielleicht immer noch)?

Im Unterschied zu dem, was manchmal behauptet wird, leidet die sozialrevolutionäre Linke nicht an einem Mangel an Alternativen. Aber es braucht natürlich auch eine entsprechende Strategie. In dieser Hinsicht lasse ich mich weiterhin von den Ansätzen von Gorz und Mandel leiten.

Man ist verblüfft, zu lesen, dass Mandel in den 1960er Jahren eine Strategie antikapitalistischer Strukturreformen vorschlug: Wenn wir heute von „Strukturreformen“ sprechen, sind Gegenreformen gemeint. Dies zeigt, wie weit wir gekommen sind. Im Großen und Ganzen bleibt dieser Ansatz jedoch gültig und beruht auf zwei Prinzipien: dem Bruch mit der kapitalistischen Ordnung und der Hinwendung zu einem anderen Modell. An diesem Punkt unterscheide ich mich von denjenigen, die ich als „Revolutionaristen“ bezeichne und die einen dreiteiligen Plan verfolgen: 1. der Kapitalismus ist monströs; 2. der Keynesianismus ist (bestenfalls) unwirksam; 3. der Kapitalismus muss gestürzt werden. Auch wenn ich diesen drei Punkten zustimme, so fehlt doch die Antwort auf die Frage: Wie soll das geschehen? Wenn mir diese Frage gestellt wird, z. B. „Wie kann man das Kräfteverhältnis ändern“, entdecke ich jedes Mal die Grenzen der Analyse, auch der kritischen. Und ich weiche aus ...

Aus: *Savoir/Agir* 2017/4 (Nr. 42), Seite 61 bis 70

Übersetzung: MiWe



Die bittere Bilanz von 20 Jahren US-Intervention

Die letzten 20 Jahre Krieg in Afghanistan waren für die USA unglaublich teuer. Inzwischen zeigt sich, dass der US-Imperialismus seine gesamten personellen und finanziellen Investitionen in Afghanistan in den Sand gesetzt hat. Die Taliban haben das Land fast kampflos eingenommen. Was in den letzten 20 Jahren im Namen von Entwicklung, „Demokratie“ und Aufbau einer schlagkräftigen Armee dort ausgegeben wurde, war beispiellos in der Weltgeschichte.

Insgesamt haben die USA 2 226 Mrd. Dollar für Afghanistan verausgabt, womit man weltweit die Grundversorgung im Bildungs- und Gesundheitswesen hätte finanzieren können. Davon sind 815,7 Mrd. Dollar allein für den Krieg ausgegeben worden, also siebenmal mehr als die pakistanischen Auslandsschulden von derzeit 116 Mrd. Dollar. Der überstürzte Abzug aus Afghanistan und der Zusammenbruch der Regierung Ghani bedeuten, dass die gesamten US-Investitionen nun kampflos in die Hände der Taliban fallen.

Bis April 2021 sind 47 235 Zivilist*innen, 72 Journalist*innen und 444 Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen sowie 66 000 afghanische Soldaten in diesem Krieg getötet worden. Die USA verloren 2442 Soldaten, 20 666 wurden verwundet. Darüber hinaus wurden 3800 private Sicherheitskräfte getötet. An den NATO-Truppen in Afghanistan waren Soldat*innen aus 40 Ländern beteiligt und 1144 von ihnen wurden getötet.

Die Zahl der Menschen, die aus dem Land geflohen sind, beläuft sich auf 2,7 Millionen und die Zahl der Binnenflüchtlinge auf 4 Millionen. Der US-Imperialismus hat zur Finanzierung dieses Krieges üppige Kredite aufgenommen, wovon ca. 536 Mrd. Dollar allein an Zinsen anfielen. Zusätzliche 296 Mrd. Dollar entfielen für medizinische und andere Ausgaben für die zurückkehrenden Kampftruppen. Für die Ausbildung der 300 000 afghanischen Soldaten wurden 88 Mrd. Dollar, für Wiederaufbauprojekte wie Dämme oder Autobahnen 36 Mrd. Dollar und 9 Mrd. Dollar als Entschädigung für die Aufgabe des Mohnanbaus ausgegeben.

Die USA hofften, die Afghan*innen durch „Entwicklungsfortschritte“ davon abhalten zu können, die Taliban zu unterstützen. Dieses Kalkül schlug fehl, obwohl die Popularität der Taliban eher brüchig war, und auch die Armut wurde dadurch nicht beseitigt. Gegenwärtig liegt die Arbeitslosenquote in Afghanistan nach Schätzungen der Weltbank bei 25 % und die Armutsquote bei 47 %. Zwar wurden einige Fortschritte erzielt. So ist etwa das Durchschnittsalter von 56 auf 64 Jahre gestiegen und die Zahl der Kinder, die vor ihrem

fünften Lebensjahr sterben, hat sich halbiert. Die Alphabetisierungsrate stieg von 8 % auf 43 % und 89 % der Menschen haben in den Städten Zugang zu sauberem Trinkwasser (zuvor nur 16 %).

Alle Investitionen fallen nun in die Hände der Taliban, auch die Waffen, die die afghanischen Soldaten bei ihrer Flucht zurücklassen. Die Taliban besetzen nicht mehr das Afghanistan von 1996, sondern das Afghanistan von 2021, in das Billionen von Dollar investiert wurden.

Diese Niederlage der USA ist nicht mit dem Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan nach dem Genfer Abkommen von 1986 vergleichbar. Die von der UdSSR ausgebildeten Kräfte hielten sich nach deren Abzug noch drei Jahre an der Regierung, während Ghani & Co. wenige Tage seit Beginn der Taliban-Offensive nach dem Abzug der US- und NATO-Truppen abtauchten.

Die historische Lehre ist, dass von außen oktroyierte Streitkräfte das Land nicht verteidigen können: Die sowjetischen Streitkräfte waren 10 Jahre lang im Land und sind gescheitert; die US- und NATO-Truppen blieben 20 Jahre lang und die von ihnen ausgebildete afghanische Armee hat sich kampflos aufgelöst. Der Grund liegt auf der Hand: Das afghanische Volk und die Soldaten hatten keine ideologische Grundlage, um zu kämpfen.

Die Korruption war allgegenwärtig und die soziale Spaltung enorm. Wenn schon nicht für die USA, warum sollten die Afghanen dann für deren Handlanger kämpfen? Ghani & Co. repräsentieren die schlimmste Form des Kapitalismus. Die Taliban hingegen waren trotz aller Brutalität imstande, sich die Religion zu Nutzen zu machen und einen Gottesstaat zu propagieren. Aber Ghani konnte nie deutlich machen, was für eine Art von Staat er wollte.

Der Sieg der Taliban ist eine schlechte Nachricht für alle fortschrittlichen Menschen. Kritik an den Handlangern der USA bedeutet keine Unterstützung der Taliban. Beides muss bekämpft werden. Nur mit einem wirklich demokratisch-sozialistischen Programm kann das künftige Blutvergießen in Afghanistan beendet werden.

Der Sieg der Taliban schafft nicht Frieden, sondern endlosen Bürgerkrieg. Die Errichtung eines weiteren religiös-fanatistischen Staates in Südasien wird in der gesamten Region religiöses Sektierertum fördern und den Frieden bedrohen.

Farooq Tariq, 15. August 2021

gekürzte Übersetzung: MiWe